

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. wöchentlich 23 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgrößte Spaltenbreite über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Fortsetzungsnovellen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das ist gedruckte Wort 30 Pf., laufend 25 Pf. (jede Zeile 10 Pf.). Stellenangebote und Geschäftsverträge das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Wort über 10 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. Dezember 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Warten und — hungern!

Die Verhandlungen im Reichstage über die Arbeitslosen-Interpellation der Sozialdemokraten bilden eine bezeichnende Fortsetzung der Auseinandersetzungen an den beiden Tagen vorher. Zeigen sie doch, daß dieselbe Gesellschaft, die für den Militarismus unbegrenzte Kosten dem arbeitenden Volke auferlegt, vollständig verfaßt, wenn es gilt, auch nur die dringendsten der allgemein als berechtigt anerkannten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Daß es sich hier in der Tat um dringende und berechtigte Forderungen der Arbeiter handelt, mühten sowohl die Regierungen als auch die Redner der großen Mehrheit des Reichstages zu geben. Genosse Silberchmidt begründete in sehr wirksamer Weise die Interpellation. Er legte ausführlich dar, wie notwendig die von uns verlangten Maßnahmen zur Hilfe für die arbeitslosen Arbeiter sind. Er führte eine Fülle von Tatsachen an, die unwiderleglich beweisen, daß das, was bisher für die arbeitslosen Arbeiter geschehen ist, in keiner Weise genügt, und daß auch die Gemeinden allein nicht in dem nötigen Maße helfen können, sondern daß das Reich endlich eingreifen müsse.

Der Vertreter des Reichskanzlers, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr Dr. Debrück, ließ es in seiner Antwort auf die Interpellation an schönen Worten nicht fehlen. Er gab ausdrücklich zu, daß sich auch das Reich um die Hilfe für die arbeitslosen Arbeiter kümmern müsse.

Am liebsten hätte der Herr mit dieser allgemeinen und ganz unverbindlichen Redensart die sozialdemokratische Interpellation abgetan. Das ging aber nicht. Die Sozialdemokraten hatten ja ausdrücklich nach den Maßnahmen gefragt, die der Reichskanzler zur Hilfe für die arbeitslosen Arbeiter durchzuführen gedenkt, und insbesondere wollten sie wissen, ob der Reichskanzler dem Reichstage den Entwurf eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes vorlegen werde. Ueberdies hatte Genosse Silberchmidt eingehend die einzelnen Forderungen für die arbeitslosen Arbeiter besprochen. Er hatte verlangt, daß wir die Grenzen für die Einfuhr billiger Lebensmittel öffnen, daß wir unsere Arbeiter-schutzgesetzgebung besser ausbauen und daß wir den von den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gewiesenen Weg zur Arbeitslosenversicherung beschreiten.

Ueber die Arbeiterzuforderungen sprach der Staatssekretär kein Wort. Trotz aller Mahnungen und Anträge der Sozialdemokraten hat dieser Reichstag zur Verbesserung des gesetzlichen Arbeiterstandes so gut wie gar nichts geleistet. Diese Tatsache zeigt nur zu deutlich, wie es in Wahrheit mit der Arbeiterfreundlichkeit der Regierungen und der bürgerlichen Parteien bestellt ist. Daher ist es begreiflich, daß der Staatssekretär es vorzog, über die Arbeiterzuforderungen mit Stillschweigen hinwegzugehen.

Dagegen leistete der Herr sich den Scherz, mit der ernstesten Miene von der Welt zu versichern, daß die „bedäufte“ Volkswirtschaft aus den Arbeitern zum Nutzen gereicht — er erntete damit auf der linken Seite des Hauses die wohlverdiente Heiterkeit.

Sehr ausführlich beschäftigte er sich aber mit der Arbeitslosenversicherung, um alle möglichen und unmöglichen Schwierigkeiten, die sich bei diesem Unternehmen zeigen könnten, in den lebhaftesten Farben auszumalen. Ein Zuruf erinnerte den Herrn daran, daß wir auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung schon einige Erfahrungen haben. Darauf antwortete Herr Debrück, daß sich die Arbeitslosenversicherung in vielen wichtigen Punkten von den andern Versicherungen des Reichs unterscheidet, und daß gerade aus diesem Grunde die Durchführung dieser Versicherung besonders schwierig sei. — Allerdings kann kein verständiger Mensch die Unterschiede übersehen. Aber nach den Erfahrungen mit den Arbeiterversicherungen des Reichs und mit den Arbeitslosenversicherungen der Gewerkschaften sind die Schwierigkeiten leichter zu überwinden als seinerzeit die Schwierigkeiten bei der ersten Reichsversicherung, als noch jede Erfahrung auf diesem Gebiete fehlte.

Offenbar sind aber auch für den Staatssekretär jene Schwierigkeiten durchaus nicht entscheidend. Wichtiger ist vielmehr die Furcht, daß die freien Gewerkschaften durch die Arbeitslosenversicherung gehäckt werden können. Die Gewerkschaften wollen den Arbeitern möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen. Das ist ihr ganzes Verbrechen. Um dieses Verbrechens willen sucht der Staatssekretär alles zu vermeiden, was irgendwie zu einer Stärkung der Gewerkschaften führen könnte — selbst wenn dadurch Tausende von Arbeitern dem fürchterlichen Elend preisgegeben werden. Eine kluge Auffassung von der Aufgabe des Ministers für Sozialpolitik! Aber glaubt denn der Herr wirklich, daß er mit dieser vermeintlich so guten Gesinnung jene Gefahr, die Stärkung der Gewerkschaften, vermeidet? Das Gegenteil tritt ein. Je mehr die Arbeiter in ihrer Hoffnung auf die Hilfe der herrschenden Klasse enttäuscht werden, um so weitere Kreise der Arbeiter werden sich ihren Gewerkschaften anschließen, um mit deren Hilfe ihr altes Recht zu verteidigen. Zum Schluß seiner Rede spielte der Staatssekretär noch seinen Haupttrumpf aus, mit dem er denn auch das Spiel — wenigstens bei den Unternehmern — sicher gewinnt: er versicherte, daß vorläufig die Unternehmer die Kosten der

Arbeitslosenversicherung nicht tragen können. Im vorigen Jahre dagegen bei den gewaltigen neuen Ausgaben für das Militär, da hieß es: die Ausgaben müssen gedeckt werden; da gab es keine Rücksicht darauf, ob unser Wirtschaftsleben durch die Entziehung so großer Summen für unproduktive Zwecke nicht auch aufs schwerste geschädigt werde. Aber freilich! Bei der Arbeitslosenversicherung handelt es sich ja nicht um schneidige Offiziere, sondern nur — um hungernde Arbeiter.

So können die arbeitslosen Arbeiter, wenn es nach der Rede des Staatssekretärs kommt, noch lange auf die Arbeitslosenversicherung warten und — hungern.

Auch von den bürgerlichen Parteien haben sie nichts zu erwarten. Die meisten Abgeordneten hielten es gar nicht der Mühe wert, den Verhandlungen beizuwohnen. Der Redner des Zentrums, Abgeordneter Giesberts, der Nationalliberale Dr. Quark (Coburg) und Abgeordneter Weinhausen von der Fortschrittlichen Volkspartei folgten dem Beispiele des

Staatssekretärs, wobei sie allerdings mehr oder weniger freundliche Worte für die Arbeitslosenversicherung hatten. Sie begnügten sich ebenfalls mit der Hoffnung, daß vielleicht dereinst einmal eine bessere Statistik vorliegen werde und die Schwierigkeiten durch Untersuchungen und Erwägungen verringert werden. Dann werde die Arbeitslosenversicherung kommen.

Der konservative Graf v. Crammer-Ziesewitz und der Freikonservative Wermuth traten offen gegen die Arbeitslosenversicherung auf. Der erste befürchtete, daß nach Durchführung der Arbeitslosenversicherung noch mehr Arbeiter als bisher aus der liebevollen Behandlung der Funfer entlaufen würden, und der andere Herr wiederholte all die geistreichen Einwände der „Arbeitgeber-Zeitung“.

Die Beratung wird heute fortgesetzt. Aber schon jetzt ist jeder Zweifel darüber geschwunden, daß es noch vieler Arbeit der aufgeklärten Arbeiter bedarf, um die Arbeitslosenversicherung zu erringen.

Ein Anfang oder ein Ende?

Donauessingen, 5. Dezember. (W. Z. B.)
 Se. Majestät hatten für heute vormittag den Reichskanzler, den Statthalter und den Kommandierenden General v. Deimling nach Donauessingen befohlen, um weitere Vorträge über die bekannten Vorgänge in Zabern entgegenzunehmen. Se. Majestät haben darauf zu bestimmen geruht, daß die Garnison von Zabern bis auf weiteres nach dem Truppenübungsplatz verlegt wird. Die schwebenden kriegsgerichtlichen Verfahren werden mit Beschleunigung zu Ende geführt.

Der Reichskanzler hatte jämmerlich verfaßt. Der Kriegsminister hatte die brutalen Willkürakte der Militärmacht herausfordernd verteidigt. Der Sieg der Soldateska über Recht und Gesetz war vollständig. Da griff der Reichstag ein und mit überwältigender Mehrheit sprach er als Vertretung des empörten und entrüsteten Volkes der erbärmlichen Haltung der Regierung das vernichtende Urteil. Und vor diesem Urteil, vor dem aufstammenden Joru der Massen sind die übermütigen Militaristen nun doch zurückgewichen. Einen kleinen Schritt nur, aber doch einen Schritt rückwärts!

Oberster Hüter und Wächter der Verfassung zu sein, ist erste Pflicht des Reichskanzlers. Doch untätig und schwachmütig hat er zugehört, wie Recht und Gesetz unter sporenflutende Füße getreten wurden. Er hat das herausfordernde Pronunziament des übermütigen Reaktionärs, der als Kriegsminister fungiert, nicht nur geduldet, er hat sich mit dem Verteidiger militärischer Selbstherrlichkeit noch solidarisch erklärt. Der Kanzler hat seine Pflicht verlegt, er hat verfaßt, was seines Amtes ist, er ist im Angesicht des stammenden Auslandes, angesichts des empörten Deutschlands vor der triumphierenden Militärmacht in den Staub gesunken. Er hat verfaßt, wo er nicht verfaßt durfte, er hat sich selbst erledigt.

An seine Stelle trat der Reichstag. Er erfüllte die Pflicht, die dem Kanzler oblag, rief nach Donauessingen hinüber, was zu sagen des Kanzlers Aufgabe war. Er und die Regierung nicht wahrte Recht und Gesetz. Der Reichstag und nicht der Kanzler wies die Gesetzlosigkeit des Militarismus zurück. Der Reichstag und nicht der Kanzler gab dem verzweifelnden Elch-Lothringen das Selbstvertrauen wieder. Der Reichstag und nicht der Kanzler rettete in diesem Momente die niedergetretene Würde des deutschen Volkes. Der Reichstag und nicht der Kanzler erzwang das erste Zurückweichen der Militärmacht.

Es ist ein moralischer Sieg des Parlaments über die Bureaucratie, ein bedeutungsvoller Schritt auf einem zukunftsreichen Wege. Aber auch nur ein Schritt vordwärts, dem andere folgen müssen, soll er seine Bedeutung bewahren.

Der Militarismus hat durch die feste Haltung des Reichstages eine Schlappe erlitten. Aber nur aus einem kleinen Vorantzug hat er seine Vorposten zurückgezogen. Die Hauptmacht ist unerschüttert. Das ruhmbedeckte Regiment wird endlich Zahren verlassen, der Leutnant v. Forstner wird zur Rechenschaft gezogen werden und der Oberst Reutter ist kaltgestellt. Es sind Selbstverständlichkeiten, die, wenn sie sofort bei Ausbruch des Konfliktes erfolgt wären, vielleicht ausgereicht hätten. Heute kommen sie zu spät und sind völlig ungenügend. Die Forstners und Reutters sind ja nicht die Hauptschuldigen und ihre Verlesung und Kaltstellung ist noch lange keine genügende Sühne. Was geschieht aber mit den Anstiftern? Die Herren von Zabern hätten nicht so lange ihr Mütchen an den unglücklichen Bewohnern kühlen können, wenn das Generalkommando in Straßburg ihnen nicht, entgegen den so sehr berechtigten An-

sprüchen der eilässigen Regierung, seine mächtige Unterstützung gewährt hätte. Was geschieht mit dem Herrn v. Deimling? Darauf erhalten wir keine Antwort.

Und noch weniger auf die andere, bedeutungsvollere Frage, ob trotz des Spruches des Reichstages die Herren v. Bethmann und Falkenhayn noch länger ein Amt versehen sollen, zu dem sie sich in schicksalschwerer Stunde so völlig unfähig erwiesen haben.

Diese Antwort kann freilich nicht aus Donauessingen kommen, die kann nur der Reichstag selbst geben. Herr v. Bethmann freilich scheint zum Weiben entschlossen, und schon beginnt die Stimmungsmache, um alles als unglückliches Mißverständnis erscheinen zu lassen. Aus dem Reichskanzleramt geht eine sonderbare Meldung in die Welt, die behauptet, der Kanzler sei wegen Indisposition nicht in der Lage gewesen, im Reichstage mitzuteilen, welche Maßnahmen der Kaiser veranlaßt habe, um den Konflikt in Zabern beizulegen. Schon seit drei Tagen liege die Kabinettsorder über die Verlegung des Regiments Nr. 99 von Zabern nach dem Truppenübungsplatz vor. Auch sei in einem Schreiben an den Reichskanzler Anweisung ergangen, daß eine sorgfältige Untersuchung nach allen Richtungen hin durchgeführt werden müsse. Durch die Kommandierung des Generalmajors Röhn sei bereits Oberst Reutter kaltgestellt worden und eine Verlegung des Leutnants von Forstner werde erfolgen. Die offiziöse Mitteilung über die Maßnahmen, die im Falle Zabern getroffen werden sollen, werde vorbereitet.

Sonderbar! Von einer Indisposition, wenigstens von einer physischen, haben wir nichts bemerkt, und eine psychische wäre vielleicht eine Erklärung, aber keine Entschuldigung des Auftretens des Kanzlers und wirklich noch weniger eine Rechtfertigung seines Weibens. Im übrigen aber läßt diese Darstellung die Haltung der Regierung nur noch schlimmer, noch unverantwortlicher erscheinen. Ist sie wahr, so sagt sie nichts anderes, als daß der Kanzler gegen die eingerissene Anarchie noch weniger sagen und tun wollte, als es selbst Wilhelm II. und dem Militärkabinettsnötig schien. Dann war Herr v. Bethmann Gollweg noch militärischer als die Militaristen, dann zog er es vor, mit dem Kriegsminister die Gesetzlosigkeit zu rechtfertigen, nur um es sich mit der mächtigen militärischen Kamarilla nicht zu verderben. Konnte man bisher annehmen, der Kanzler habe gegen bessere Ueberzeugung aus Ohnmacht und unter dem Zwang der militärischen Machthaber alles preisgegeben, was zu wahren seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gewesen wäre, so mühte man jetzt glauben, er habe aus freiem Entschluß der Militärmacht die Verfassung preisgegeben. Dann ist ein Weiterverhandeln mit diesem Reichskanzler für den Reichstag erit recht unmöglich.

Es ist auf jeden Fall unmöglich! Ein Nachgeben des Reichstages gäbe alles auf, was eben errungen ist. Die Uebermacht der regierenden Uebermacht über die Bureaucratie bliebe erhalten und der militärische Uebermut erhöhe rasch aufs neue sein Haupt. Deshalb muß der Reichstag ganze Arbeit machen und Garantien schaffen, die ein für allemal das Entstehen solcher Vorgänge unmöglich machen. Es ist unerträglich, daß die Zivilgewalt ohnmächtig zusehen muß, wenn es dem Militarismus gefällt, sich über Gesetz und Recht hinwegzusetzen. Die verfassungsmäßige Verantwortung des Reichskanzlers muß sich auch auf die Akte der obersten Kommandogewalt erstrecken, der Absolutismus des Militärkabinetts gebrochen, die Unterordnung der Militärmacht unter den Willen der Volksvertretung stabilisiert werden. Das Verbleiben Bethmann Gollwegs ist keine Personenfrage,

sie ist eine Verfassungsfrage geworden, die der Reichstag durchschneiden muß.

Wird er das tun? Das hängt von den bürgerlichen Parteien ab. Sie haben bisher alle Annahmen des Militarismus, von denen Zubern nur ein Symptom gewesen ist, gebildet. Sie sind uns stets entgegengetreten, wenn wir die Demokratisierung der Verfassung als unerläßliche Vorbedingung jeden politischen Fortschritts gefordert haben. Sie haben uns im Stich gelassen, wenn wir den Ausbau der Verfassung gefordert haben. Jetzt haben sie die Folgen gesehen. Aber ob diese Lehre ausreicht? Ihre Verantwortung ist groß. Weichen sie feil, so bedeutet der Erfolg, den der Reichstag errungen hat, einen verheißungsvollen Anfang. Ist ihre Energie erschöpft, erfährt sie wieder die Angst vor der eigenen Courage, so ist ein faules Kompromiß das traurige Ende.

Für uns aber, denen sie nichts Neues mehr sagen konnte, ist sie die Aufforderung, den Kampf, der die letzten Tage erfüllt hat, fortzuführen, zusammen mit den bürgerlichen Parteien, wenn sie noch kämpfen wollen, allein, wenn es sein muß, gestützt auf die immer rascher wachsende Macht und Erkenntnis der arbeitenden Massen.

Junkerdictatur oder Volksherrschaft?

Die offiziellen Meldungen über das Ergebnis der Konferenz in Donaueschingen sind ja sehr kurz. Es wird nur mitgeteilt, daß das Zuberaner Regiment einwilligen verlegt und die militärischen Untersuchungen beschleunigt werden sollen. Das ist eine mehr als dürftige Nachricht. Das ist die Ankündigung von Maßnahmen, die schon längst hätten erfolgen müssen! Und trotzdem: Die Junker sind förmlich aus dem Häuschen geraten und das hallendste Echo ihrer Wünsche sind die Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“. Schon am Donnerstag, nach der Annahme der Mißtrauensfrage für die Politik der Regierung, schwante dem Junkerblatt, daß die Sache vielleicht doch schief gehen könnte. Deshalb trompetete es in Sperr- und Fettdruck in der Freitagsmorgennummer folgende Kriegserklärung hinaus:

„Die Vorgänge in Zubern würden nur dann Anlaß zu dauernder und tiefer Erregung bieten, wenn der Kanzler den von ihm und dem Kriegsminister vorgeschriebenen und getragenen Standpunkt etwa aufgeben wollte. Wenn er allerdings sich entschließen sollte, zurückzuweichen und gewisse, über das Wahrscheinliche hinausgehende Zugeständnisse zu machen, dann würde die Lage nicht nur für ihn, sondern für das deutsche Volk und das Deutsche Reich tiefere, bittere und ernster werden!“

In ihrer Abendausgabe vom Freitag wird die „Deutsche Tageszeitung“ bei weitem deutlicher. Sie schreibt Peter und Morbio über die mit Vorliebe von der Linken (1) getriebene „Ministerkürzel“. Der Mechten sei es niemals eingefallen, die Erwählung des kaiserlichen Vertrauens für sich zu wollen! Ein wahrhaft buchstäblich Schwindelversuch! Gewiß haben es die Herren Junker bisher meist verstanden, ihre Schlitzen hinter den Kulissen zu legen und im Geheimen ihre Pläne springen zu lassen. Der Einfluß der Reinen, aber mächtigen Partei der agrarischen Schreier und Terroristen gründete sich in der Hauptsache auf ihren persönlichen Einfluß auf den Träger der Krone, auf ihre geheimen Beziehungen, ihre persönlichen Einflüsterungsversuche, ihr unterirdisches Intrigantentum. Aber wenn den Junkern diese sauberen Manöver ausnahmsweise einmal nicht gelangen, so trug man auch nicht die geringsten Bedenken, durch politische Präferenzen verhasste Politiker unmöglich zu machen. Die Abdolsterung Bülow ist noch in guter Erinnerung. Alle Liebedienerei vor den Junkern, all das Sichhinauspielen auf den agrarischen Kanzler, nähe dem Vater der Wochenspaarung nicht. Als sich die erste Gelegenheit bot, wurde der Verhaßte mit Hilfe des Zentrums zur Strecke gebracht. Und diese Junkerlippe spielt sich jetzt als politischer Klub der Harmlosen auf, dem es noch nie in den Sinn gekommen sei, einen mißliebigen Erwählten des Kaisers in den Gehiß zu stoßen!

Aber diese widerliche Heuchelei paart sich doch erfreulicherweise mit einer Dosis Offenherzigkeit, wie wir sie uns schöner gar nicht wünschen können. Spielt sich Herr Hertel auch in seinem neuesten Artikel geradezu auf den fanatischen Beherzlichen des Absolutismus hinaus, so hat er doch „eine Sorge“:

„Nur die eine Sorge haben sie, daß man sich zu einem Abzuge in irgendwelcher Form entschließen könnte, der keine andere Bedeutung haben würde, als die Unterwerfung unter die nicht verfassungsmäßige Gewalt des Reichstages. Ein solcher Abzug würde unter allen Umständen geachtet sein, die Stellung der Monarchie im Reich zu schwächen und die Disziplin im Heere zu erschüttern.“

Die Beschuldigung des Kanzlers unterstehe allein dem Kaiser, und jedwede Einwirkung auf diesen sei mit dem Geiste der Verfassung unvereinbar. Wollte der Kaiser dem Kanzler fernerhin sein Vertrauen schenken, so habe man kein Recht und keine Verantwortung, dreinzureden. Aber dann legt der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“ nicht nur gegen den Kanzler des kaiserlichen Vertrauens los, sondern auch gegen den Kaiser selbst:

„Das eine Bedenken muß aber vom Standpunkte der monarchischen Staatsauffassung mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit geäußert werden: entschließt man sich in diesem Falle, dem Reichsentschlusse des Reichstages in irgendeiner Form nachzugeben, so wird der Reichstag ohne Zweifel in Zukunft von diesem Mittel immer mehr Gebrauch machen, und das könnte der Anfang vom Ende der verfassungsmäßigen Stellung und Gewalt der Krone sein.“

Die Junker als Vormund der Krone, welch kostbares Bild! Natürlich veranlaßt sie nur ihre „Königstreue bis auf die Knochen“, sich des möglicherweise überbotenen Kaisers durch solche schreienden Sperr- und Fettdruck anzunehmen. Ein freisinniger Widerspruch bel allem! Wenn der Kaiser wirklich die durch ihre Erleuchtung von „Gottes Gnaden“ so souveräne und unfehlbare Stelle ist, als welche sie von dem Junkerblatt hingestellt wird, so sollte Herr Hertel es ihr doch auch freundschaftlich allein überlassen, wie sie zu entscheiden beliebt. Aber nein! Sobald irgendein Anzeichen darauf hindeutet, daß ein Entschluß des Trägers der Krone nicht so ausfallen könnte, wie die Junker, natürlich „in Ehrfurcht ersehend“, befehlen, so muß sich das führende Junkerblatt mit einem Aufwand von Druckerschwärze und sittlicher Entschiedenheit ins Zeug legen, der die junkerliche Doktrin des Absolutismus und die Theorie des Gottesgnadentums noch viel mehr häßlicher, als alle demokratischen Einwände. Die durch Sperrdruck machenden und durch Fettdruck drohenden Warnungen und Beschuldigungen der junkerlichen Vormünder der Krone beweisen allzu deutlich, daß der inneren Kern aller junkerlichen Verherrlichung des Absolutismus doch das weiße Sprüchlein bildet:

Und der König absolut.

Wenn er uns den Willen tut.

Wir sind unendlich weit davon entfernt, die offiziöse Meldung über den kaiserlichen Entschluß irgendwie überschätzen zu wollen. Sollte es jetzt wirklich aus Donaueschingen anders schallen, als das Echo des Kriegsministers am Mittwoch erwarten ließ, so würden wir das wahrhaftig nicht als eine solide Bürgschaft für die Zukunft betrachten. Die einzige Garantie gegen Erzeß des militärischen oder sonstigen Absolutismus bietet die Schaffung wahrhaft verfassungsmäßiger, demokratischer Zustände im Reich! Solche Zustände zu schaffen, ist die erste und dringendste Aufgabe der sozialdemokratischen Partei. Erst dann wird sich zeigen, ob politisch erhebliche Elemente des Bürgeriums bereit sind, an dieser, schon so lange unabweislichen und höher immer noch unter den feigen Vorwänden verschobenen Fortentwicklung unserer Verfassungswesen ernstlich mitzuarbeiten.

Sollte sich dann herausstellen, daß das rheinische Pathos und der so wortreich beleuchtete Bürgerstolz vor Königsthronen sich wieder einmal schon in die eigene Armseligkeit zurückzieht, sobald es ernst wird, so wäre das für die arbeitende Klasse nur ein um so kräftigerer Ansporn, das Werk der Demokratisierung Deutschlands mit um so leidenschaftlicherer Tatkraft in Angriff zu nehmen!

Kurze Beratung.

Der Kanzler kam Freitag um 11 Uhr 20 Minuten in Donaueschingen an. Der Kaiser fuhr bereits um 2 Uhr wieder nach Stuttgart, wo verschiedene Feste gefeiert wurden. In noch nicht zwei Stunden war also die immerhin nicht unwichtige Angelegenheit erledigt.

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum.

Gegen das Mißtrauensvotum in der Zuberaner Angelegenheit stimmten die Konservativen: Auenstadt, v. Bieberstein, v. Wölkendorf, Kötter, v. Volla, v. Crederlow, v. Brockhausen, Graf v. Carmer, Dietrich, Frommer, v. Grarke, Gottschall, Dr. v. Heydenbrand, Goesch, Holschke, Kramer, Maffei, v. Maffei, Meyer (Kreuzburg), Nebbel, Riedelöhner, Dr. Dertel, Red (Lyd), Ritter, Roher, Rupp (Waden), Dr. Graf v. Schwerin, Siebenbürgen, Stubbendorff, Dr. v. Velt, Vogt (Traißheim), Vogt (Hall), Weinhöck, v. Winterfeldt und Witt; die Reichsparteiler; Dr. Brendt, Doerken, Febr. v. Camp, v. Halem, v. Liebert, Schulz (Wormberg) und Warmuth; die Antisemiten: Wehrens, Wubn, Dr. Burchardt, Gebhart, Gräfe (Sachsen), Herzog, Nimm, Rupp-Marburg und Dr. Werner (Gießen); die Rationalliberalen: Dr. Weder (Hessen) und Westermann.

Der Stimme enthalten haben sich: v. Dorn (L.), Graf Posadowski, Löcher (Sp.) und Werner-Hersfeld (Anti.). Die ersten zwei Abgeordneten haben sich nach der „Deutschen Tageszeitung“ der Stimme enthalten, weil sie grundsätzlich in der Reichstagsabstimmung über solche Anträge einen Eingriff des Reichstages in die Rechte der Monarchie sehen.

Protestkundgebungen gegen die Militärdiktatur.

In Rottbus nahm eine Volksversammlung einstimmig eine Protestresolution an gegen die Proklamierung des Volkes, gegen die Rechtsverletzungen und gegen die Militärdiktatur durch Kriegsminister und Reichskanzler. Dem Reichstag wird aufgefordert, eine weitere Verhandlung mit der Regierung abzulehnen, die das militärische Faustrecht über die Volksrechte stellt.

Eine Versammlung des fortschrittlichen Volksvereins Treptow-Daunsbachow erwartet, daß im Reichstago „auf dem beschränkten Wege weiter gegangen wird und nötigenfalls mit einem Reichskanzler, der derart die Rechte des Volkes mißachtet, ein Reichstag überhaupt nicht mehr verhandelt“. — Eine fortschrittliche Protestversammlung in Schleißstadt verlangt, daß der Reichstag den Etat des Reichskanzlers und des Kriegsministers solange verweigert, bis vollkommene Sühne gegeben ist, und sie erucht den selbst-losbringenden Sandtag, das Budget abzulehnen, solange, bis die Regierung den Beweis erbracht habe, daß sie sich für die gefährdeten Interessen des Landes restlos eingesetzt hat.

Der Eindruck in England.

London, 5. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Ereignisse in Zubern sowie die Vorgänge im Reichstago haben in England das größte Erstaunen hervorgerufen. Zufällig kommen sie gerade in einem Moment, wo die englischen Militaristen besondere Anstrengungen machen, dem Volke ihr Joch aufzuzudrücken. Die englische Demokratie wird dem Leutnant v. Forstner Dank dafür wissen, daß er hier Tausende von ihrer Schwärmerie für den bunten Hof kuriert hat. Allgemein betrachtet man die jetzige Lage in Deutschland als eine der schwersten Krisen, die das Deutsche Reich durchzumachen gehabt hat.

Blätter, wie die „Daily Mail“, die stets auf den deutschen Scheinparlamentarismus als Quelle der Kriegsgefahr hinweisen, nehmen die Gelegenheit wahr, um die Ohnmacht des Reichstages gegenüber der Regierung zu betonen. Die „Daily News“ schreibt: „Es ist kaum denkbar, daß der Reichstag, nachdem er den Fehdehandschuh aufgehoben, sich nun zurückziehen kann, ohne den Gegnern zu verlangen und doch gibt es nur einen Weg, auf dem er seinen Willen wirksam machen kann, nämlich die Steuerverweigerung. Die öffentliche Meinung würde ihn ziemlich sicher in diesem Schritte unterstützen, aber man muß abwarten, ob die Liberalen genügende Entschlossenheit besitzen.“ Die „Times“ unterziehen die Ausführungen des Reichskanzlers einer milden Kritik. Wie die Eintracht zwischen Militär- und Zivilbehörden, von der der Kanzler sprach, hergestellt werden soll, will dem Blatt nicht einleuchten. Es fragt: „Aber werden die militärischen Behörden einwilligen, eine Eintracht in Uebereinstimmung mit den vom Reichskanzler niedergelegten Grundfäden zu pflegen, werden sie die „Eintracht“, die diese herstellen würden, nicht vielmehr in dem Sinne verstehen, den ihr der Straßburger Abgeordnete gab, als er sagte, daß sie nichts Weiteres bedeuten sollte, als eine Unterwerfung der Zivilbehörden unter die Militärbehörden.“

Die Entwicklung des Kampfes in Deutschland wird hier von allen Politikern mit größter Spannung verfolgt.

Das Urteil der französischen Presse.

Paris, 5. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Ministerkürzel nimmt begreiflicherweise das politische Interesse des französischen Publikums dermaßen in Anspruch, daß die bürgerliche Presse die allgemeine erkannte Bedeutung der Reichstagsabstimmung hauptsächlich durch sehr ausführliche telegraphische Berichte zum Ausdruck bringt.

In der „Humanité“ würdigte Jaurès die Bedeutung der noch „nicht dagewesenen“ Sitzung vom Mittwoch. „Niemand hat der Protest gegen die Ausschreitungen einer von Pöbel und Militär transportierten Soldateska diesen Grad von Heftigkeit verlangt. Es ist nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern das ganze Deutschland, das sich als erobertes

Land behandelt fähigt.“ Wie das deutsche Proletariat empört ist, so ist die deutsche Bourgeoisie verwirrt. Sie sieht, daß die Ereignisse nur die Rundgebung eines chronischen und allgemeinen Uebels sind. Der Reichskanzler kann aber die Ursache all dieser Unordnung nicht enthüllen, denn damit würde er die Grundlage selbst, den brutalen Militarismus anklagen, auf dem die innere und äußere Politik des Reichs beruht. „Aber wenn das, was im Elsaß vorgeht, ganz Deutschland alarmiert, so enthält das, was in Deutsch-land geschieht, ein Uebel, das ganz Deutschland gemein ist. Ueberall unter verschiedenen Formen und dem Grad nach kaum verschieden, sieht dasselbe Geschwür an der europäischen Zivilisation. Der europäische Militarismus mit seinem Budget von 12 Milliarden, das noch mit der wachsenden Freiheit anschwellen wird, die die Abwanderung der Demokratien den Berufsheeren mitteilt, wird für die Völker eine täglich schwerere Drohung. In ihm verbirgt sich alle Reaktionen. Er ist es, der das Gleichgewicht des Budgets bricht und die politischen und sozialen Krisen auf das äußerste treibt. — In Berlin und in Paris entwickelt sich die unheilvolle Wirkung des Militarismus. Deutschland wird von der toten Diktatur des Säbels bedroht, und alle Lebenskräfte Frankreichs sind angegriffen. Alles wäre verloren und die menschliche Kultur würde in einer Art von byzantinischer Aera mit einer bewaffneten Bureaucratie untergehen, wenn nicht der internationale Sozialismus, der lebendige Mittelpunkt der demokratischen Kräfte wie der proletarischen Hoffnungen, den von einer Herrschaft der Barbarei, der Knechtschaft und Dummheit bedrohten Völkern eine letzte Gelegenheit der Rettung und der Erhebung böte.“

Und über das Mißtrauensvotum schreibt Jaurès: „Diesen haben sich geirrt, die uns verspotteten, als wir von einer deutschen Demokratie und einem deutschen Proletariat sprachen, die uns unsere Mission vortwarfen, als wir erklärten, daß eine offenberzige französische Politik des zivilisatorischen Einvernehmens, der Unabhängigkeit und des Schiedsgerichts vom deutschen Volke verstanden werden würde.“

Der „Temps“ kommentiert die gestrige Reichstagsabstimmung und sagt: „Es handelt sich um einen Antagonismus zwischen dem modernen Deutschland und dem alten Preußen, zwischen dem zivilen Geist und dem militärischen Geist der Nation, zwischen der Armeegewalt und den konstitutionellen Gesetzen, zwischen der Vorliebe der Krone zu ihren Soldaten und der Pflicht gegenüber dem Volke. Eine Kangerkrise, die hierdurch herbeigeführt würde, könnte hieran nichts ändern. Heute befindet sich Deutschland in derselben Lage wie im November 1908, nur mit dem Unterschied, daß die Person des Kaisers heute nicht in Frage steht; an der Stelle seiner Person steht heute die Prärogative der Armee. Auf dem Grunde der Angelegenheit ruht die Frage, ob der Kaiser die Erhaltung des Ansehens der Armee über Rechte der Bürger stellt. Reichstag und Herrscher befinden sich nicht auf demselben Boden.“

Das „Journal“ bemerkt: „Obwohl das Votum nur eine moralische Wirkung hat, so ist es doch bezeichnend, denn es zeigt, welche Umwälzungen sich im deutschen Parlament zugetragen haben. Es ist dies ein um so größerer Sieg der Linken, als es sich um die allmächtige Armee handelt. Man hat an dem Ideal gerüttelt! Jeder, der Deutschland kennt, weiß was das heißt.“

Das „Echo de Paris“ schreibt: „Es handelt sich um eine Krise allerischer Art. Der Zug ist entgleist, der Zugführer hat die Bremse angezogen, und heute wird man entweder sensationelle Entlassungen oder eine Ausbesserung der schädlichsten Stellen — wahrscheinlich das letztere — beschließen. Strafmaßregeln werden getroffen werden und der Staatsterror wird mühselig weiterfahren, bis ein neuer Zwischenfall eintritt.“

Der „Petit Parisien“ erklärt: „Das Votum, das der Reichstag gestern faßte, hat eine große, ja historische Bedeutung. Das Wort des Kanzlers von einem Abgrund zwischen Armee und Nation charakterisiert die Lage.“

Der „Matin“ meint: „Das ungewöhnlichste Ereignis in den Annalen des deutschen Parlamentarismus hat sich im 20. Jahrhundert unter der absoluten Herrschaft im konservativsten und militaristischsten Volk der Welt zugetragen. Die Partei, deren Devise „Für Gott, Kaiser und Reich“ lautet, Rationalliberale und das Zentrum, haben sich den Fortschrittler und den Sozialdemokraten angeschlossen, um mit ungeheurer Mehrheit der Regierung ein Mißtrauensvotum auszusprechen.“

Der Streik der Eisenbahner in England.

London, 5. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der wilde Streik der Eisenbahner in Südwaales hat einen ziemlich großen Umfang angenommen. Gegen 22 000 Mann streiken oder sind arbeitslos. Davon sind 14 000 Bergarbeiter betroffen, die wegen Mangel an Wagen die Arbeit einstellen mußten. Fast alle Streikenden, zum größten Teil Lokomotivpersonal, gehören vorwiegend der dem Einheitsverband nicht angeschlossenen Gewerkschaft an. Der Streik hat seinen Ursprung in der Entlassung eines Lokomotivführers, der sich weigerte, Dubliner Streikwaren zu befördern. Ein zweiter Lokomotivführer, der sich ihm anschloß, wurde ebenfalls entlassen. Die Arbeiter suchen nun durch den Streik die Wiedereinstellung ihrer entlassenen Kollegen zu erzwingen. Neben diesem Grunde tauchen aber auch noch Forderungen, wie ein allgemeiner Waktionsentzug, auf. Die Lage des Streiks ist sehr unklar. Die Gewerkschaftsbeamten verurteilen den Streik und sind bemüht, wieder Frieden zu stiften. Es ist möglich, daß die unbesonnene Aktion der leicht erregbaren Walfen Eisenbahner ebenso schnell zusammenbrechen wird, wie sie entstanden ist.

Politische Uebersicht.

Der Streit um Casellmann.

Die Frage, ob der nationalliberale Führer Dr. Casellmann sich in Anbetracht seiner Teilnahme an der Königsmacherei und seiner Zustimmung zur Erhöhung der Zivilliste noch zum Vorsitzenden der liberalen bayerischen Landtagsfraktion eignet, scheint zu einer inneren Krise im bayerischen Liberalismus zu führen. Während der größere Teil der bayerischen Nationalliberalen mit der Haltung Casellmanns einverstanden ist, wänkt der kleinere Teil der Rationalliberalen und die große Mehrheit der Fortschrittler den Rücktritt dieses Führers. Für Casellmann nehmen besonders die Münchener Nationalliberalen Partei. Die vier nationalliberalen Vereine Münchens haben gestern folgende Entschlieung angenommen:

Die vier vereinigten Ausschüsse der nationalliberalen Vereine Münchens beschließen in einer gemeinsamen Vorstandssitzung Herrn Dr. Casellmann und den übrigen Herren der liberalen Fraktion, die für die Erhöhung der Zivilliste gestimmt haben, für ihre Stellungnahme vollste Zustimmung aus und weisen die beleidigenden Vorwürfe und Unterstellungen, die aus diesem Anlasse gegen sie erhoben wurden, auf das entschiedenste zurück.

Die Sparschraube im Eisenbahnbetrieb.

Die herrschende Wirtschaftskrise hat zu einem erheblichen Rückgang des Eisenbahnverkehrs geführt. Das hat die preussische Eisenbahnverwaltung bewogen, die Sparschraube mehr als bisher anzuziehen. In einer von der Eisenbahndirektion Frankfurt an die Dienststellen ergangenen Verfügung wird unter Hinweis auf den eingetretenen Verkehrsrückgang, auf die bereits erfolgte Verminderung der Zahl der Güterzüge und teilweise Umwandlung sonst regelmäßig verkehrender Züge in fogen. Bedarfzüge, die Erwartung ausgesprochen, daß nun auch die Kopfziffer (d. h. die Arbeitskräfte) aus dem gleichen Grunde zurückgehen. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Beamte im unteren Bahnhofs- und Abfertigungs- sowie im Lokomotiv- und Zugdienst und um Betriebsarbeiter. Am geringsten unwirtschaftlichen Personalverbrauch vorzuziehen, werden Neueinstellungen von Arbeitskräften unterjagt. Sollte sich an einer Stelle eine Vermehrung von Arbeitskräften nötig machen, so ist in dem Antrag gleichzeitig anzugeben, an welcher Stelle gleichartige Arbeitskräfte erspart werden können. Keinesfalls darf für einen in den Betriebsdienst zu übernehmenden Strecken- oder Werkstattdiener ohne vorherige Genehmigung der Eisenbahndirektion Ersatz eingestellt werden. Auch die durch natürlichen Abgang freierwerdenden Stellen dürfen nicht durch Neueinstellungen, sondern nur aus vorhandenem Personal ergänzt werden. Sofern sich an irgendeiner Stelle Arbeitskräfte oder auch nur Tagelöhner ersparen lassen, sind diese alsbald zurückzuziehen. Die überzähligen Kräfte sind möglichst an Stellen unterzubringen, bei denen infolge natürlichen Abganges Bedarf eintritt. Können sie sich auf diese Weise nicht unterbringen, so werden durch die Arbeiterausgleichsstelle Verschiebungen nach anderen Orten vorgenommen. Betriebsarbeiter werden in die Rote gesteckt, Hilfsarbeiter in die Werkstätten usw. Die Amtsvorstände und die Stellenvorsteher sind strikte angewiesen, der Durchführung dieser Anweisung Folge zu leisten.

Die Verschiebung der Arbeiter hat natürlich stets eine erhebliche Benachteiligung der Arbeiter im Gefolge: der Lohn ist in der Regel geringer und Stellenzulagen kommen in Wegfall, während oftmals erhöhte Ausgaben erwachsen. Neueinstellungen beim Streckenpersonal, die sich bei regelmäßigen Betriebsverhältnissen in dieser Jahreszeit nötig machen, werden demnach in diesem Winter nicht erfolgen. Es sind sogar Entlassungen nicht ausgeschlossen.

Breslauer Jahrhundertfeier-Streiche.

Der Breslauer Magistrat erlangte seinerzeit nur dadurch die Zustimmung der sozialdemokratischen Stadtverordneten und damit die Mehrheit für den Bau der großen Jahrhundertfeierhalle, daß Oberbürgermeister Dr. Vender wiederholt in öffentlicher Sitzung erklärte, die Halle werde allen Bürgern, auch den Sozialdemokraten für ihre Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Inzwischen hat Dr. Vender sein Amt niedergelegt und Herr Dr. Matting aus Charlottenburg ist Oberbürgermeister von Breslau geworden. Diesem Herrn ging von Charlottenburg her der beste Ruf voraus. Seine liberale Gesinnung sollte über allen Zweifel erhaben sein, so daß unsere Breslauer Genossen keine Bedenken trugen, ihm bei der Wahl des Oberbürgermeisters auch ihre Stimmen zu geben. In Breslau angekommen, entwickelte jedoch der Herr recht bald einen sehr sonderbaren „Liberalismus“. Während der Jahrhundert-Ausstellung gefiel er sich wiederholt in den ärgersten körperlichen und oratorischen Verrenkungen vor den höchsten Kreisen. Auch die Unterdrückung des Hauptmann-Festspiels war sein Werk.

Nun hat der Arbeiter-Sängerbund die Genehmigung zur Abhaltung eines schlesischen Arbeiter-Sängertages in der Halle nachgesucht, das zu Pfingsten 1914 stattfinden soll. Der Verwaltungsausschuss der Halle hatte sich für die Ueberlassung der Halle entschieden, aber der Oberbürgermeister drückte im Magistrat einen Antrag durch, wonach die Halle für Veranstaltungen von politischen Parteien und von einer Partei nachstehenden sonstigen Vereinen nicht zur Verfügung stehen sollte.

Diese staatsverhetzende Handlung hat in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag mit einer großen Majorität für den „liberalen“ Oberbürgermeister geendet. Der liberale Berichterstatter, Justizrat Feige, beantragte kurzweg die Ablehnung der Vorlage. Ferner traten Genosse Löbe und der freisinnige Justizrat Heilberg in längeren Ausführungen dem reaktionären Anschlag entgegen. Obwohl Matting über eine Stunde lang seinen Antrag verteidigte, mußte er am Schluß leben, daß er nur etwa ein Dutzend der Stadtverordneten auf seiner Seite hatte. Es wurde beschlossen, daß die Halle allen politischen Parteien zur Verfügung stehen soll.

Noch ein Schlag traf Herrn Matting am gleichen Tage. Wiederholt haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten Klage geführt über die Behandlung schlesischer Arbeiter durch den Hofendirektor Reuser. Auch die „Volksmacht“ nahm sich der Klagen der Arbeiter an. Anstatt Verbesserungen zu schaffen, stellte Matting Strafantrag gegen die „Volksmacht“. Der angeklagte Redakteur wurde indessen losgelassen freigesprochen, da die Angaben des Artikels als wahr erwiesen wurden.

Wie sich Liman selbst manischelliert.

So ziemlich das Hässliche, was alldemische Großmänner an politischer Charakterfestigkeit bereits geleistet haben, offenbart in ihren Reden vom 2. und 4. Dezember, also innerhalb von 72 Stunden, die Limanische „Leipziger Reueisen Nachrichten“, das Leiborgan des deutschen Thronfolgers. Lassen wir dies Organ unentwegter altdeutscher Gesinnung mit eigenen Worten sprechen.

1. Nr. 333 vom Dienstag, 2. Dezember.
(Der Leitartikel ist großend übergeschrieben „Der Standal von Zabern“.)

Der verachtete Staatsanwalt, der arreterte Landgerichtsrat, der brave Feuerwehmann Levi, der „Deutschland, Deutschland über alles“ singt und eingeperrt wird, sind nicht mehr humoristische Figuren, sondern lebendige Proteste gegen einen verhängnisvollen Irrtum. Sie werden im Reichstag erscheinen und Herr v. Falkenhayn wird diese Schatten hinter Bananos Stuhl nur mit Mühe beschwören. Der Zehariffi wird seine Säbne finden, das ist sicher. Aber er tritt weit zurück in den Hintergrund vor dem leuchtenden Gewisse, das dieses Schauspiel von Zabern auf unsere Zukunft wälzt. Ein rechtsstehendes Blatt meinte jüngst, daß in den Reichsständen alles veränderbar ist. Ein harter Ausdruck, aber wer kann Widerstand leisten? Das Bild steht freilich anders als als jene wunderlichen Gemälde, die man sonst zu malen pflegte, wenn der Kaiser ins Land kam, damals etwa, als man ihm die Hofkönigshand schenkte, wenn die Glocken läuteten, die Bauern und Bäuerinnen sich zum Spalier aufstellten, Köhnen wechten und Transparente leuchteten. Diese Kulissen sind jetzt durchlöcherter, man sieht die Wahrheit dahinter, die je jämmerliche, häßliche Wahrheit, diese Vertüglung alles dessen, was die nationale Presse seit Jahren täglich schrieb.

2. Nr. 335 vom Donnerstag, 4. Dezember.
(Der Leitartikel ist jetzt überschrieben „Die Vorfälle in Zabern.“)
Herr v. Falkenhayn sprach von „läppischen Vorfällen aus der Kasernen“. Und Hand aufs Herz: sind diese Vorfälle von dem kleinen Leutnant, dessen Namen jetzt durch alle Weltteile fliegt, nicht wirklich läppisch? Und ist es nicht

mindestens ebenso läppisch, wenn der Reichstag, dieser wunderliche Reichstag lärmend gegen den Satz protestiert, daß auch die Arme ein Teil des Volkes sei und daß ihr Recht gleich jedem Volkrecht geschützt werden müsse, oder gegen den Satz, daß die Autorität, die Disziplin, das Ehrgefühl zu den Lebensbedingungen gehören? ... Ein häßlicher, kein großer Tag. Ein Festtag der Demagogie, und ein zweiter und dritter Tag wird folgen, und man wird dem Kanzler ein Mißtrauensvotum geben mit der Mehrheit, die dem Reichslande die Verfassung schenkte, und demselben Kanzler, der sie schuf. Auch eine Ironie der Weltgeschichte, ein Treppenwitz von ganz besonderer Art.“ (Nämlich dieser Gesinnungsumschwung des hiesigen Blattes. D. Red.)

Der famose Harden-Junge Liman hat sich noch „fortentwickelt“. Er hat es bisher schon fertig, für den robusten Intellekt der Zeit-Leser das Gegenteil von dem zu schreiben, was er zu gleicher Zeit anderweitig publizierte, so ist es ihm jetzt bereits gelungen, sich in seinem eigenen Blatte innerhalb 72 Stunden kräftig zu manischellieren!

Agrarischer Boykott gegen den Militärskizus.

Der landwirtschaftliche Kreisverein zu Liegnitz will die Landwirtschaftskammer dazu veranlassen, daß sie bei den zuständigen Regierungskreisen um „zeitgemähere“ Bezahlung für Manövervorspanndienste eintreite. Sollte die Regierung die agrarischen Wünsche unberücksichtigt lassen, dann könne es, wie ein einstimmig angenommener Antrag des landwirtschaftlichen Vereins Liegnitz heißt, keinem Landwirt mehr verbattet werden, wenn er die Stellung von Vorspannen zur Manöverzeit ablehne.

Das bedeutet weiter nichts, als eine glatte Boykottierung des Militärskizus. Da die Regierung aber immer ein williges Ohr für agrarische Wünsche hat, wird es aller Voraussicht nach nicht zu einem Streit kommen.

Reichstagskandidatur.

Für die Erziehung im Kreise Rothenberg-Löbau wollen die bürgerlichen Parteien den Landrat v. Brünne als deutschen Sammelkandidaten gegen die Polen aufstellen. Landrat v. Brünne will sich im Falle seiner Wahl der Reichspartei anschließen.

Die dieser Partei angehörigen Landräte Dr. Hegenheidt und Galem können ja nun ihren Kollegen am besten unterweisen, wie man reichsparteiliche Wahlziele durchsetzt.

Aus Osterreich.

Die „Insterburger Allgemeine Zeitung“ berichtet ein niedliches Geschichtchen von einem Gemeindevorsteher im Landkreise Insterburg, der in diesen Tagen von Briefträger seines Bezirks das Namensverzeichnis der Zeitungs-Postabnehmer verlangte. Als das agrarische Gemeindevorhaupt mit seinem Ansuchen beim Briefträger abgelehnt war, ging er weiter. Doch lassen wir die Insterburger Zeitung selbst reden: „Wenige Stunden hernach erschien derselbe Gemeindevorsteher bei dem Postagenten seines Bezirks mit demselben Erlaube. Doch auch der Postagent lehnte es strikte ab, ihm die verlangte Auskunft zu geben. Er ließ dabei wissen, daß sich bereits jener Briefträger über das Vorgehen des Gemeindevorstehers beschwert habe. Darauf gab der Gemeindevorsteher seinem Unwillen Ausdruck durch die drastischen Worte: „Nanu, ich bin als Gemeindevorstand vom Landratsamt beauftragt, diese Ermittlungen durch die Briefträger zu machen und einzufenden.“ Das Blatt versichert, die Mitteilung sei ihm von durchaus glaubwürdiger und zuverlässiger Seite zugegangen.

Die französische Ministerkrise.

Paris, 5. Dezember. Ribot erklärte dem Präsidenten Poincaré, daß er es unter den gegenwärtigen Umständen ablehne, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. Darauf hat Poincaré Jean Dupuy mit der Kabinettsbildung beauftragt. Dieser antwortet, er werde versuchen, ein Kabinett der Linken zur Einigung der Republikaner zu bilden.

Rußland.

Zum Protest gegen die russischen Gefängnisregeln.

Der Aufruf für die politischen Gefangenen Russlands, der am 25. November in den Zeitungen Westeuropas und Amerikas erschien, hat einen starken Widerhall in Rußland gefunden. Allerdings haben nur die beiden Petersburger Arbeiterblätter den Ruf gehabt, den Aufruf unverkürzt zu veröffentlichen — wofür sie, nebenbei bemerkt, sonfiziert und zur gerichtlichen Verantwortung gezogen wurden —, indessen sind in den meisten Blättern Auszüge aus dem Aufruf und telegraphische Meldungen aus allen Hauptstädten Europas wiedergegeben worden, die den Protest des europäischen Kulturvolkes gegen die Schmach der russischen Gefängnisregeln eindrucksvoll zur Geltung gebracht haben. In den Petersburger Regierungskreisen ist man, wie ein gut unterrichtetes Blatt meldet, über diese Einmischung des Auslandes empört. Aber die Anklage gegen die russische Pentertwirtschaft ist in dem Protest so eingehend begründet, seine Ausführungen sind so unanfechtbar, daß das Gefängnisregiment, das sonst schnell mit Dementis bei der Hand ist, den Ruf nicht findet, gegen die angebliche „Einmischung“ öffentlich aufzutreten.

Wanz abgesehen von dieser Wirkung des europäischen Protestes dürfte der Zusammenstoß der angelegentlichsten Vertreter der Kulturwelt auch auf die Haltung der russischen liberalen Gesellschaft einen günstigen Einfluß ausüben. Mit Recht geht das bedeutendste Blatt Sibirlands, die demokratische „Kijowskaja Mysl“, die verbrecherische Gleichgültigkeit des russischen Liberalismus gegenüber den in den Kerlern und Zellen vergrabenen Kämpfern der russischen Freiheit. „Die besten Männer und Frauen Europas — schreibt das Blatt — die Freunde der Gerechtigkeit und Menschlichkeit haben ihre Stimme erhoben zum Protest gegen die politische Massen Deporiation in Rußland. Sie schenken den beruhigenden Mitteilungen der russischen Ministerien nahestehenden Zeitungen, das in Rußland fast das goldene Jahrhundert der politischen Freiheit und der persönlichen Unantastbarkeit eingetreten sei, keinen Glauben. Sie lassen sich durch Kosmogonien Erklärung, die Berichte über Massenverurteilungen seien stark übertrieben, nicht beschwichtigen. Sie wissen, daß seit dem Oktober 1905 über 40 000 Personen wegen politischer Vergehen in Rußland verurteilt worden sind, von denen über 3000 hingerichtet, über 10 000 in den Totenzellen der „Katorga“ eingekerkert wurden. Sie wissen, daß auch heute die Gefängnisse, die „Katorga“ und die Verbannungsorte überfüllt sind. Sie stellen sich zur Aufgabe, die Tatsachen zu sammeln und zu veröffentlichen, die allen Freunden der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, ohne Unterschied der Partei, ein gesichertes Urteil über diese grauenvollen Zustände ermöglichen. Sie können es nicht länger mit ansehen, daß irgendwo in der Ferne politische Gefangene in den Kerlern und in der Verbannung schmachten. Bei uns aber hat man sich mit diesen Zuständen ausgehört. Die politischen Freunde der ungeheueren Mehrheit der Unterzeichner des ausländischen Protestes schmeigen und lassen sich durch die „Erzesse“ der Verbannung und der Katorga, die für sie zu Alltagserscheinungen geworden sind, nicht aus ihrer Ruhe führen. ... Unsere liberale Opposition, die von den Okobristen weit nach links abgerückt ist, tritt nur in seltenen Fällen aus ihrer Gleichgültigkeit gegenüber den Greueln der politischen Deporiation hervor. Die ungeheure Mehr-

heit der diesbezüglichen Interpellationen ist nicht auf die Initiative der Liberalen in der Duma eingebracht worden. Die mehrfach eingebrachte Interpellation über das Schicksal der verurteilten Abgeordneten der zweiten Duma hätte vielleicht zu anderen Ergebnissen geführt, wenn sie von den liberalen Kreisen innerhalb und außerhalb der Duma energischer unterstützt worden wäre. Die zahlreichen Beweise der „Erzesse“, die die Ausländer zum Protest veranlassen, bleiben bei uns gleichsam unbeachtet. Die Selbstmorde in den Gefängnissen, das Hungerdasein und das Elend in der Verbannung und noch viele ähnliche Tatsachen werden durch die Gleichgültigkeit der Gesellschaft erstickt und mit höherem Still-schweigen übergangen.

Der ausländische Protest — fährt das Kiower Blatt fort — muß eine glühende Scham in uns wachrufen und das Bewissen der Gesellschaft aufrütteln. Nicht den Ausländern, nicht den fernern Freunden der Gerechtigkeit und Menschlichkeit muß die Last auferlegt werden, die von denen getragen werden muß, die so viel über das Anschwellen der oppositionellen Stimmung und die neuen Aufgaben der Opposition sprechen. Man muß die in dem ausländischen Protest erwähnten Tatsachen sammeln und veröffentlichen, man muß sie von der Tribüne der Duma verkünden und sie allen zur Kenntnis bringen, die sie zu hören vermögen.

Mexiko.

Eine neue Niederlage der Regierungstruppen.

New York, 5. Dezember. Nach einer Depesche aus Brownville (Texas) hat bei Zula, 40 englische Meilen südwestlich von Ciudad Victoria, ein Abständiges Gefecht zwischen Bundesstruppen und Rebellen stattgefunden, in welchem jene 200 Mann verloren haben sollen.

Aus Industrie und Handel.

Bankzusammenschluß. Die Leber Bank in Lehe will sich mit der Deutschen Nationalbank in Bremen vereinigen. Auf den ersten Blick sieht die Sache so aus, als ob sich zwei Provinzbankinstitute zusammen tun wollen, um sich als ein geschlossenes Provinz-institut der Großbankkonkurrenz gegenüber kräftiger zu betätigen. Es sieht aber nur so aus, denn die Leber Bank in Lehe ist geschäftlich mit der Hannoverschen Bank verbündet und die Hannoversche Bank steht in engsten Beziehungen zur Deutschen Bank in Berlin. Die Nationalbank in Bremen ihrerseits wieder ist durch ihre Verbindung mit der Verwaltung des Norddeutschen Lloyd, in der bekanntlich auch die Deutsche Bank vertreten ist, ebenfalls zum Konzern der Deutschen Bank zu rechnen. Wir haben also hier nichts weiter als die Zusammenlegung zweier Provinzbankinstitute, die als Filialen der Deutschen Bank in Berlin anzusehen sind. Die Leber Bank mußte für 1912 mit ihrer Dividende von 9 auf 8 Proz. zurückgehen. Die Deutsche Nationalbank in Bremen ist eines der größeren Provinzbankinstitute und die Hannoversche Bank ragt ebenfalls schon über das Mittelmaß der Provinzbanken hinaus.

Neues Elektrizitätskapital. Obwohl es auf dem Geldmarkte noch immer an Kapitalzulüssen fehlt, tritt der große Elektrizitätskonzern, in dem die A. E. G. und Siemens maßgebend sind, doch mit einem erheblichen Geldbegehr hervor. Die Deutsch-Preussische Elektrizitätsgesellschaft gibt 30 Millionen Mark Vorzugsaktien aus, die Siemens elektrische Betriebs-Aktiengesellschaft 8 Millionen Mark Obligationen anleihe für den Schweizer Markt und 4,5 Millionen Mark weitere Obligationen anleihe, und, wie es heißt, will die Hochbahn 20 Millionen Mark Nominal neue Aktien begeben. Das wäre insgesamt ein Nominalbetrag von 62,5 Millionen Mark, zu den Begebungskursen gerechnet natürlich viel mehr. Vor einigen Tagen hat die Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft stattgefunden und in dieser Generalversammlung hat der Aufsichtsratsvorsitzende, Dr. Walter Rathenau, gesagt, es sei anzunehmen, daß die Gesellschaft vorläufig kein neues Kapital gebrauchen werde. Die großen Elektrizitätsunternehmen verfahren aber immer nach demselben Rezept. Wenn sie selbst keine Emissionen vornehmen, wenn sie keine neuen Aktien oder Anleihen begeben, so lassen sie durch ihre Konzernunternehmen Geld aufnehmen.

Zusammenschluß. Auf einem Gebiete herrscht gute Konjunktur: Auf dem der Verlängerung und Neugründung von Kartellen, Konventionen usw. Mit einem nachahmenswerten Eifer baut das Unternehmertum seine Organisationen aus; solche mit der Aufgabe, die Preise zu steigern, ebenso so wie die der Frontstellung gegen die Arbeiterschaft. Ueber die Gründung von Organisationen gibt die nachfolgende, auf Vollständigkeit keinen Anspruch erhebende Aufstellung ein Bild: Eine Verlängerung des Internationalen Spiegelglas-Syndikats wurde herbeigeführt. Das Internationale Zuckersyndikat zu verlängern, gelang ebenfalls. Die Neugründung eines Häckensyndikats steht vor dem Abschluß. Als gesichert zu betrachten ist die Neugründung eines Rheinisch-Westfälischen Zement-Syndikats. Eine Verkaufsstelle der zu einer Preisvereinigung zusammengeschlossenen Hersteller isolierter Leitungsröhren wurde gegründet. Die Waggobauanstalten schlossen sich zu einem Verband zusammen. Die „Textilkonvention“ gründete ein Kartell zwecks Förderung des Organisationswesens. Nord- und Mittel-deutsche Wägereien gründeten eine Einkaufsgesellschaft. Die Schirmfabrikanten gründeten eine Konvention. Weil diese Konvention sofort mit Preishöhung vorging, schlossen sich auch die Schirmfabrikanten zu sammen. — So rümpelt das Unternehmertum. Die aufgeführten Vereinigungen bezwecken durchwegs eine bessere Verwertung der Arbeitsleistung für die Unternehmer. Denselben Zweck dienen die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft. Sie sollen an dem Eifer der Unternehmerverbände den Beweis für die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Zusammenschlusses erkennen.

Letzte Nachrichten.

Die Beurteilung der Kanzlerrede in Bayern.

München, 5. Dezember. (S. P.) In bayerischen politischen Kreisen sieht man der Weiterentwicklung des unheilbaren Krisenzustandes, wie er durch das Mißtrauensvotum der überwältigten Reichstagsmehrheit geschaffen worden ist, mit großer Spannung entgegen. Bis in die höchsten bayerischen Regierungskreise findet die Abgabe der Volksvertretung Verständnis und Billigung. Man versteht dort, wie die „Frankfurter Zeitung“ ausbrüchlich versichern kann, die Haltung des Reichskanzlers nicht, und man bedauert lebhaft, daß es durch die Art seines Auftretens zu einem solchen verhängnisvollen Konflikt zwischen der Reichsleitung und dem Reichstag überhaupt hat kommen können.

Waffeneinfuhrverbot für Irland.

London, 5. Dezember. (S. P.) Die Zuspitzung der Situation in Irland hat zu einer Reihe verschärfter Regierungsmaßnahmen geführt. In diesem Zusammenhang ist ein königliches Dekret ergangen, das die Einfuhr von Waffen nach Irland verbietet.

Verdigung des englischen Eisenbahnerstreiks.

London, 5. Dezember. (S. P.) Die Verhandlungen zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihren Angestellten über die Beilegung des Streiks haben zu einem Ergebnis geführt. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll bereits morgen erfolgen.

1.35

JANDORF's

Woche

1.35

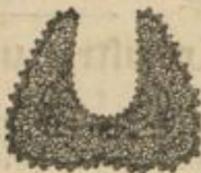
Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm
Eis Sonnabend den 13. Dezember Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken.

Soweit Vorrat

Verkauf nicht an Wiederverkäufer

Weisswaren

1 Spachtelkragen mit imit. Filletmotiv, Matrosenform, sehr vornehme Dessins **1.35**



1 Jakettkragen aus mercerisiertem Rips, mit Einsatz u. Spitze reich ausgestattet **1.35**

1 Tüllkragen mit Spachtel, neue Muster. **1.35**

1 Tüllfichu reizende Neuheit, aus Tüll, m. Einsatz u. breit. Spitze garn. **1.35**



1 Spachtelgarnitur bestehend aus Kragen und Manschetten, Matrosenform **1.35**



1 Atlaskragen mit Tüllweste, sehr kleidsam **1.35**

1 Damengarnitur Kragen u. Manschetten, aus mercerisiertem Rips, mit Hohlraum, Spitze od. Pelzbesatz .. **1.35**

1 Kindergarnitur rund oder Matrosenform, aus modifiziertem Ripstoff, mit Spachtelspitze u. Knöchelverzierung. **1.35**

1 Damengürtel aus Lackleder oder Sammetgummiband, mit hübschem Schloss. **1.35**

1 Jabot Tüll, mit schöner breiter Spitze oder Pelzbesatz. **1.35**

1 Kindergarnitur Matrosenform, aus modifiziertem Ripstoff, mit Spachtelspitze u. Knöchelverzierung. **1.35**

1 Damengürtel aus Lackleder oder Sammetgummiband, mit hübschem Schloss. **1.35**

1 Jabot Tüll, mit schöner breiter Spitze oder Pelzbesatz. **1.35**

1 Kindergarnitur Matrosenform, aus modifiziertem Ripstoff, mit Spachtelspitze u. Knöchelverzierung. **1.35**

1 Damengürtel aus Lackleder oder Sammetgummiband, mit hübschem Schloss. **1.35**

1 Jabot Tüll, mit schöner breiter Spitze oder Pelzbesatz. **1.35**

1 Kindergarnitur Matrosenform, aus modifiziertem Ripstoff, mit Spachtelspitze u. Knöchelverzierung. **1.35**

1 Damengürtel aus Lackleder oder Sammetgummiband, mit hübschem Schloss. **1.35**

1 Jabot Tüll, mit schöner breiter Spitze oder Pelzbesatz. **1.35**

1 Kindergarnitur Matrosenform, aus modifiziertem Ripstoff, mit Spachtelspitze u. Knöchelverzierung. **1.35**

1 Damengürtel aus Lackleder oder Sammetgummiband, mit hübschem Schloss. **1.35**

1 Jabot Tüll, mit schöner breiter Spitze oder Pelzbesatz. **1.35**

1 Kindergarnitur Matrosenform, aus modifiziertem Ripstoff, mit Spachtelspitze u. Knöchelverzierung. **1.35**

1 Damengürtel aus Lackleder oder Sammetgummiband, mit hübschem Schloss. **1.35**

1 Jabot Tüll, mit schöner breiter Spitze oder Pelzbesatz. **1.35**

1 Damenhemd mit handgestickter Madeira-Passe **1.35**

Damen-Handschuhe

Schweden imit. mit moderner Aufsicht, vorzügl. Sitz, farbig, Paar **1.35**

Reine Seide Perfillet, ca. 12 Knopf lang, Form **1.35**

Glace-Lammleder mit zwei Druckknöpfen, weiss oder farbig Paar **1.35**

Knaben-Konfektion

1 Knaben-Manchester-Hose für 2-9 Jahre **1.35**

1 Knaben-Hose aus haltbarem blauem Cheviot, ganz gefüttert, für 2-9 Jahre **1.35**



Kleider-, Seidenstoffe

Kostümstoffe Rockstoffe ca. 100 cm breit, moderne Bandstreifen... Einheitspreis Meter **1.35**
Blusenblende 50 cm breit, für Hauskleider...
Damentuche 100 cm breit, für Tischdecken...
Blusenstoffe 100 cm breit, für Blusen...
Seidenstoffe moderne Muster, großes Farbensortiment, „Reine Seide“

Wirtschaftsartikel

1 Kohlenkasten mit Deckel **1.35**

1 Kohlschaufel **1.35**

1 Brotbüchse oval, ca. 4 Pfund **1.35**

1 Brotkorb oval, mit bunter Stein- gut Einlage, ca. 50 cm **1.35**

1 Tablett mit dekorierter Einlage **1.35**

1 Marktkorb mit Einsatz **1.35**

1 Kleiderbürste ... **1.35**

1 Kopfbürste **1.35**

3 Alpaka-Teelöffel **1.35**

3 Alpaka-Esslöffel **1.35**

4 Glühstrümpfe **1.35**

6 Gaszylinder **1.35**

3 Blakerzunder **1.35**

6 Gaszylinder **1.35**

1 Ofenvorsetzer **1.35**

1 Vorlegelöffel **1.35**

1 Wäscheleine **1.35**

1 Schmortopf Aluminium, mit Deckel **1.35**

1 Waschständer **1.35**

1 Waschkübel Emaille dekoriert, mit Seifnapf.... **1.35**

3 Paar Solinger Bestecke **1.35**

Lebensmittel

1 Flasche Kognak - Verschnitt **1.35**

1 Flasche Rum - Verschnitt **1.35**

1 Flasche Halb und Halb **1.35**

17.000 Stück Trikotagen nur gute Qualitäten

1 Herren-Hemd normalfarbig, gute wollgemischte Qualität, Vorder- oder Schulterschluss, 3 Größen ... Jedes Stück **1.35**
1 Herren-Hemd macoofarbig, Vorder- oder Schulterschluss für Herren, mit modern gemusterten Pique-Einsätzen, 3 Größen **1.35**
1 Trikot-Oberhemd normalfarbig, mit Ueberschlag, gute wollgemischte Qualität, 3 Größen ... **1.35**
1 Herren-Beinkleid macoofarbig, 3 Größen **1.35**

Emalle



1 Wanne oval, marmoriert, mit Hohlgriffen ... **1.35**

1 Mülleimer mit Schrift und Deckel **1.35**

1 Schmortopf mit Rand, extra gross **1.35**

1 Schmortopf mit Ring, Gusseisen **1.35**

1 Kaffeekanne dekoriert **1.35**



1 Garnitur Sand, Seife, Soda, dekoriert **1.35**

2 Waschkübel dekoriert, ca. 30 u. 34 cm **1.35**

1 Wasch-Service-Kanne 2 tiefe Küchenschüsseln ca. 34 und 38 cm **1.35**

1 Petroleumkanne ca. 2 Liter Delfidekor **1.35**

1 Satz Kummern 3 Stück, ca. 16, 18, 20, 22, 24 cm **1.35**

1 Satz Milchtopfe ge- baucht, neublaue oder weisse mit o. ohne Sack, Delfidekor **1.35**

1 Wasserkessel mit o. ohne Sack, Delfidekor **1.35**

Diverses

1 Garderobeleiste Eiche, ca. 1 Meter lang, mit 6 Metallhaken **1.35**

1 Palmständer ca. 105 cm hoch, mit 27 cm grosser Platte **1.35**

1 Hocker beinig, mit ca. 53 cm grosser viereckiger Platte mit runder Platte, ca. 35 cm gross **1.35**

1 Salontisch **1.35**

1 Bücher-Etagere mit gedrehten Säulen, ca. 55 cm gross **1.35**

1 Blumenkrippe aus Holz, ca. 60 cm lang **1.35**

1 Reisetasche ca. 29 cm lang **1.35**

1 silb. Kettenschnur mit Anhänger **1.35**

1 Herren-Portomonnaie Leder, auf Rahmen gearbeitet **1.35**

1 Schirmständer rund **1.35**

1 Heizrohr emailliert **1.35**

1 grosser Teigschüssel **1.35**

1 Paar Herrensocken „Reine Wolle“, meliert gestrickt, gute Winterqualität **1.35**

2 Paar Unterhemden für Damen, weiss, m. langen Ärmeln **1.35**

1 Mtr. Chinéband ca. 15 cm breit, dunkler Fond in neuen Mustern **1.35**

1 Anstandsrock farbig oder gestreift **1.35**

1 Monage vernickelt **1.35**

1 Warmflasche **1.35**

1 Waschständer extra stark **1.35**

6 Sportlikörgläser auf hohem Fuss **1.35**

1 Kinder-Sweater Wolle plattiert in 4 Größen **1.35**

1 Nagelpflege-Etui mit Spiegel **1.35**

1 Reibe-maschine **1.35**

An die Arbeiterchaft Groß-Berlins!

Weihnachten naht, das Fest der Liebe, und löst wieder bei Millionen einen Hauch warmen Mitgeföhls aus. Gibt es doch für jeden menschlich Denkenden kein größeres, reineres Glück als geben und andere damit erfreuen zu können.

Seit Monaten weist die Arbeiterchaft auf diese Folgen der herrschenden Krise hin, seit Monaten appelliert sie an Staat und Kommunen, den Opfern der Arbeitslosigkeit doch wenigstens etwas zu helfen, aber fast nichts ist geschehen!

Millionen werden für Feste ausgegeben, Milliarden Gewinne fallen den Besitzenden zu, für die arbeitslosen Arbeiter aber sind keine Mittel vorhanden, ihren Hunger zu stillen.

Da wenden wir uns an Euch, Ihr Entbehrten der Gesellschaft! Angesichts der besonderen Notlage, in die sich hier in Groß-Berlin Tausende von fleißigen Arbeitern befinden, haben die Vertreter der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei Berlins beschlossen, den Arbeitslosen und deren Kindern eine wenn auch kleine Weihnachtsbescherung zu verschaffen.

Table with 2 columns: Amount and Organization. Rows include: 30 000 Mark „Vorwärts“, 20 000 „Berliner Gewerkschaftskommission“, 20 000 „Sozialdemokratische Partei Groß-Berlins“, 10 000 „Verband der Metallarbeiter“, 5 000 „Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend“, 5 000 „Verband der Staats- und Gemeindegewerkschaften“, 3 000 „Verband der Schneider“, 1 500 „Verband der Fabrikarbeiter“.

Um weitere Mittel zu beschaffen haben wir Sammellisten herausgegeben und wir bitten jeden sozial Fühlenden sich an der Sammlung zu beteiligen. Wir wissen, daß wir das entsetzliche Elend damit nicht beseitigen, da dieses in der heut bestehenden Gesellschaft begründet ist.

Die Listen sind möglichst schnell abzurechnen und zwar dort, wo sie entnommen sind. Sonstige Beiträge sind zu richten an Alwin Körsten, Engelufer 15 und Emil Voelke, Lindenstr. 2 I.

Mit Parteigruß Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend. J. A.: Eugen Ernst. Berliner Gewerkschaftskommission. J. A.: Alwin Körsten.

Gewerkschaftliches.

Wie Terrorismusmärchen entstehen.

Aus Anlaß der am 25. November abgehaltenen Arbeitslosenversammlungen brachte die „Post“ einen Leitartikel mit der Überschrift „Zwei Arbeitslose. Auch ein Beitrag zur Arbeitslosenfrage“.

Der Fall spielt in der Berliner Holzindustrie. Der Treppenhauer S. hätte in dem Betrieb von R. angefangen. Sein Chef hätte aber zu seinem Bedauern den tüchtigen Arbeiter nach einigen Wochen entlassen müssen.

Die Arbeitgeber des Vertragsgebietes für die Berliner Holzindustrie sind verpflichtet, alle vakanten Stellen an den Nachweis zu melden. Gegen diese Bestimmung hat die Firma Kuhnert, um die es sich hier handelt, schon wiederholt verstoßen, indem sie Arbeiter ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einstellte.

Kleines feuilleton

Das Warenkatalog der heiligsten Güter. Eine Berliner Heiratsfirma veröffentlicht in einer großen deutschen Tageszeitung einen Heiratskatalog, aus dem wir das folgende Stück mitteilen möchten:

Table with 2 columns: Age and Salary. Rows include: 21 Jahre alt 38 000 R. Gehalt, 28 „ „ 40 000 „ „, 49 „ „ 50 000 „ „, 28 „ „ 110 000 „ „, 40 „ „ 120 000 „ „, 42 „ „ 125 000 „ „, 30 „ „ 200 000 „ „, 30 „ „ 250 000 „ „, 36 „ „ 300 000 „ „, 35 „ „ 500 000 „ „.

Wir möchten ausdrücklich bemerken, daß der Katalog im Original noch viel reichhaltiger ist. Aber das mitgeteilte Stück genügt durch aus. Wir lassen unsere Augen die schlichte Sachlichkeit dieser Offerte genießen und gestatten uns die Frage:

Kann man sich eine Welt denken, in der die heiligsten und verantwortungsvollsten Geschäfte der Natur ärger zu einer bloßen Ware herabgewürdigt werden?

Es ist Schopenhauer, der die Kinderzeugung das verantwortungsvollste Geschäft der Natur nennt. Der Kapitalismus aber wirft alle Verantwortlichkeit in die Gasse, wenn nur Geld umgesetzt werden kann.

Was ist in der kapitalistischen Welt im Grunde noch nicht zur Ware geworden?

Die Vaterlandsliebe? Unter dem Namen Patriotismus ist sie seit langem ein Geschäft, das gelegentlich mit sehr unsauberen Mitteln arbeitet. Der Prozeß Strupp liefert eine Anekdoteillustration.

Der Ruhm? Der vortreffliche Herr Sudermann verramschte trotz seiner Niefeneinnahmen eine seiner besten Arbeiten an das Kino.

Die sittliche Gesinnung? Die staatserkaltenden Blätter bezeichnen alle die Ehe als eine „heilige“ Einrichtung. Im Inneren aber machen sie ein ordinäres Schachergeschäft daraus. Die Religion? Der „Vorwärts“ zeigte erst kürzlich, wie im Fall des Abgeordneten Euler die Religion dem Geschäft als Vorspann dienen mußte.

Das Wort aus dem kommunistischen Manifest, nach dem der Kapitalismus die Dinge ihrer Ehrwürdigkeit entkleidet, ist erkwendend in Erfüllung gegangen. Die Weltordnung des Kapitalismus hat sich immer mehr in eine satanische Frage verkehrt.

Die Stadt der 60 000 Schulze. Wer nach seinem Namen gefragt wird, aber nicht angeben möchte, wie er wirklich heißt, nennt sicherlich den Namen Schulze, Müller, Schmidt oder Meier, denn diese Namen sind nach allgemeiner Anschauung die häufigsten.

Liebesbriefe aus dem Feldzuge 1812. Die „Geschichte der Namenlosen“, die man in jüngster Zeit als einen wichtigen Zweig historischer Forschung gekennzeichnet hat, erfährt eine interessante Bereicherung durch eine unsägliche Briefveröffentlichung, die von russischer Seite erfolgt ist.

Die neue Igl. Bibliothek soll im April eingeweiht werden. Bis dahin sollen im Innern der große Bibliotheksaal sowie die Räume für die Akademie der Wissenschaften fertiggestellt sein.

Papieren ab. Wieviel Geist, wieviel Armut, wieviel Stolz und Liebe!

Die gerüffelte Cliquen. Wel uns kann man in Theaterkritiken oft lesen, daß die Cliquen sich unangenehm bemerkbar gemacht habe, und daß es eine Schande sei, wenn die Direktion des Theaters sich herausnehme, in dieser Weise und durch gedungene Leute das Urteil des Publikums beeinflussen zu wollen.

Notizen.

Vorträge. Dr. Ferral spricht Sonnabend und Montag, abends 8 1/2 Uhr, noch einmal in der Treptow-Sternwarte über sein neues Rechnungswesen.

Die neue Igl. Bibliothek soll im April eingeweiht werden. Bis dahin sollen im Innern der große Bibliotheksaal sowie die Räume für die Akademie der Wissenschaften fertiggestellt sein.

Germann Wahrs Komödie „Das Phantom“ kam am Stuttgarter Schauspielhaus zur Aufführung. Das im Dialog wichtige, aber handlungsarme Stück ist eine psychologische Studie über ein Eheproblem.

Im Kupferstichkabinett der Berliner Museen sind Rembrandts Radierungen angehängelt.

Kanfers Lob. Nach einem Vortrage, den der dänische Grönlandforscher Koch in der Norwegischen Geographischen Gesellschaft über seine letzte Grönlandexpedition gehalten hatte, charakterisierte Fridtjof Nansen die Kochsche Expedition als eine der größten Taten in der Geschichte der arktischen Forschung.

Vertrauensmänner mußten nun auf Wunsch ihrer Kollegen noch einmal mit dem Unternehmer verhandeln. Da die Arbeiter, an ihren Bänken stehend, das Ergebnis der Verhandlungen abwarteten, wurde Herr Kuhnert nachgiebig und er willigte nun in die Entlassung des S.

Wer den Dingen fern steht, ist leicht geneigt zu vermuten, daß das Verlangen auf Entlassung des S. gestellt wurde, weil er nicht dem Deutschen Holzarbeiterverbande angehört. In Wirklichkeit spielt aber hierbei die Organisationszugehörigkeit durchaus keine Rolle. Waren doch z. B. die Arbeiter, deren Entlassung früher von Kuhnert gefordert worden war, Verbandsmitglieder. Die Berliner Holzarbeiter verlangen von jedem Berufsangehörigen, gleichviel ob und welcher Organisation er angehört, die Benutzung des Arbeitsnachweises und sie gehen gegen jeden, der den Tarifvertrag in dieser Hinsicht verletzt, mit rücksichtsloser Strenge vor. Die Arbeitslosigkeit im Berliner Holzgewerbe ist so groß, daß die Umgehung des Arbeitsnachweises als Verletzung der gemeinsamen Interessen angesehen und dementsprechend gewertet wird.

Die Arbeitsvermittlung auf dem paritätischen Arbeitsnachweise erfolgt, das sei hier nebenbei bemerkt, streng unparteiisch; dafür bürgt schon der Umstand, daß die Vermittlungstätigkeit von Angestellten sämtlicher am Vertrag beteiligten Organisationen ausgeübt wird. Nach dem Reglement ist es Aufgabe der Arbeitsvermittler, die gemeldeten Stellen bestmöglichst mit geeigneten Kräften zu besetzen. Natürlich werden bei gleicher Qualifikation die Bewerber bevorzugt, die länger arbeitslos sind. Außerdem enthält das Reglement auch weitere Bestimmungen, die es ermöglichen, berechnigte Sonderwünsche der Unternehmer hinsichtlich der Zuweisung bestimmter Personen zu entsprechen.

Der Fall, den die „Post“ in so schauerlichen Farben als ein typisches Beispiel für den „Terrorismus der Arbeiter“ schildert, stellt sich in Wirklichkeit als der Fall eines tarifbrüchigen Unternehmers dar, der nur durch scharfe Maßnahmen zur Innehaltung seiner Vertragspflichten erzogen werden kann.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Schöpfungsmacher.

Die Schöpfungsmacher setzten in einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung ihre Beratung des Tarifentwurfs fort. Als Grundforderungen kommen in Betracht: Lohnsteigerung, Bezahlung der Extrarbeit (Spezialwünsche der Randschicht), Herstellung der Arbeit in Werkstätten statt im Heim des Arbeiters, statt einer fünfjährigen eine zweijährige Tarifdauer. Was die Bezahlung der Extrarbeit betrifft, so wurde diese Forderung schon 1909 von einem Teil der Randschicht gefordert; nunmehr aber hat sich innerhalb der letzten Jahre die gesamte Schichterschaft zu der Ansicht durchgerungen, daß die Extrarbeiten in Zukunft unbedingt bezahlt werden müssen. Die Forderung auf Erziehung von Betriebswerkstätten ist schon aus hygienischen und sanitären Gründen zu verlangen. Auch wird der Arbeiter geschädigt durch das Vorfieren und Abholen der Arbeit, wobei oft mehrere Stunden verloren gehen, die am Abend wiedereingebracht werden müssen. Gesunde Arbeitsräume und geregelte Arbeitszeit sind darum nur zu erreichen, wenn der Arbeitgeber für helle, passende Räume zu sorgen hat. Ein Redner erklärte, daß es notwendig sei, im kommenden Tarifkampfe die Werkstättenfrage von der Lohnfrage zu trennen. Nebenbei würden die meisten Geschäfte in abschbarer Zeit schon von selbst Werkstätten einrichten, denn die Raschenschnell drängt dazu. Nur die allerfeinsten Geschäfte, deren Randschicht Luxuspreise bezahlen, würden auch noch weiterhin die Heimarbeit behalten. Andere Redner traten dem entgegen und führten aus, daß die Werkstättenfrage von der Lohnfrage nicht getrennt werden dürfe, solle der Tarifkampf nicht geschädigt werden. Mit Bestimmtheit wurde ausgesprochen, daß nur eine zweijährige Vertragszeit in Betracht komme. Es wurde noch eine siebenjährige Lohnkommission gewählt.

Die Beschlußfassung über die Kündigung des Tarifs soll im Januar 1914 erfolgen.

Aus dem Fleischerhandwerk. Der Zentralverband der Fleischer, Berlin, sandte an den Fleischermeister Garbisch, Berlin, Lange Straße 67, einen Tarifvertrag. Der Tarif fordert zwölfstündige tägliche Arbeitszeit, 50 Pf. Ueberstundenbezahlung, 13 M. Mindestlohn pro Woche und Anerkennung des losen Lohnnachweises. Herr Garbisch lehnt diese ganz minimalen Forderungen rundweg ab. Es ist auch kein Wunder, wenn man erfährt, daß Garbisch jahrelang Führer der gelben Bruderschaft war. Nur ist es nicht zu verstehen, daß diese Herren, wenn sie Reister werden, mit der organisierten Arbeiterschaft ihr Geschäft machen wollen.

Ueber die Firma Garbisch hat die Organisation die Sperre verhängt. Die Fleischermeister Kohloff, Raunhstraße 8, August Jonas, Greifswalder Straße 25, Grästel u. Erdmeyer, Kreuzstraße 28, Miersch, Kolonnenstraße 83, Ansp, Kolberger Straße 12, und Otte, Richtenberg, Scharnweberstraße 67, haben neuerdings mit dem Zentralverband der Fleischer den Tarifvertrag abgeschlossen.

Die Ortsverwaltung des Fleischerverbandes.

Herr Fouragehändler J. Steiling schreibt uns: „Die Angabe in Nr. 308 Ihres Blattes, daß ich mit dem Fuhrwerksbesitzer Schmiedigen bei dem Streikbrecheragenten Keiling, Schulzendorfer Str. 18, gewesen sei, ist unzutreffend. Ich habe niemals mit Keiling verhandelt, war auch niemals bei Keiling und kenne ihn überhaupt nicht.“

Deutsches Reich.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter im Saarrevier.

Die größte christliche Gewerkschaft hat im Saarrevier abgewirtschaftet. Vor einigen Jahren zählte der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter in Saarabien rund 20 000 Mitglieder, im Jahre 1911 ging es schon rapide bergab, und im Jahre 1912 waren nur noch 7—8000 Mitglieder vorhanden. Dann wurde die bekannte Lohnbewegungskomodie inszeniert, die für einige Wochen die Zahl der Mitglieder auf circa 15 000 erhöhte. Als die Bewegung beendet war, die saarabischen Bergarbeiter infolge der Haltung der christlichen Organisation sich als die Betrübten betrachteten mußten, verließen aufs neue Tausende die Fahne des Gewerksvereins. Dieser suchte nun durch eine Anknüpfungsbewegung nach zu retten, was zu retten war. Er stellte eine Reihe Verbesserungsanträge und legte sie der Anknüpfungsgeneralversammlung am 15. November 1913 vor. Da erlebte der Gewerksverein das blamable Schauspiel, daß von seinen 80 Anknüpfungsvorreitern 24 die Forderungen der Organisation im Stich ließen und mithalten, das Anknüpfungstatut zuzunehmen der Vergarbeiter zu verschieben. Das hat den Gewerksverein vollends in Mitleid bei den Vergleuten gebracht. Er bemüht sich zwar, die Einberufung einer neuen Generalversammlung von der Anknüpfungsbewegung und der Vergarbände zu erschließen, er droht ferner, die in der Generalversammlung abtrünnig gewordenen Aeltesten aus der Organisation auszuschließen, desgleichen die Aeltesten, die künftig die Anknüpfungsbewegungen nicht genügend vertreten. Aber alles hilft nichts. Die Herrlichkeit des Gewerksvereins im Saarrevier ist zu Ende. Er soll dort nach vorliegenden Mitteilungen nur noch 2—3000 Mitglieder haben. Daß der Kampf des Bischofs Korum von Trier gegen den Gewerksverein zu der gewaltigen Mitgliederverlust beigetragen hat, sei nur nebenbei bemerkt. So ist der Gewerksverein im Saarrevier zu völliger Unwirksamkeit herabgesunken. Nicht

besser ergiebt es ihm in anderen Bergrevieren. Man kann darum verstehen, daß die Leitung der christlichen Organisation schon vor Monaten die Verstaatlichung der monastischen Abrechnungen im Verbandsorgan eingestellt hat. Dadurch ist es unmöglich gemacht, die Mitgliederbewegung auf Grund der vereinnahmten Beiträge zu kontrollieren. Gift alles nichts, im Gewerksverein hat sich der Feitelzeiger eingemischt und ist durch seine Täuschungsmanöver wieder zu verschleichen. Und das ist gut so.

Aus der Partei.

Kommunalwahlen.

Die Stadtverordnetenwahlen in Mainz brachten der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Es waren 20 Mandate von 62 neu zu besetzen. Die Sozialdemokraten hatten fünf Siege zu verzeichnen. Gegen sie stand eine Verbindung des Zentrum, National-Liberalen und Freisinnigen. In den Lokorten Kastel, Kofheim und Krombach siegte die Liste der Sozialdemokraten mit erheblicher Mehrheit. In der Stadt Mainz wurden bisher 7 Sozialdemokraten mit 5709 gegen 4421 Stimmen des bürgerlichen Wahlsystems gewählt. Im Stadtparlament werden nunmehr statt bisher 11 Sozialdemokraten deren mindestens 18 sitzen.

Bei den Wahlen zum Stadtparlament in Begasack bei Bremen wurden neben fünf Bürgerlichen ein Sozialdemokrat gewählt. Dem Stadtparlament wird von nun an nur noch ein Sozialdemokrat angehören, während vor einigen Jahren durch einen Zufall 10 Sozialdemokraten gewählt worden waren. Wegen der schlechten Wohnungsverhältnisse in Begasack ziehen immer mehr Arbeiter in die preussischen Nachbarorte. Dies erklärt den Mißerfolg der Sozialdemokraten.

Das Programm der Sozialdemokratie Neuseelands.

Der im Juni abgehaltene Arbeiterkongress hat die einheitliche Gliederung der neuseeländischen Arbeiterbewegung in zwei selbständige, im Einvernehmen arbeitende Organisationen: den Vereinigten Gewerkschaftsverband und die Sozialdemokratische Partei, gebracht. Die beiden sind nun mit eigenen Bureaus und Verwaltungsausschüssen ins Leben getreten. Ihr gemeinsames Organ ist der wöchentlich mit acht Seiten großen Formats erscheinende „Maoriand Worker“. Dort ist jetzt das Parteiprogramm erschienen. Es stellt an die Spitze die sozialistische Grundforderung: Vergeißelung der Produktions-, Austausch- und Verkehrsmittel. Das Gegenwartsprogramm fordert: Volles Frauenstimmrecht (statt des jetzigen Beschränkten), Proporz, Vorschlags- und Verwerfungsrecht, Abberufungsrecht gegen Gewählte. — Recht auf Arbeit mit Mindestlohn und sechsständiger Arbeitszeit. — Freiwilligkeit (statt des Zwanges) der Unterstellung der Gewerkschaften unter das Schiedsamtsgericht. — Vertretung der Arbeiter in allen Verwaltungsräten der großen öffentlichen Betriebe. — Bau von Handelsschiffen durch den Staat. — Staatliche Kranken-, Unfall-, Lebens-, Feuer- und Altersversicherung. — Altersrente von 82 Pf. Sterk. (654 M.) an alle Frauen von 60, Männer von 65 Jahren an nach 15jährigem Aufenthalt im Lande. — Erlass des Militärzwanges durch freiwillige Organisation mit demokratischen Einrichtungen, die nie in Lohnkämpfen Verwendung finden darf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine halblöse Genbarmeranzige.

Am 18. Oktober fand im Kreise Hanau eine Reihe Protestversammlungen gegen den Völkerschlagtrummel in Leipzig statt. In Rüdighelm sprach Genosse Redakteur Hammer Franzfurt über das Thema: „Die geschichtliche Wahrheit des Jahres 1818“. Der überwachende Gendarmenwachmeister verbot eine Versammlungsberechtigung an seine vorgelegte Behörde, in dem er zum Ausdruck brachte, daß das Referat angelegt gewesen sei, das Volk gegen das herrschende Hohenzollernhaus aufzuwiegen. Auch habe der Referent in beleidigenden Ausprägungen gegen Mitglieder des Hohenzollernhauses ergangen. Nun wurde ein hochsensitives Verfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen den Genossen Hammer eingeleitet, mit dem Erfolg, daß der Erste Staatsanwalt in Hanau dem Beschuldigten mitteilt:

„Das gegen Sie wegen Majestätsbeleidigung eingeleitete Ermittlungsverfahren habe ich eingestellt. Lehmann.“
Dieses Ergebnis ist ein neuer Beweis dafür, wie ungeeignet manche Gendarmen zur Überwachung von politischen Versammlungen sind.

Treffbrasse.

Hier Prozesse hat unser Solinger Parteiblatt, die „Vergische Arbeiterstimme“, in den letzten Tagen vor der Elberfelder Strafkammer und vor dem Solinger Schöffengericht zu bestehen. Der Rekrutenabschiedsartikel vom 29. September fiel dem Staatsanwalt so wenig, daß er in der Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Merkel, wegen Verächtlichmachung von Staatsanstellungen eine Gefängnisstrafe von einem Monat beantragte. Die Strafkammer erkannte auf eine Geldstrafe von 100 M. — Wegen Beleidigung zweier Verzte hatten sich der frühere Verantwortliche der „Arbeiterstimme“, Genosse Christmann, und der Expedient, Genosse Wälfhof, zu verantworten. Der Sohn des Genossen Wälfhof war zum Krüppel geworden, was auf eine falsche ärztliche Behandlung zurückzuführen wird. Obgleich die staatsanwaltschaftliche Mitteilung vorlag, daß gegen die beiden Verzte ein Strafverfahren schwebt, verurteilte die Strafkammer beide Angeklagte zu je 100 M. Geldstrafe. — Weiter soll Genosse Christmann die leichtfertige freiwillige Feuerwehre beledigt haben. Unser Parteiblatt hatte kritisiert, daß bei einem Brande allerhand Völkergüter nicht zur Stelle oder mangelhaft vorhanden waren. Da die Mängel aber nicht der freiwilligen, sondern einer Betriebsfeuerwehre zur Last zu legen sind, erkannte das Schöffengericht auf 100 M. Geldstrafe. — Ferner war der Geschäftsführer des Solinger lokalistischen Industrieverbandes, Witte, zum Raub gelaufen, weil Witte in der „Arbeiterstimme“ als Querulant und Stänker bezeichnet worden war. Diese Charakterisierung soll Genosse Christmann mit 20 M. Strafe führen.
„Kautschuker“ und „Auchkollege“ war ein Arbeiter in einem Artikel der „Häuer Volkszeitung“ genannt worden. Im öffentlichen Interesse leitete die Staatsanwaltschaft in Brauen gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Häuer Parteiblattes, Genossen Schnetler, ein Strafverfahren ein, das mit der Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe endete. — Man kann nunmehr die Preisfrage aufwerfen, wie ein Streikbrecher straflos bezeichnet werden darf.

Vom Strafkammer der Parteipresse.

Im Monat November d. J. sind gegen Redakteure der deutschen Arbeiterpresse wieder eine stattliche Anzahl Urteile gefällt worden. Soweit bekannt geworden, wurden innerhalb dieser 25 Werttage in 15 Prozessen die Urteile gesprochen. Das Resultat ist folgendes: Dreimal sah man sich beanlagt, freizusprechen, in den weiteren 12 Fällen wurde erkannt auf insgesamt sieben Monate Gefängnis- und 1585 Mark Geldstrafe. Im vorausgegangenen Monat Oktober wurden 16 Prozessurteile gefällt, mit einer Freisprechung, sieben Monaten und 8 Wochen Gefängnis- und 2790 Mark Geldstrafe. Und im November des Jahres 1912 waren es 14 Prozesse, wobei es sich um drei Freisprechungen, vier Wochen Gefängnis- und 1075 Mark Geldstrafe handelte.

Soziales.

Schwangerenfürsorge.

Das Gemeindefiskusium Münbergs hat Anfang dieses Jahres einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der Frage der Unentgeltlichkeit der Geburtshilfe näherzutreten und zu diesem Zweck Erhebungen über die Einrichtungen und Kosten in verschiedenen Städten zu pflegen. Nach Abschluß der Erhebungen und nach

dem vom Ausschuss ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung von 10 000 M. in den Voranschlag nebst entsprechenden Bestimmungen begutachtet worden war, begann in den gemeindefiskusialen die übliche Fischerei, wie man sie von den Münberger Rathausliberalen von jeher gewohnt ist. Man suchte die Sache von vornherein dadurch zu vereiteln, daß man die Armenpflege einbezog, deren Inanspruchnahme bei allen hiesigen Leuten etwas Anrüchliches an sich hat. Ohne sie können sich die Münberger freisinnig-Liberalen überhaupt keine Einrichtung denken. Die Armenpflege, in der ebenfalls die fatten Bürger überwiegen, gab ein merkwürdiges Gutachten ab: Die Sache gehe zu weit; jede Wohltat, die gemährt werde, wirke demoralisierend usw. Die Frage wurde nun im Magistrat endgültig verhandelt. Hierbei zeigten sich die freisinnigen und national-liberalen Stadtväter wieder in ihrer ganzen Glorie. Die ursprünglich beantragten 10 000 M. schrumpften auf 4000 M. zusammen, die man gnädigst bewilligte; trotz des heftigen Widerstandes unserer Genossen, die auch die Bestimmung nicht zu Fall bringen konnten, daß der Armenpflugschaffrat die Gesuche zu begutachten hat. Die allgemeinen Voraussetzungen der Unterstützung wurden nun wie folgt festgesetzt: Mindestens einjähriger Aufenthalt der Wöchnerin in Nürnberg vor der Entbindung. Ebenso dürfen sie nicht aus einer anderen Hoffe oder aus einer Stiftung Unterstützung zu den Entbindungskosten erhalten. Hauptbedingung ist Bedürftigkeit, die besonders dann als gegeben erachtet werden kann: a) bei verheirateten Wöchnerinnen, wenn der Ernährer der Familie erwerbsunfähig oder arbeitslos ist; b) bei ledigen, verwitweten, geschiedenen oder getrennt lebenden Wöchnerinnen, wenn sie eine solche Anzahl von Kindern haben, daß die Ernährung der Familie durch die Behandlung der Kosten der Geburtshilfe erheblich beeinträchtigt würde. Die Unterstützung muß von der Wöchnerin oder deren Ehemann in der Regel rechtzeitig vor der Entbindung selbst nachgefordert werden.

Gerichts-Zeitung.

Aus dem Polizeikampf gegen die arbeitende Jugend.

Am Donnerstag wies das Oberverwaltungsgericht zwei gegen völlig ungerechtfertigte Versammlungsausschreibungen gerichtete Klagen ab.

Der erste Fall betraf eine vom Arbeiterssekretär Krüger in Rönigsberg einberufene Versammlung für die arbeitende Jugend. In ihr referierte der Genosse Redakteur Marchionini über das Thema: „Preussische Geschichte vor hundert Jahren“. Als er kurz vor dem Schluß des Vortrages war und erwähnte, daß die von Friedrich Wilhelm III. verproklamierte Verfassung erst 1848 habe erlassen werden müssen, unterbrach der anwesende Kriminalschöpfungsmann Parlow den Vortragenden und forderte alle Anwesenden auf, den Saal zu verlassen. „Aus allgemeinen polizeilichen Gründen zur Verhinderung strafbarer Handlungen“, bemerkte er dabei.

Im zweiten Fall, dessen Verhandlung mit dem ersten verbunden wurde, handelte es sich um folgendes: Am 20. April sollte wieder eine von Krüger einberufene Versammlung der arbeitenden Jugend stattfinden, wo Redakteur Marchionini über das Thema: „17. März 1818 und 18. März 1848“ referieren sollte. Sofort, nachdem Marchionini das Wort hatte, forderte der anwesende Polizeibeamte alle Anwesenden unter 18 Jahren auf, das Lokal zu verlassen, da es eine politische Versammlung sei.

Vergeblich waren die Beschwerden bis an den Oberpräsidenten. Vergänglich auch die Beweisführung des Rechtsanwalts Hugo Haase, daß die Ausschreibungen keinerlei Stütze in dem Gesetz finden — das Oberverwaltungsgericht wies ohne Verhäufung von Gründen beide Klagen ab.

Ein polizeilich bestellter Einbruch.

Der ehemalige Kriminalschöpfungsmann Hoff und der frühere Konsortist Erich Hesse standen gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II als Angeklagte. Die Anklage gegen Hesse lautete auf schweren Diebstahl im straffahrenden Maßfall, die gegen Hoff auf Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeugs, mit der Folge, daß der Verletzte in dauerndem Stadium verfiel. Die Verhandlung entrollte folgende Tragikomödie. Ein gewisser Pankowski, der wiederholt wegen Diebstahls bestraft worden ist, hat der Kriminalpolizei Spitzeldienste geleistet. Er hat für Hoff „gearbeitet“. Anfang September sagte Hoff ihm: „Wir wollen einmal ein Ding in meiner Wohnung machen, wir wollen einen Einbruch fingieren, es klappt sehr gut, da meine Frau verreist ist. Bringen Sie einen Mann mit und brechen Sie bei mir ein, ich werde zu Hause bleiben.“ Der Gentleman Pankowski erhielt eine Mark Draufgeld. Bereitwillig war Hoff, sollte der angeblichen Einbrecher pochen und dann seine Heldentat seiner Behörde melden, um gebührend belobt zu werden.

Pankowski bereitete nun die Komödie vor. Er redete dem Angeklagten Hesse zu, bei einem angeblichen Rentier, dessen Räumlichkeiten er ausbaldowert habe, mit ihm zusammen einzubrechen. Die Sache ging programmäßig vor sich. Pankowski hatte insofern Recht, als der von Hoff ihm übergebene Dietrich abdrack. Er besaß sich nun nach dem Hof und Kletterte dann mit Unterstützung von Hoff durchs Fenster. Hoff verduftete dann, Hesse kam mit Hilfe von Pankowski hinein und begann zusammenzuspähen. Nach dem hereinbrachten Plan sollte nun Pankowski einen Schuß mit einem Revolver abgeben, schließlich durch das Fenster entfliehen und Hoff sollte dann Hesse festnehmen und verhaften. Pankowski spielte seine Rolle nach Vereinbarung. Hoff aber rief dem Hesse zu, Hände hoch und schah auf dem fortziehenden Hesse mehrere Schüsse ab, so daß mehrere Augen quer durch den Körper gingen. Hesse wurde am Wundbaderz schwer verletzt aufgefunden und nach dem Urbankrankenhaus gebracht. Dort wurde er operiert. Er gab ohne weiteres den Einbruchdiebstahl bei Hoff zu. Pankowski, den er als seinen Komplizen angegeben hatte, wurde dann geraume Zeit später vernommen und karte den Sachverhalt auf.

Hoff hatte inzwischen am 10. September, am Tage nach dem in der vorausgegangenen Nacht fingierten Einbruch, der Behörde mitgeteilt, von zwei Einbrechern sei in der vorausgegangenen Nacht in seiner Wohnung, Ladmannstr. 2, eingebrochen; er sei durch ein Geräusch wach geworden, habe auf die Einbrecher losgeschossen und nehme an, einer der Einbrecher sei getroffen worden.

Pankowski erzählte nun gestern als Zeuge, noch am 10. September sei Hoff zu ihm gekommen und habe ihm gesagt: Ich habe auf Hesse geschossen und ihn verwundet. Du mußt sofort verdächtigen, am besten nach Hamburg. Hoff gab ihm 7 M. Reisgeld, Pankowski verdurstete nach Hamburg. Dort erhielt er noch 20 M. nachgeschickt und wurden ihm ferner 50 M. versprochen. Pankowski wurde in Hamburg der Boden heiß. Er wollte nach Antwerpen und von dort nach Amerika und ersuchte schriftlich um Geld. Da das Geld zu spät abgesendet wurde, wanderte er zu Fuß nach Berlin, kam hier noch einer fünfjährigen Fußwanderung an. Hier ersuchte er den Hoff, ihn in der Wohnung seiner Schwester zu sprechen. Hoff kam dem Wunsche nach. Bei der Unterredung erklärte Hoff: „Sie haben mir oben einen Strich gebracht und werden mich wohl rauschmeißen. Das beste ist: wir spielen Theater, indem ich Sie selbst verhafte. Sie bekommen höchstens ein halbes Jahr und, wenn Sie rauskommen, bekommen Sie von mir 2000 M. Dem Zeugen erzählten diese Sagen akzeptabel. Er willigte in die neue Komödie. Die Verhaftungsszene sollte auf dem sogenannten „Layfpar“ (Courtdierplatz) vor sich gehen. Da erschien denn auch Hoff, packte Pankowski ganz nach Vereinbarung. Pankowski widersteht sich scheinbar, Hoff rief Säugleute hinzu, diese fehlten Pankowski und führten ihn ab. Der ganze Zweck der Komödie sei, wie Pankowski bekundete und mehrere Zeugenaussagen glaubhaft

machten, der gewesen, daß Voh einmal einen recht schneidigen Schuhmann marieren wollte, deshalb sollte die Sache auch als eine möglichst gefährliche eingestuft werden.

Der Angeklagte Voh suchte in der Verhandlung die Aussage des Belastungszeugen als Schwindel und Raube zu hinstellen. Voh selbst habe freilich für ihn als Vigilant gearbeitet, er habe ihm auch einmal einen sehr wichtigen Dienst geleistet. Diefür hätte Voh ihm 100 M. als Belohnung versprochen, diese habe er dann nicht zahlen können, deshalb sei ihm Raube geschworen. Die Befundungen des Voh selbst wurden aber durch eine ganze Reihe Momente unterstützt. Unter anderem befandete der Kriminal-Schumann Schmach, der Zeuge Voh selbst habe ihm schon vier Wochen vor der Tat davon erzählt, daß Voh in ihrer dringe, bei ihm einen fingierten Einbruch zu verüben. Zu einer Reihe von Beamten hat Voh gedauert, er möchte mal bei einer Sache bei sein, von der ganz Berlin spreche.

Die medizinischen Sachverständigen konnten die Frage, ob Doffe in dauerndes Siedtum verfallen würde, nicht mit Sicherheit bejahen.

Staatsanwaltschaftssekretär Koth beantragte gegen Voh eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Doffe 5 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Dr. Fren hat, von einer Zuchthausstrafe Abstand zu nehmen, da dem Angeklagten ein gutes Zeugniszeugnis von seinen Vorgesetzten ausgestellt war.

Das Urteil gegen Voh lautete wegen einfacher Körperverletzung im Amt auf 2 Jahre Gefängnis und gegen Doffe wegen schweren Diebstahls im straffähigenden Rückfall auf die gesetzliche Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten der erlassenen Untersuchungshaft.

Ein nettes Stück polizeilicher Diebeskomödie.

Empörendes aus einer Lehrlingskücherei.

Ein Bild gewissenloser deutscher Lehrlingskücherei wurde am Mittwoch vor dem Landgericht Nordhausen aufgerollt. Vor dem sich ein kaum 17-jähriger Baderlehrling wegen Meineids zu verantworten hatte. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die vier Lehrlinge des hiesigen nationalen Badermeisters Juppel in Sangerhausen von ihrem Meister zu einer falschen Aussage veranlaßt worden sind, damit er von der Anklage einer Übertretung der Gewerbeordnung freigesprochen werde. Er hatte wegen zu langer Beschäftigung der Lehrlinge einen Strafbefehl über 3 M. erhalten, war aber infolge der falschen Aussagen der Jungen freigesprochen worden. Bald darauf wurde aber festgestellt, daß die bedauernswerten Jungen mitunter von 1 Uhr nachts bis abends 10 Uhr, also ununterbrochen 20 — zwanzig — Stunden arbeiten mußten und fast gar keine Ruhepausen hatten. Wenn sie in die Fortbildungsschule kamen, konnten sie kaum die Augen aufhalten. Der angeklagte Lehrling gab das ihm zur Last gelegte Verbrechen unumwunden zu, doch habe er sowie die anderen Lehrlinge die für den Meister günstige Aussage auf dessen Veranlassung gemacht. Der Meister habe sämtliche Lehrlinge kurz vor der ersten Verhandlung sowie am Tage des Termins aufgefordert, auszusagen, die gesetzliche Ruhepause würde ihnen gewährt. Er fügte hinzu, sie sollten ja recht vorsichtig sein und sich ja nicht verplappern. Aus Angst vor dem Meister, der sie wegen jeder Kleinigkeit in der furchtbarsten Weise verprügelte, hätten sie sämtlich den Auftrag ausgeführt. Es sei wiederholt vorgekommen, daß die Lehrlinge mit Honigkuchenformen, Feuerhaken, Beifischen, Kleppbeischen und Kolbölzern so verprügelt wurden, daß sie braun und blau waren und auch gebuldet hätten. Nur aus Angst vor neuen Mißhandlungen habe er bewußtermaßen die Unwahrheit gesagt, trotzdem ihn der Amtsrichter auf die schweren Folgen des Meineids aufmerksam machte.

In der Beweisnahme bestätigten die übrigen Lehrlinge,

daß auch sie aus Furcht vor Prügel absichtlich die Unwahrheit gesagt hätten. Hierbei kam noch zur Sprache, daß einer der Unglücklichen, der in jenem Termin von der ihm vom Meister eingetragenen Aussage ein wenig abgewichen sei, sofort nach der Gerichtsverhandlung Prügel bekommen habe. Auch von anderen Zeugen wurde bestätigt, daß der brutale Weinedankstifter schon am frühesten Morgen mit dem Prügel angefangen habe. Die frühere Wirtschaftlerin des Schänders befandete, daß sie oft habe dazwischen springen müssen, um die Lehrlinge vor Prügel zu schützen. Dem Antrag des Verteidigers, gemäß § 52, wonach eine strafbare Handlung nicht vorhanden ist, wenn der Täter durch Gewalt oder Drohung zur Handlung genötigt ist, auf Freisprechung zu erkennen, trat das Gericht nicht bei, sondern es erkannte auf ein Jahr Gefängnis. Wenn auch der Meister der Anklage sei, so sei der (jetzt 17-jährige) Angeklagte doch für die Tat verantwortlich. Nach Ansicht des Gerichts hat der Junge also die erforderliche Einsicht der Strafbarkeit gehabt. Aber der Lehrlings-Bildner, diese Strafe von Thron und Altar? Erst werden die Jungen bis zur Erschöpfung ausgebeutet, dann mit allerhand gefährlichen Werkzeugen blutig geschlagen und dann für ihr ganzes Leben unglücklich gemacht. Wird nun der Lehrlings-Bildner wegen Mißhandlung und Anstiftung zum Meineid angeklagt werden?

Verfammlungen.

Verband der Gemeindefreier. Die am Donnerstag abgehaltene Generalversammlung der Filiale Berlin beschäftigte sich zunächst mit der Frage des Lohnzuschusses bei Heilstättenbehandlung. Den städtischen Arbeitern Berlin wird auf Grund eines Magistratsbeschlusses vom 17. November 1902 in Krankheitsfällen bis zu einer bestimmten Dauer die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gezahlt. Sonderbarerweise wird dieser Magistratsbeschluss nicht angewandt auf solche Fälle, wo eine Heilstättenpflege durch die Versicherungsanstalt oder Berufsgenossenschaft stattfindet. — Die Versammlung beauftragte die Arbeiterausschüsse der verschiedenen Verwaltungen, sich umgehend mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und zu beantragen, daß der Magistratsbeschluss vom 17. November 1902 auch bei Heilstättenbehandlung Anwendung finde.

Die von der Ortsverwaltung beantragte Anstellung eines Hilfsarbeiters im Filialbureau wurde mit 309 gegen 161 Stimmen beschlossen.

Eine lange Diskussion rief die von der Ortsverwaltung in Uebereinstimmung mit den Vertrauensmännern beantragte Revision der Gehaltskala der Agitationsleiter hervor. Die bisherige Skala beginnt mit 2000 M. und endet mit 2600 M. Nach dem Entroge soll das Höchstgehalt auf 3000 M. festgesetzt werden. Das bedeutet für die Praxis, daß diejenigen, welche das jetzige Höchstgehalt von 2600 M. bereits erreicht haben, durch jährliche Zulagen von je 100 M. in vier Jahren auf 3000 M. kommen würden. — Der Antrag wurde schließlich mit 309 gegen 168 Stimmen abgelehnt.

Ohne Debatte stimmte die Versammlung einem Antrage der Ortsverwaltung zu, der besagt, daß die Arbeitslosen und seit dem 1. Oktober ausgesessenen Mitglieder eine besondere Weihnachtunterstützung erhalten. Dieselbe beträgt für männliche Mitglieder 3 M., für weibliche Mitglieder 2 M., außerdem für jedes Kind 1 M. bis zum Höchstbetrage von 3 M. als Kinderzulage.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Lindendamm 69, von vier Zeilen — Sprechstunde —, wochentags von 4½ bis 7¼ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anträge, denen keine Abonnentenbezeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Mögliche Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. Z. 450. Sie sind zahlungspflichtig, sofern nicht durch Obervertrag Ihr Mißbrauchs- und Verwaltungsrecht an dem Vermögen der Frau ausgeschlossen ist. — G. M. 55. Die Versicherungsbedingungen sind maßgebend. — G. S. 2. Wenn nicht ausdrücklich vereinbart, ist die Kündigung

zum 15. nächst zulässig. Sie brauchen also nichts zurückzuschicken. Der Mieter ist andererseits jedoch berechtigt, bis zum ersten nächsten Monats den Raum zu benutzen. — **Trabburg.** Es werden alljährlich 150 000 M. in den Etat für die Veteranenpension eingestellt. Die diesjährige Verteilung ist jedoch schon erfolgt. Im kommenden Jahr stellen Sie wiederum einen Antrag. Die Antragsfrist wird zu gegebener Zeit im „Vorwärts“ publiziert werden. — **Offen, Chamissoplatz.** Ohne Kenntnisnahme in den Mietvertrags und ohne Kenntnis der etwaigen Kasse, die Ihnen entliehen könnten, nicht zu beantworten. — **W. H. Wilhelmshaven.** Kein. — **W. S. Zweifelhafte.** Wie raten, beim Versicherungsamt, am Rönningstr. Park 8 anzufragen. — **G. M. 91.** 1. und 2. Von dem Barramt Ihres Geburtsortes, falls die Lanze dort vollzogen ist. 3. Die Höhe der Rente ist nicht allgemein geregelt, sondern in den einzelnen Kirchengemeinden verschieden. — **G. M. 111.** Die Geschwister Ihrer Frau und der Mann Ihrer Tochter sind nicht zahlungspflichtig. Leben die Eltern Ihrer Frau und sind diese zahlungsfähig, so können diese in Anspruch genommen werden. 220. **G. M.** Kein, falls Sie nicht noch mehrere gute Anträge und noch etwa einen anderen Unterbildder besorgen. — **Fr. P. 16.** 1. Werden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Engelstr. 14/15, 2. Sofern die betreffenden Sachen von der Versicherung betroffen werden, ist die Gesellschaft zahlungspflichtig. — **G. M. 21.** 1. und 2. Ja. — **G. S. 75.** 1. und 2. Ihre Vater ist zahlungspflichtig. 3. Das wäre zulässig. Sie müssen sich jedoch eine schriftliche Prozessvollmacht ausstellen lassen und dem Gericht überreichen. — **Hannau P. G.** Ihre Anträge ist bereits in der Nummer des „Vorwärts“ vom 2. November beantwortet. — **N. Z. 100.** Die von Ihnen gemachte Aufzeichnung dürfte auch vom Gericht für zulässig und angemessen erachtet werden. — **G. M. 35.** Dazu hat die Dichtin keine Berechtigung. Sie könnten nach wie vor Ihre Bekannte besuchen und die Zugänge zur Passage benutzen. — **Spiero 25.** 1. Sofern Ihre Darstellung zutrifft, ja. 2. Unter der Voraussetzung zu 1. nein. 3. Ein solches Gehalt dürfte zur Zeit ausnahmslos sein. Es muß mindestens ein Jahr bestehen sein. 4. Ja. 5. Kein. Die Beschaffung der Einwilligung des geschiedenen Ehegatten ist jedoch zweifelhaft. — **G. M. 67.** 1. Kein. 2. Möglich, jezt aber bedeutungslos. 3. Wachen Sie eventuell der Gemeinde Mitteilung von den Verhältnissen Ihres Bruders. Ihr Sohn ist an sich ebenfalls lastbar. Er würde aber, falls nach Ablauf von vier Jahren an ihn herangeleitet wird, den Versicherungsbeitrag abgeben können. — **G. M. 91.** Der Bescheid der Bezirks-Hauptmannschaft ist zurecht. Ein Bescheid würde ausnahmslos sein. Er raten, ein Naturalisationsgesuch beim Polizeipräsidenten einzureichen. Wird Ihre Braut naturalisiert, so ist das Ehefähigkeitszeugnis nicht erforderlich. — **G. S. 61 M.** Aus dem genannten Grunde kann die Rente nicht entzogen werden. — **M. R. 60.** 1. Kein. 2. u. 3. Fordern Sie, am besten durch eingeschriebenen Brief, vom Vermieter Befreiung der Mängel unter Sekung einer Frist von etwa 14 Tagen, und drohen Sie an, daß Sie nach Ablauf der Frist auf Lösung des Mietvertrages klagen würden. Eine solche Klage hätte Unrecht auf Erfolg, wenn eine Gesundheitsgefahr nachgewiesen werden kann. Vor Erhebung der Klage ist es zweckmäßig, sich an das Polizeipräsidenten mit dem Antrage auf Unterstufung der Räume zu wenden. — **G. M. 33.** 2 bis 3. Was? — **M. R.** Zur Vermögensgabe der alten Waise ist die Firma nicht verpflichtet, dergleichen nicht zur Annahme der neuen. Sie müssen vielmehr die vereinbarten Raten nachzahlen, andernfalls die Firma Klage auf Zahlung des gesamten Kaufpreises erheben könnte. — **H. S., Bonn.** Nach der Reichsversicherungsordnung können die freien Hilfskassen als Ersatzstellen zugelassen werden. Ob dies für die hier in Frage kommende Kasse zutrifft, erfahren Sie durch Nachfrage beim Vorstand; eventuell auch aus dem Statut ersichtlich. — **G. S. 5.** Als gesetzliche Erben würden Sie sowie die Geschwister Ihres Mannes in Frage kommen. Die Wirtschaftlichen verbleiben jedoch in vollem Umfange der Ehefrau. — **G. S. 193.** Ohne Bescheinigung der Sachen nicht näher anzugeben. Die zur landesgemeinen Nutzung des Haushalts notwendigen Gegenstände müssen befreit werden. — **N. 90.** Fordern Sie die Eigentümerin nochmals unter Befreiung zur Ausführung der Renovation auf und drohen an, daß Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist die Arbeiten selber ausführen lassen werden. Die Kosten dafür können Sie alsdann einlagen. — **Vorwärts 100.** 1. Nach Ihrer Darstellung nicht. 2. Je doch eine Beurteilung zur solidarischen Haftung erfolgt, so kann der Gläubiger in voller Höhe seine Ansprüche von dem Betrüger des Falles einziehen. 3. Fragen Sie eventuell bei der Norddeutschen Metallberufsgenossenschaft, Berlin, Tempelhofer Wer 1a, an. — **G. S. 20.** Werden Sie sich an die Steuerdeputation des Magistrats. 2. Ist die Bezahlung nicht festzusetzen und können Sie auch durch Quittungen die Zahlungen nicht nachweisen, so sind Sie zur nochmaligen Zahlung verpflichtet. — **G. S. 500.** Wenn ein Sachverständiger unangemessene Arbeit bekommen würde, können Sie den Mietbetrag bis zur sachgemäßen Verteilung zurückhalten. — **G. M. 51.** Den Antrag auf Ermäßigung stellen Sie dann, wenn die Erwerbslosigkeit Ihrer Frau 10 Wochen andauert hat. Das Stambuch dürfte ausreichen. Falls Sie keine besondere Vorladung erhalten, müssen Sie selber zum Amtsgericht Witte gehen und zwar frühestens am 20. Dezember. — **N. 100.** Um Auszahlung zu erlangen, müßte Klage auf Abgabe der Einwilligungserklärung gegen Ihre Frau erhoben werden.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Begrüß 72.
Am 4. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Galawirt
Julius Luckow
Mödenstr. 181.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedebühlsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung bitte!
194/3 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Begrüß 135.
Am 3. Dezember verstarb unser Mitglied, Frau
Dora Intorf.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 6. Dezember, nachmittags 1½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedebühlsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung bitte!
194/12 Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler
Josef Holz
am 3. Dezember verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Matthäus-Kirchhofes in der Großgörschenthalerstr. aus statt. 139/3
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, sage ich hiermit allen Verwandten und Bekannten meinen innigsten Dank.
Fritz Krull.

Herren-Moden
fertig und nach Maß, wirklich vorzüglich Ausführung. Großes Stofflager. Monatszahlung 10 M.
Goldstein
Yorkstr. 51, Nähe Bülowstraße.

Santa Lucia
Stärkung Rotwein
Kautschuk in Anker, Drageen und Dekorative wein
Fische 150 u. 214
Nachmachung bitte zurückweisen

Rahmenreparaturen samt gemäß, schnell, billig, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Bellmann, Goßmannstraße 26, nahe der Landbergerstraße. 2923*

Metallbetten,
Holzrahmenmattressen, Kinderbetten billig an Privat. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik, Suhl, Thür.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am Dienstag verstarb unser Genosse, der Dreher
Heinrich Weber
früher Aldersstr. 59, Bez. 770a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, auf dem Gemeindefriedhof in Reinickendorf-Str. aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, die Arbeiterin
Berta Horn
Kopenhagener Str. 64, am 4. Dezember an Lungenleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedebühlsfelde in der Müllerstraße aus statt.
Ehrer starb unser Mitglied, der Klempner
Wladislaus Reich
Sminemünder Str. 77, am 4. Dezember an Lungenleiden.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedebühlsfelde, Berlin-Str. 29, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
131/3 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 4. Dezember verstarb unsere Parteigenossin
Frau Ida Reich
Erlanger Straße 12. 5. Bezirk.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neufeldner Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
295/19 Der Vorstand.

Knaben- und Jünglings-Garderobe
Großes Lager in jeder Ausführung, nur eigene Anfertigung, zu sehr billigen Preisen. Herren-Garderobe nach Maß. Karl Hustadt, parterre, 2 Minuten vom Schief. Bahnhof.
Direkt von der Dattelle erhalten Sie **Prima Emmenth. Schwoizerkäse** u. daher am bill. von uns das Pfund zu 85 u. 90 Pf. franco per Nachn. Ochsenreiter u. Welsch, Oberreute, Bayer. Wittg. 148/3*

Westmann
Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115
Gute Qualitäten zu halben Preisen und darunter!
Plüschmänt. 30 bis 100
tatsächlich w. einl. Form. gegen früher M. 65 bis 100
Ulster 8 bis 45
bests Qualitäten . . . M. 12 bis 48
Kostüme 13 bis 80
fauche Aufmachung M. 30 bis 150
Pelzmäntel 95 bis 700
echte Qualitäten . . . M. 200 bis 1500
Kleider 15 bis 100
Geschmacksrichtungen M. 35 bis 280
Röcke, Blusen für Geschenke sehr preiswert!
Sonntag geöffnet 12—2 Uhr
Jedes als Geschenk gekaufte Stück wird nach dem Fest gern umgetauscht

Am Dienstag verstarb unsere Genossin, Frau
Berta Horn
früher Sminemünder Str. 77.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedebühlsfelde, Müllerstraße, 26. See-straße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
293/2 Der Vorstand.

Todesanzeige.
Nach langen, schweren Leiden verstarb am Mittwoch, den 3. Dezember, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Arbeiter
Joseph Pingel
im Alter von 53 Jahren.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 8. Dez., nachm. 1½ Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes, Seestraße, aus statt. 702

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Reklamist-arbeiterin
Hedwig Liebreich
Friedrichstraße, Halberstr. 38, im Alter von 26 Jahren gestorben ist. 62/16
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Karlsruher Friedhofes aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Vorjährige Ulster und Anzüge
von 25 bis 60 M.
Gehrock-Anzüge Smokings auf Seide
Billige Hosenwoche.
Versandhaus „Germania“
Unter den Linden 21.

Am Mittwoch starb im 39. Lebensjahre meine liebe Frau
Ida Reich.
Der trauernde Gatte
Hans Reich.
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Neufeldner Friedhof am Mariendorfer Weg aus statt. 158

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10—2, 5—7, Sonntags 10—12.

Arbeiter! Handwerker! Bürger!

Sonntag, den 7. Dezember, mittags 12 Uhr:

Oeffentliche

Volks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Kliems Festsäle, Hasenheide 13-15.
 Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.
 Konzert- und Festsäle, Kopenstr. 29.
 Branerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11.
 Kastanienwäldchen (Walter), Badstr. 15-16.
 Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
 Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.
 Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
 Neukölln, Bartschs Festsäle, Hermannstr. 49.
 „ Passage-Festsäle, Bergstr. 151-152.

Schöneberg, Neue Nathausäle, Meiningerstr. 8.
 Steglitz-Friedenau, Albrechtshof, Albrechtstr. 1a.
 Wilmersdorf-Schmargendorf, Viktoriagarten, Wilhelmsane.
 Lichtenberg, Schwarzer Adler, Frankf. Chaussee 5
 Ober-Schöneweide, Wilhelminenhof, Schlossparkstr.
 Pankow, Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102.
 Weißensee, Schloß Weißensee, Berliner Allee 205/210

Tagesordnung:

Militär-anarchie statt Verfassungsrecht

Referenten:

Abgeordneter **Otto Braun**
 „ **Buck-Dresden**
 „ **Dr. Oskar Cohn**
 „ **Emil Eichhorn**, Redakteur
 „ **Richard Fischer**
 „ **Konrad Haenisch**

Abgeordneter **Adolf Hoffmann**
 „ **Georg Ledebour**
 „ **Dr. Karl Liebknecht**
 „ **Herm. Müller**, Parteivorstand
 „ **Wilhelm Pfannkuch**
 „ **Dr. Quessel-Darmstadt**

Abgeordneter **Robert Schmidt**
 „ **Arthur Stadthagen**
 „ **Heinrich Ströbel**
 „ **Dr. Weill-Straßburg**
 „ **Fritz Zubeil**

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

197/18*

Knaben-Moden

Günstige
Kaufgelegenheit
zu
Bescherungen

Dauer nur
bis Montag,
d. 8. Dezbr.
—
Prompt. Versand
nach außerhalb

Extra billige Ausnahmepreise zum Weihnachtsfeste

Einige Beispiele vieler Ausnahme-Angebote:

Mandchester-Anzüge viele Farben, Größe 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 25 Pf. mehr	360	Pyjacks warm gefüllt, Gr. 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 25 Pf. mehr	340	Jackett-Anzüge zweireihig, Größe 10	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	9-
Mandchester-Anzüge Qualität I, Größe 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 25 Pf. mehr	585	Pyjacks blau Cheviot, Gr. 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	765	Sport-Anzüge vortreffliche Stoffe, Größe 8	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	1215
Blusen-Anzüge blau Cheviot, Größe 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 25 Pf. mehr	675	Paletots warm gefüllt, Gr. 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	810	Paletots warm gefüllt, Größe 8	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	1215
Prinz-Heinr.-Anzüge farbige Bockskins, Größe 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 25 Pf. mehr	675	Ulster mod. Formen, Gr. 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	765	Ulster neueste Farben, Größe 7	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	1350
Sport-Anzüge schöne Muster, Größe 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	945	Joppen warm gefüllt, Gr. 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 25 Pf. mehr	310	Joppen warm gefüllt, Größe 7	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 25 Pf. mehr	350
Prinz-Heinr.-Anzüge blau Kammgarn, Größe 1	Ausnahmepreis Jede weitere Gr. 50 Pf. mehr	1035	Pelerinen Imprägnierter Loden, f. Knaben u. Mädchen von	Ausnahmepreis	4-	Pelerinen Imprägnierter Loden, für Jünglinge	Ausnahmepreis von	5³⁰₂₅

Knaben-Hosen, Mützen, Hüte, Sweater, Wäsche, Krawatten usw. zu bekannt billigen Preisen.

BaerSohn

Spezialhaus größten Maßstabes für Herren- u. Knabenkleidung

Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 Gegr. 1891 Schönberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von 12-2 geöffnet.

Reklame-Marken u. Kalender 1914 an Käufer umsonst.

Der Haupt-Katalog Nr. 48 (Neueste Moden 1913-14) kostenlos und portofrei

Heraus zum Protest gegen die Säbelherrschaft des Militarismus!

Die empörenden Vorgänge in Zabern, das herausfordernde Auftreten des Kriegsministers im Reichstage, die freiwillige Unterwerfung der Zivilgewalt unter die Militärallmacht

müssen vom Volke mit aller Energie und Entschiedenheit gebrandmarkt werden.

Alle Arbeiter und alle Anhänger der bürgerlichen Freiheit müssen daher in die Versammlungen strömen, in denen am **Sonntagmittag** gegen die Zaberner Säbelzerzeffe und die Militärdiktatur protestiert werden soll.

Nieder mit der militaristischen Heberhebung! Es lebe das Recht des Volkes!

Partei-Angelegenheiten.

Bierter Wahlkreis. Heute Abend, präzis 9 Uhr, findet das Beethoven-Konzert unter Mitwirkung des Berliner Volkschors, des Blüthnerorchesters und verschiedener Solisten und unter Leitung des Herrn Dr. Zander im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, statt. Billets a 70 Pf. sind zu haben im Bureau des Wahlvereins, Stralauer Platz 10/11, in den Expeditionen Böhm, Lausitzer Platz 14/15, Fadelbusch, Petersburger Platz 4, Hanisch, Ackerstraße 174, Bucht, Immanuelstraße 12, P. Hoffmann, Königsberger Straße 28, Köhler, Büschingstraße 27, in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft Eldinger Straße 42, Hufelandstraße 17 und am Eingang des Konzertlokals.

Schöneberg. Sonntag, den 7. Dezember, morgens 8 1/2 Uhr, findet eine wichtige Handzettelverbreitung von den Lesebüchereilokalen aus, statt. Genossen und Genossinnen wollen sich rege daran beteiligen.

Treptow-Baumschulweg. Morgen Sonntag, früh 8 1/2 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Hohenschönhausen. Heute Abend Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Schmargendorf. Die Genossen versammeln sich am Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Waldater“, Warnemünder Straße 14, zur Teilnahme an der Versammlung in Wilmerdorf.

Kowames. Eine Protestversammlung gegen die Säbelherrschaft findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in Schmidt's Festsaal (Inh. Hermann Wolffgramm), Wilhelmstraße 41/43, statt. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen wird bestimmt erwartet.

Berliner Nachrichten.

Ein Abend in der Arbeiter-Bildungsschule.

Rauschenden Strömen gleich fließt der großstädtische Verkehr im Zentrum der Stadt, am Alexanderplatz zusammen. Wir aber verlassen diesen Schauplatz des Hastens und Treibens, um nach des Tages Mühe an ruhigerer Stätte Erholung und Genuß zu suchen: im gastlichen Heim der Arbeiter-Bildungsschule, in der nahen Grenadierstraße gelegen.

Beim Eintritt in den hohen, einfachen Raum grüßt uns von roter Drapierung umgeben die Wüste Wilhelm Liebknechts, des begeisterten Gründers und langjährigen Förderers der Schule. Nur wenige Schüler haben sich erst eingefunden, aber bald ist der Strom lebhafter. Männer des Proletariats jeden Alters, markante Gesichter, in deren Zügen sich das strenge Wechselspiel schwerer körperlicher und zugleich ernster geistiger Arbeit widerspiegelt. Allabendlich kommen hier zahlreich die Wissbegierigen der Arbeiterklasse zusammen, um durch systematischen Unterricht ihr mangelhaftes Wissen zu bereichern, die Waffen zu schmieden für den erbitterten Befreiungskampf der Menschheit. Sie haben das Wort ihres großen Lehrmeisters und Vorkämpfers Ferdinand Lassalle verstanden: Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man das Morgenrot des neuen Tages früher, als unten im Gemühle des täglichen Lebens. Die Arbeiterklasse ist hier in der Tat bemüht, diese Worte zu verwirklichen, sich zu den höchsten Höhen menschlicher Erkenntnis emporzuarbeiten, von denen aus sie die Forderungen und Notwendigkeiten des Tages zielklar, bewußter verfolgen kann.

Immer vielfältiger wird das Leben und Treiben der lernbegierigen Arbeiter. Während oben aus den Schätzen der Bibliothek ein lebhafter Bücher Austausch einsetzt, herrscht unten im Saal ein reges Interesse für den wohlgefüllten Zeitungstisch, oder kleine Gruppen führen in gedämpfter Sprache eine angeregte Unterhaltung.

Ein energisches Klingelzeichen des Lehrers kündigt den beginnenden Vortrag an. Wie ein elektrischer Schlag zuckt es durch den lichten Raum — tiefe Stille und alles lauscht den interessanten, schön geformten Ausführungen über Wirtschaftsgeschichte. Der Redner, ein meisterhafter Pädagoge, findet für seine lehrreichen Worte ein dankbares Publikum. Mancher berühmte Uniderrichtsprofessor kann ihn um dieses Auditorium beneiden. Es sind allerdings die Angehörigen des „vierten Standes“, die in diesem seltenen Hörjaal eine eigene Geisteskultur treiben, deren Wirken schon täglich sichtbar in die Erscheinung tritt, deren Früchte erst in der Zukunft zu voller Reife gelangen.

Eifrig werden Notizen gemacht, um den Sinn der Worte für spätere Stunden zu befestigen. Dem reichlich einstündigen Vortrag folgt eine gehaltreiche Debatte, Lehrer und Schüler tauschen in freiem Verkehr ihre Gedanken aus, ohne daß die „Autorität“ des ersteren irgendwie untergraben wird. — Gleiches tritt auch bei den übrigen Lehrfächern in Erscheinung.

Langsam leert sich das Schullokal. Leuchtenden Auges verlassen die Arbeiter heute ihre Bildungsstätten, immer wiederkehrend zu der Quelle des Wissens.

Vom städtischen Rettungswesen.

In der letzten Sitzung des Kuratoriums für das städtische Rettungswesen wurde beschlossen, die Rettungstellen am Spittelmarkt und in der Kommandantenstraße vorläufig an ihren bisherigen Stellen zu belassen, während die Errichtung einer neuen Rettungsstelle im Nordosten zum 1. April 1915 in Aussicht genommen wurde.

Gleichzeitig wurde beschlossen, durch praktische Versuche festzustellen, ob es sich nicht durch eine Abänderung der auf das Rettungswesen hinweisenden Transparentlaternen ermöglichen läßt, ohne Erhöhung der Gesamtkosten die Zahl der Transparente zu vermindern.

Die neuen Ehrenbürger der Stadt Berlin. Die Stadivordenungsversammlung hat am Donnerstag in ihrer geheimen Sitzung dem Antrage des Magistrats zugestimmt, den beiden Vorstehern, Herrn Michels und Herrn Caspel, das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.

Das Leichtkrankenhaus.

Der Magistrat hat in seiner Freitagssitzung den Entwurf für den Ausbau des Johannes-Stiftes für die Zwecke eines Leichtkrankenhauses genehmigt. Es sollen in dieser Anstalt 181 Betten für den genannten Zweck installiert werden. Sie wird in betriebs-technischer Hinsicht unabhängig von den anderen Anstalten sein und nur hinsichtlich der Wäscherei von dem Krankenhaus Moabit versorgt werden. Es wird angestrebt, die Anstalt im nächsten Frühjahr, voraussichtlich im Monat Mai, in Betrieb zu nehmen.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshaus, verbunden mit einer Ausstellung von Wandschmuck und Beschäftigungsspielen ist heute, Sonnabend, von 7 bis 9 Uhr, an den folgenden Tagen bis einschließlich Sonntag, den 14. Dezember, täglich von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Die von der Buchhandlung Vorwärts eingerichtete Verkaufsstelle ist in der üblichen Geschäftszeit geöffnet. Die Ausstellung der Jugendschriften und der Beschäftigungsspiele befindet sich im Quergebäude, Saal III, die Verkaufsstelle des Vorwärts im nebenbei gelegenen Saal II. Im jetzigen Ausstellungsraum verbleibt die Wandschmuck-Ausstellung und die Ausgabe der Schriften zur Bekämpfung der Schundliteratur.

Der Eintritt in die Ausstellung ist frei, doch haben Kinder nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt. Es wird dringend gebeten, in den Ausstellungsräumen nicht zu rauchen.

Zum Morde an der Gerhardt.

Der Unterleib gefunden.

Zu Gerüchten von einem neuen Morde gab gestern vormittag ein unheimlicher Fund im Stadischleusenkanal Veranlassung. Gegen 10 Uhr sah ein junger Mann unter der Gertraudenbrücke einen nackten Teil eines menschlichen Körpers treiben. Er benachrichtigte einen Schuhmann, und dieser bestieg mit ihm und einem anderen Manne den Rettungsschiff, um den Fund zu bergen. Es ergab sich, daß man es mit einem weiblichen Unterleib und mit Obersehenkeln bis zu den Knien zu tun hatte. Der Leichenteil wurde auf der Laderampe an der Oberwasserstraße einseitig geborgen. Der Vorgang lockte bald viele Menschen an, und so verbreitete sich in kurzer Zeit das Gerücht, daß abermals ein Kapitalverbrechen verübt worden sei. Es unterliegt aber kaum einem Zweifel, daß der Körperteil zu dem Oberkörper der ermordeten Gerhardt gehört, der vor vier Wochen an der Weisenbrücke aus der Spree gelandet wurde. Darauf weist schon die Schnittfläche hin. Der Unterleib enthält noch die Eingeweide. Die Untersehenkel sind an den Knien abgetrennt und noch nicht gefunden. Der Leichenteil hat bis jetzt vielleicht irgendwo unter einem Stein gelegen und ist nun erst zum Vorschein gekommen. Die Verwesung ist wohl deshalb noch nicht weiter vorgeschritten, weil der Leich nicht mehr geschloffen war. So konnten sich keine Gase mehr bilden, die sonst wohl eine stärkere Zersetzung hervorgerufen hätten. Die Kriminalpolizei ließ den Fund schleunigst nach dem Schaukasten bringen, wo er alsbald ärztlich genauer untersucht werden wird.

Gestern nachmittag fand im Schaukasten durch den Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch die Besichtigung der Leichenteile statt. Die Vermutung, daß sie zu der Leiche der ermordeten Gerhardt gehörten, bestätigte sich. Es fehlen also jetzt nur noch die Untersehenkel mit den Füßen. Der Körper hat, um die Füße von den Obersehenkeln zu lösen, mit seinem Werkzeug an den Knien wiederholt angefaßt und sie so aus dem Kniegelenk herausgenommen. Es fragte sich nun, ob der neue Fund gleichzeitig mit dem Oberkörper ins Wasser geworfen sein kann oder erst später. Die Beschaffenheit des Fleisches und namentlich der Fettverteilung läßt darauf schließen, daß der Unterleib schon lange im Wasser gelegen hat, also wahrscheinlich zu der gleichen Zeit wie der Oberkörper hineingekommen ist. Wahrscheinlich hat der Körper dann auch gleich die noch nicht gefundenen Untersehenkel dem Wasser übergeben.

Wichtig wäre es nun, zu wissen, ob nicht jemand in der Zeit vom 27. Oktober bis 4. November, den Tagen des Verschwindens der Gerhardt bis zum Auffinden ihrer Leiche, von dem Wegschaffen dreier Pakete von irgendeiner Wohnung oder Laube aus noch dem Wasser zu etwas gesehen hat. Es kann auch sein, daß in der Zeit vielleicht jemand Papier zu der Hülle oder anderen Material zu diesem Zwecke gekauft hat. Vielleicht erinnert sich ein Geschäftsmann eines derartigen Vorganges. Alle, die noch dieser Richtung oder sonst irgend etwas über die Gerhardt wissen, werden nunmehr unter Hinweis auf die Belohnung von 2000 M. noch einmal dringend ersucht, sich unverzüglich im Zimmer 87 des Polizeipräsidiums zu melden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß manche mit dem, was sie über die Gerhardt noch wissen, zurückhalten. Allen diesen Leuten, die sich aus irgendeinem Grunde scheuen, ihre Wahrnehmungen mitzuteilen, wird die strengste Discretion zugesichert.

Thüringer Heimarbeiter haben sich zu einer Glasbläser-Genossenschaft des Reiningen Oberlandes zusammengeschlossen und sie

stellen ihre eigenen Erzeugnisse vom 8. bis 22. Dezember im Gewerkschaftshaus und Lisdomstraße 32, im Restaurant von H. Koch, zum Verkauf aus. Der von den so gebildeten Glasarbeitern hergestellte Glas-Christbaumschmuck und moderner Baumschmuck ist sehr begehrt und es kann der Kauf dieser Erzeugnisse nur empfohlen werden.

Ein Arbeiter von seinem Arbeitgeber erschlagen.

Ein trauriger Vorfall, der mit dem Tode eines Menschen endete, hat sich am Donnerstagabend in Lichtenberg abgespielt. Der 37jährige frühere Produzenthändler Friedrich Hildebrandt, der in dem Hause Ladorfer Straße 14 wohnt, war erst am Donnerstag morgen bei dem Kohlenhändler Adolf Lindner in der Rollendorferstraße als Kutscher eingetreten. Er hatte von seinem Prinzipal den Auftrag erhalten, vom Bahnhof Lichtenberg eine Fuhre Preßkohlen nach der Alfredstraße zu schaffen, dort den Betrag von 70 M. einzufassieren und das Geld dann bei ihm abzuliefern. Nachdem Hildebrandt die Kohlen aufgeladen hatte und sich auf dem Wege zur Alfredstraße befand, wurde sein Wagen von mehreren Männern umringt und er selbst in eine Kneipe verschleppt, wo sie ihn vollständig betrunken machten. Inzwischen brachten die Unbekannten den Kohlenwagen nach Reußhain, wo sie die Ladung verlasteten; sie fuhren dann nochmals nach dem Güterbahnhof Lichtenberg, wo sie zwei Fuhren hintereinander abholten und verschärften. Gegen Abend brachten die Männer das Fuhrwerk vor die Kneipe, wo sie Hildebrandt zurückgelassen hatten und dieser fuhr nun zu seinem Auftraggeber zurück, dem er den Vorfall schilderte. Der Kohlenhändler geriet hierüber in eine solche Wut, daß er einen Besen ergriff und so lange auf Hildebrandt, einen kleinen, sehr schwächlichen Menschen losließ, bis dieser blutüberströmt zu Boden sank. Einige Arbeiter entrieffen den Bewußtlosen schließlich den Händen des sich wie rasend Gebarenden und schafften Hildebrandt in seine Wohnung. Die Frau des Arbeiters glaubte, daß der Mann total betrunken sei und bekümmerte sich zunächst nicht weiter um den Zustand des Mannes. Nach wenigen Minuten verstarb jedoch H. infolge der furchtbaren Kopfverletzungen, die Lindner ihm beigebracht hatte. Die Frau bemerzte zunächst noch immer nicht, daß ihr Mann tot sei und holte erst gestern mittag, als H. nicht wieder erwachen wollte, einen Arzt herbei. Dieser stellte den bereits am Donnerstagabend erfolgten Tod des Kutschers fest. Der Kohlenhändler, der bereits mehrfach wegen schwerer Missethandlungen vorbestraft ist und vom Gericht als geistig minderwertig erklärt worden ist, wurde verhaftet.

Märchennachmittage für Gemeindefunkkinder veranstaltet das Amt für soziale Arbeit der Berliner Freien Studentenschaft unentgeltlich vom 9. und 10. Dezember ab wöchentlich. Sie finden statt:

Dienstag nachmittags von 1/2 bis 1/2 Uhr in der 148. Gemeindefunkschule, Cullmstr. 15, in der 235. Gemeindefunkschule, Viltzauer Straße 18, in der 228. Gemeindefunkschule, Rastemstr. 5, in der 14. Gemeindefunkschule, Antonstr. 10/15.

Mittwoch nachmittags von 1/2 bis 1/2 Uhr in der 121. Gemeindefunkschule, Prangenauer Allee 27/228, in der 188. Gemeindefunkschule, Bergmannstr. 28/29, in der 230. Gemeindefunkschule, Wollstr. 16, in der 194. Gemeindefunkschule, Prinzenallee 8.

Verkehrsarrangements. Der Polizeipräsident hat bestimmt, daß die Niederwallstraße zwischen der Kleinen Jägerstraße und dem Spittelmarkt 1. im Durchgangsverkehr überhaupt nicht, 2. für den übrigen Verkehr nur in der Richtung von der Kleinen Jägerstraße nach dem Spittelmarkt befahren werden darf.

Das Berliner Aquarium verfügt trotz seines kurzen Bestehens bereits über 11 Arten von Riesenschlangen. Einige davon sind sogar in mehreren Stücken da. Insbesondere sind die Tiger-, Keppich-, Diamant-, Hieroglyphen-, Abgottschlange sowie die seltener zu findenden Arten der Madagaskar-, Kaffer-, Schlamm-Boa, Anakonda usw. vertreten. Beim Namen Riesenschlange denkt der Beschauer in der Regel an die südamerikanische Boa constrictor, was ein Irrtum ist; die längsten und dicksten sind nämlich die indisch-malaysischen Python-Arten, von denen das Aquarium eine riesige Keppischlange schon lange vor der Eröffnung erworben hatte. Die Schlangensammlung des neuen Aquariums übertrifft diejenige des alten bereits um ein Vielfaches.

Der Umbau des Zirkus Schumann. Das Umbauprojekt des Zirkus Schumann, das im wesentlichen die Forderungen des Polizeipräsidenten zur Grundlage hat, liegt nun dem Ministerium des Innern vor, dessen Genehmigung in der nächsten Zeit zu erwarten ist. Man kann nunmehr bestimmt annehmen, daß mit dem Umbau im Frühjahr begonnen und der Zirkus in seiner neuen Gestalt im Herbst eröffnet werden kann. Auch nach der Umgestaltung soll das Deutsche Theater zur Direction des Zirkus Schumann wie bisher in einem Pachtverhältnis stehen. Das Deutsche Theater plant die Verantwältigung von ungefähr 60 Vorstellungen im Jahr. Alle anderen Vorstellungen und Veranstaltung in dem neuen Hause werden auch weiterhin unter der Direction von Albert Schumann stehen.

Die Arbeiterbildungsschule hielt am Sonntag ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Jahresbericht lag gedruckt vor. Der Vorsitzende, Genosse Lammé, sprach sein Bedauern darüber aus, daß zwei alte Lehrer der Schule, die Genossen Grundwald und Vorkardt, im laufenden Quartal an ihrer Lehrtätigkeit gehindert sind.

Die Schule hat gegen das Vorjahr circa 200 Mitglieder verloren. Da diese Tatsache darauf zurückzuführen ist, daß die Partei die Bildungsarbeit viel intensiver betreibt, als noch vor ganz kurzer Zeit, ist irgend eine Gefahr in dem Rückgang der Mitgliederzahl nicht zu erblicken. Die Schule wird in nicht allzu ferne Zeit sowieso dem Bildungswesen der Partei organisatorisch angegliedert werden.

Für die Bibliothek und Zweckmäßigkeit derselben spricht der Umstand, daß selbst im schulfreien Sommerquartal 996 Bände ausgeliehen wurden. An den Vorstandsbericht schloß sich eine lange, zeitweise sehr erregte Diskussion, die mit der Annahme eines Antrages endete, nach dem der Vorstand an die in Frage kommenden Instanzen das Ersuchen richten soll, das gegen Vorhard und Grünwald gerichtete Verfahren zu beschleunigen, damit die Schule ihre Lehrer möglichst schnell wieder bekomme.

Die danach vorgenommene Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzende: Lammé und Miethle; Kassierer: Königs und Elmer; Schriftführer: Veit und Mahler; Bibliothekar: Falger; Revisoren: Rohloff und Wagner.

Vorort-Nachrichten.

Weißensee.

Kostbarmassnahmen. Die sozialdemokratische Fraktion hat an den Gemeindevorstand sowie die Gemeindevertretung erneut eine Petition eingereicht, worin ersucht wird, Maßnahmen gegen die immer mehr überhandnehmende Arbeitslosigkeit zu treffen. Die Petition enthält allgemeines statistisches Material unter Zugrundelegung der Verhältnisse in Weißensee und außerdem ist die 3. Beilage der Nr. 308 des „Vorwärts“ der Petition als Anlage überreicht, die den Stand der Arbeitslosigkeit in Groß-Berlin durch die Berliner Gewerkschaftskommission darstellt. Ferner sind Grundzüge für die zu treffenden Maßnahmen erläutert. Unsere Genossen verlangen vom Hochbauamt die sofortige Inangriffnahme des Feuerwehredienstgebäudes, die Übernahme größerer Reparaturen in anderen öffentlichen Gebäuden, sowie die Inangriffnahme der laufenden Unterhaltungsarbeiten. Vom Tiefbauamt sollen die noch fälligen Kanalarbeiten in Angriff genommen werden, ebenso Straßenbauten, Platz- und Schmudanlagen. An direkten Unterstützungen wird gefordert: lokale Handhabung der Armenunterstützung, direkte, auf Antrag bare Unterstützung an Arbeitslose, Mietszuschüsse, Ausgabe von Speisekarten an Arbeitslose und Witwen auf warmes Essen in der Volksspeisekassa, Verteilung von warmem Essen an Schulfinder Arbeitsloser; Ankauf von Brennmaterial seitens der Gemeinde und Abgabe zum Selbstkostenpreis, Gewährung einer Feuerungszulage an alle Gemeindegestellten mit einem Einkommen unter 1800 M. Zugleich wird beantragt, daß alle Unterstützungen und Vergünstigungen nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen.

Hohen-Schönhausen.

Eine Kirchenaustrittsversammlung findet morgen, Sonntag, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Schulze, Hauptstraße 8/9, statt. Als Referenten sind angegeben Dr. Jepier, Emil Unger und Frau Maria Wöhm-Schuch.

Vorsigtalwe.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde zunächst als Schriftführer Genosse Schölze gewählt. Hierauf hielt Genosse Glöckner einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Grundzüge und Forderungen der Sozialdemokratie. Alsdann ergriff Genosse Schäfer den Bericht der Bezirksleitung. Redner erwähnte, daß bei der Landtagswahl von 1909 eingeschriebenen Wählern 1213 ihr Wahlrecht ausgeübt hätten, von diesen entfielen 1071 auf die Sozialdemokratie, 22 auf die Liberalen und 111 auf die Konservativen. Es wurden 23 sozialdemokratische, 2 liberale und 7 konservative Wahlmänner gewählt. Eine überfüllte Protestversammlung habe sich gegen die Bewilligung von 25 000 M. aus Gemeindegeldern gewendet, die die Gemeindevertretung zum Bau einer Kirche hergegeben habe. Als Antwort hierauf hätten 100 Versammlungsbesucher ihren Austritt aus der Kirche erklärt. Eine weitere Versammlung habe sich mit den trostlosen Schulverhältnissen beschäftigt, weil trotz Fertigstellung der neuen Schule Kinder von Vorsigtalwe nach Wittmann zur Schule gehen müssen. Leider habe die Gemeindevertretung auf dieser Angelegenheit noch nicht Stellung genommen. Der Antrag der Bezirksleitung, in Zukunft auf allen Jahrladenden, sowie bei Flugblattverbreitungen eine Präsenzliste zu führen, wurde angenommen. Dagegen der Antrag, nur alle Vierteljahre eine Mitgliederversammlung stattfinden zu lassen, abgelehnt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden zu regerer Mitarbeit für die Partei auf.

Becnan.

Ueber die „Forderungen der Arbeitslosen an die Kommune“ referierte am Dienstag Genosse Paul Dupont in einer sehr gut besuchten Arbeitslosenversammlung. Der Referent zeigte an Hand der Statistik den großen Umfang der Arbeitslosigkeit, er wies darauf hin, daß die Kommune sowie der Staat verpflichtet seien, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit dem bestehenden Notstand entgegenzutreten; aber auch die Einführung der Arbeitslosenversicherung sei eine Pflicht, die die Kommune auf die Dauer nicht außer acht lassen kann. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Redners. In der Diskussion betonte Genosse Jinnow, daß am Orte die Arbeitslosenfürsorge abgelehnt und vorläufig auch nicht an eine Einführung derselben zu denken sei; er schlug dann vor, eine Kommission zum Bürgermeister zu senden, die ihm die Forderung der Versammlung auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit unterbreite. Die Genossen Sasse, Strauß und Müdert wurden beauftragt, mit dem Bürgermeister zu verhandeln. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Wie berichtet wird, hatte die Verhandlung der Kommission den Erfolg, daß der Bürgermeister versprach, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit Anfang nächster Woche mit den städtischen Arbeiten begonnen werden kann. Es sei noch darauf hingewiesen, daß beim Genossen Adolf Herrmann, Bürgermeisterstraße, eine Liste aus-

sieht, wo alle Arbeitslosen, die auf Arbeit reflektieren, sich einzeichnen sollen.

Nieder-Schönhausen, Nordend.

Aus der Gemeindevertretung. Aus Anlaß des Brandes des Hauses Deuth- und Ede Körnerstraße hatte die Einwohnerschaft sich lebhaft mit der hiesigen freiwilligen Feuerwehr beschäftigt. Besonders wurde das späte Erscheinen der Feuerwehr kritisiert; ferner, daß die Schläuche undicht gewesen seien und die Hydranten nicht funktionierten hätten. Der Gemeindevorstand hatte sich nun an den Vorstand der Feuerwehr um Aufklärung dieser Angelegenheit gewandt. Die angeleglichen Unzulänglichkeiten sind von diesem dahin erklärt worden, daß die Feuerwehr zu spät alarmiert worden sei. Was die undichten Schläuche betreffe, so müsse gesagt werden, daß sich ein solcher Mangel nicht ganz vermeiden lasse, trotzdem eine Prüfung derselben in kurzen Zeiträumen stattfinden. Die Hydranten sollen häufiger nachgesehen werden. — Zu dem vorjährigen Fleischverkauf wurden eine Anzahl Gerätschaften angeschafft, dieselben sollen nun öffentlich versteigert werden. Gegen den Verkauf der Geräte wandte sich Genosse Hiege mit der Begründung, daß die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Fleischverkaufs vorliege, schon deshalb, um etwaigen Preistreibern der hiesigen Schlächtermeister zu begegnen. Die Vertretung beschloß, von dem Verkauf der Geräte Abstand zu nehmen. Die ersten Wagen der Linie 23 fahren zu spät ab, dadurch müßten die Arbeiter diese Linie nicht viel. Auf Vorschlag unserer Vertreter soll eine Liste ausgelegt werden, in welche sich alle diejenigen einzeichnen können, die ein Interesse an Einstellung von Frühwagen haben. Dem wurde zugestimmt. Es soll zu diesem Zweck eine besondere Bekanntmachung des Gemeindevorstandes an den Plakatsäulen erfolgen. Die Abänderung des Ortsstatuts, betreffend die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten, wurde einer eingehenden Beratung unterzogen. Die Abänderung machte sich durch das in Kraft getretene Angestellten-Versicherungs-gesetz notwendig. Um die Versicherungssumme von 450 M. pro Jahr zu sparen, wurde dem Kündigungspatagraphen eine andere Fassung gegeben. Der Erlaß eines Ortsstatuts gegen die Verunsicherung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden zeitigte eine längere Debatte. Sie hatte das Ergebnis, daß verschiedene Streichungen im Statut vorgenommen wurden. Dem „Nieder-Schönhauser Tageblatt“, einer Nebenabgabe der „Panower Vorzeitung“, wurden die amtlichen Bekanntmachungen entzogen. Infolge der vorgerückten Zeit wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung vertagt.

Am Sonntag, den 7. Dezember, von 12 bis 6 Uhr, findet im Restaurant Piedemitt (Zah. Pershle), Am Kirchplatz, eine Jugendschriften-, Wandschmud- und Spielwarenausstellung statt. Nachmittags 2 Uhr: Öffentlicher Vortrag über „Gute und schlechte Jugendliteratur“. Vortragende: Genossin Regina Ruben.

Oranienburg.

Die Frage der Errichtung eines Gewerbegerichts nimmt jetzt festeren Formen an. Nachdem unsere Genossen vor mehreren Wochen erneut einen darauf abzielenden Antrag im Stadtparlament eingebracht hatten, schien es fast, als sollte demselben wiederum ein lang- und langloses Begründnis beschieden sein. Der Antrag wurde dem Magistrat als Material überwiesen. Erst der Stadtverordnetenwahlkampf sollte die Angelegenheit wieder auf, als unsere Genossen eine von bürgerlicher Seite einberufene Versammlung besuchten. In dieser hielt Genosse Pappe bei der Beantwortung eines Lügenflugblattes den bürgerlichen Parteien ihre Sünden im Stadtparlament vor, und er geistelte auch u. a. deren Verhalten zu unserem Antrage der Errichtung eines Gewerbegerichts. In seiner letzten Mitgliederversammlung, zu der auch Genosse Zutritt hatten, beschloß sich der Verein selbständiger Handel- und Gewerbetreibender u. a. auch mit dieser Frage. Fortbildungsschullehrer Rauf als Referent verbreitete sich zunächst über die gefühlte Einführung eines Gewerbegerichts, um dann auf den Wert desselben näher einzugehen. Die Kosten für ein Gewerbegericht würden nicht zu hoch sein. Sowohl der Referent wie auch alle anderen Redner waren daher der Ansicht, daß es sehr zu begrüßen sei, wenn die städtischen Körperschaften die Errichtung eines Gewerbegerichts in unserer Stadt beschließen würden. Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Das Gewerbegericht ist ein soziales Bedürfnis!“ — Mit dieser Stellungnahme ist nun auch dem Magistrat die von uns seinerzeit gemachte Einwendung: „Die Arbeitgeber wollen ein solches nicht“, genommen; es steht nunmehr zu erwarten, daß Oranienburg bald ein Gewerbegericht besitzen wird.

Fichtenau.

Eine Jugendschriften- und Wandschmudausstellung beantragt der Bildungsausschuß morgen Sonntag, den 7. Dezember, von mittags 12 Uhr bis abends 6 Uhr, im „Gesellschaftshaus“. Der Eintritt ist frei. In demselben Lokal findet nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Jugendschriften und Wandschmud im proletarischen Heim“. Ein reger Besuch der Arbeiterschaft ist erwünscht.

Kallberge-Rüdersdorf.

Aus der Gemeindevertretung. Der Bahndirektor, Schöffe Koppich, gab zunächst von dem gegenwärtigen Stand der Bahnangelegenheit Kenntnis. Die Umwandlung des Benzolbetriebes in elektrischen Betrieb kostet einer Berechnung der A. G. M. zufolge, für die ganze Strecke (Kallberge-Schöneiche-Friedrichsdagen) 199 410 M. Der Kostenanteil für Kallberge würde etwa 120 000 M. betragen. Räteingriffen sind in dieser Summe die Kosten für drei Antriebswagen, die sich auf etwa 70 000 M. stellen. Dagegen sind noch extra für einen Umformer 12 500 M. und für die Anlage einer Weiche 1900 M. zu zahlen. — Nachdem wurde von der Vertretung die Aufnahme eines Darlehens von der Adbank in Höhe von 110 000 M. (die zur Deckung der Reibungskosten

für die Bahn dient) genehmigt. — Der Vorsitzende gab sodann von einem Projekt einer Thüringischen Gesellschaft Kenntnis. Die Gesellschaft hat sich gegen Uebernahme der auf die beteiligten Gemeinden entfallenden Zinsgarantien seitens der Kommunen erboten, eine gleitende elektrische Oberleitungsbahn Kallberge-Rüdersdorf-Erner-Wosen-Köpenitz zu schaffen. Die auf Kallberge entfallende Zinsgarantie würde etwa 1900 M. betragen. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit zu vertagen. — Unter anderem wurde noch mitgeteilt, daß ein früherer Kallberger Einwohner, der Bankier H. Gumpert, der Gemeinde aus Anlaß seiner am 8. Dezember d. J. stattfindenden goldenen Hochzeit, ein Geschenk von 3000 M. vermacht habe mit der Bestimmung, daß die Zinsen dieser Summe alljährlich am 8. Dezember an bedürftige arme der Gemeinde verteilt werden sollen. — Die hiesige Rektorsstelle gedenkt die Regierung unter Vorbehalt der Zustimmung des Schulvorstands dem Lehrer Hartwig aus Oberschöneiche, der nebenbei bemerkt, Leutnant der Reserve ist, zu übertragen, womit ein großer Teil der hiesigen Einwohnerschaft aus verschiedenen Gründen nicht einverstanden wäre.

Rüders-Waidmannslust.

Aus der Gemeindevertretung. Die Einnahmen für das der Gemeinde gehörige, an der Ueberdrückung der Dianastraße belegene, 1182 Quadratmeter große Grundstück, das im vorigen Jahre an den Eisenbahnfiskus zum Preise von 4140,50 M. veräußert worden war, sind nicht in das Gemeindefinanzbuch für 1912 eingetragen worden. Auch im Etat für 1913 war wohl dieses Grundstück unter dem Grundvermögensnachweis gestrichelt, aber der Erlös hierfür als Bestand in irgendeiner Form nicht bezeichnet. In der letzten Sitzung brachte nun der Gemeindevorsteher eine Vorlage ein, in der verlangt wurde, diese Summe zur Bestreitung der Kosten für die Herstellung der Verbindungsstraße mit Wittmann, welche Eisenbahngelände berührt, zu verwenden. Unsere Genossen wendeten sich dagegen. Genosse Kestin sprach die Vermutung aus, daß dieser Betrag jedenfalls für die Vergabe des 580 Quadratmeter großen Verbindungsstraßengeländes mit dem Eisenbahnfiskus verrechnet werden soll, wofür der Fiskus 7 M. pro Quadratmeter von der Gemeinde fordert; das sei getade noch einmal soviel, als derselbe für das Gemeindegelände an der Dianastraße geboten habe. Redner beantragte, diese 4140,50 M. dem Grundstücksfonds zu überweisen, damit die Schuldenentlastungen, welche aus den laufenden Mitteln bestritten werden, gespart und zur Erfüllung sozialer Aufgaben Verwendung finden können. Die Gemeindevertretung lehnte ohne Debatte diesen Antrag ab und gab der Vorlage ihre Zustimmung. Ferner wurde beschlossen, einen öffentlichen Spielplatz (der Dianaplatz soll nicht mehr dazu benutzt werden) auf freiem Felde östlich der Oranienburger Chaussee am Hermsdorfer Wege zu planieren und einzuzäunen. Da durch die Einzäunung des kleinen Platzes die Spielenden benagt werden könnten, sprachen unsere Genossen dagegen. Daß auf dem Pumpstationen Grundstück errichtete Beamtenwohnhaus soll nach dem Beschluß der Gemeindevertretung nur von dem anzustellenden Raschenermeister bezogen werden, der darin freie Wohnung und außerdem 1800 M. Jahresgehalt, freie Heizung und Gasbeleuchtung bekommt. Die übrigen Wohnungen werden als Bureauräume für die gesamte Gemeindeverwaltung, die nach dort überfiedeln soll, hergerichtet. Der kleine, als Sitzungszimmer der Gemeindevertretung vorgesehene Raum genügt nicht dem vorhandenen Bedürfnis. Die Öffentlichkeit wird durch die Beengtheit hier ebenso ausgeschlossen, wie im alten Gebäude.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. Dezember, vormittags 9 Uhr, Pappelallee 15/17, Reutlitz, „Adealspassage“, Zegel, Bahnhofstr. 15, und Uder-Schöneiche, Klarstr. 2: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Ausblick ins Unendliche“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Bris-Budow. Morgen Sonntag: Ausflug nach Bohnsdorf. Nachmittags im Lokale des Herrn Bierbach, Dorfstr. 10: Gesellschaftliches Beisammeln unter Teilnahme der Bohnsdorfer Arbeiterjugend. Treffpunkt: 9 Uhr Germania-promenade, Ede Chausseestraße, 94, Uhr Treffstraße, Ede Chausseestraße, 10 Uhr Budow, Dorfstraße, Ede Chausseestraße. — Die Unkosten für diesen Ausflug belaufen sich auf 40 Pf. Stralau. Sonntag, den 7. Dezember: Beschäftigung der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt Charlottenburg, Raumbörsenstr. 11-12. Regere Beteiligung, auch der Eltern, erwünscht. Treffpunkt 12^{1/2} im Jugendheim. Lichtenberg-Friedrichsfelde. Am Sonntag, den 7. Dezember, nachmittags 4 Uhr, findet bei Werner (Erdmann), Büchelstr. 86, nahe Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde, ein Unterhaltungabend der Gruppe III statt, bestehend aus 1. Rezitation, 2. Gesang mit Begleitung, 3. Randolmenkonzert, 4. Tanz. Freunde und Bekannte sind willkommen. Eintritt frei. Reutlitz. Sonntag, den 7. Dezember: Beschäftigung der Gadanstalt. Treffpunkt: Vormittags 9^{1/2} Uhr am Herzbergplatz.

Witterungsübersicht vom 5. Dezember 1913.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in °C
Eintriede	749,5	SE	8 Regen	4	Dachau	729,0	NO	4 bedeckt	4
Darmstadt	751,2	SE	4 Regen	3	Petersburg	737,0	SE	4 wolkenl.	5
Berlin	752,2	SE	4 bedeckt	4	Sibirien	762,2	SE	7 wolkenl.	9
Frankf. a. M.	761,9	SE	4 wolkenl.	3	Aberdeen	751,5	SE	1 wolkenl.	2
München	764,5	SE	6 wolkenl.	3	Paris	764,5	SE	2 wolkenl.	1
Wien	761,5	SE	3 bedeckt	6					

Wetterprognose für Sonnabend, den 6. Dezember 1913.

Zunächst kühl, zeitweise heiter bei frischen westlichen Winden; später wieder zunehmende Erwärmung, Bewölkung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Der Fortschritt

Professor Dr. Schär, Dozent an der Berliner Handels-Hochschule schreibt in der „Zeitschrift für Handelswissenschaft und Handelspraxis“ folgendes: „Der Fortschritt in dem Verkaufssystem — Selbstkostenpreis + 10% — besteht aber gerade darin, daß die Höhe dieser Gebühr für die kaufmännische Dienstleistung jedermann bekannt, dem Belieben des Kaufmanns entzogen und ein für allemal rechtlich und kalkulatorisch festgelegt wird. Erweisenemalßen kommt es namentlich im Detailhandel oft vor, daß die Höhe des Gewinnzuschlages sehr elastisch ist, daß namentlich bei den Waren, die der Käufer auf ihren Wert hin nicht zu beurteilen vermag, ein unverhältnismäßig hoher Zuschlag gemacht wird. Nach dem System — Selbstkostenpreis + 10% — sind derartige Handelspraktiken ausgeschlossen.“

Herren-Ulster, Paletots, Anzüge
Neueste Moden. Vorzüglicher Sitz.

Selbstkostenpreis	16.50	24.20	32.00	41.00
Verkaufspreis	18.15	26.62	35.20	45.10

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

Vertrieb von Herren- und Knaben-Garderobe, fertig und nach Maß.

Turmstraße 80
nahe Kl. Tiergarten

Große Frankfurter Straße 4
Ecke Fruchtstraße

Chausseestraße 27
nahe Invalidenstrasse

Neukölln
Bergstr. 7-8, Ecke Prinz-Handjery-Str.



Amol das Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

G. Kisch

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Berufskleidung

Auto-Fahrerchulo

Bade-Anlagen

Central-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditoreien

C. Adameck

A. Bickel

Ernst Billepp

Alw. B. Imer

Brotdrucker

F. Borkmann

F. Borchardt

Erscheint 2 mal wöchentlich

Bäcker- u. Konditoreien

Karl Künerte

Bäckerei Künscher

P. Lamla

Ew. Liesegang

Carl Lindenberg

H. Löss

F. Lutzmann

W. Meigow

H. Markgraf

B. Maschler

A. Meyer

Mühlhoff

G. Messer

E. Mühl

Carl Neudorff

Wilhelm Niklan

Gustav Nielsen

P. Nitschke

F. Otto

Robert Pötschke

H. P. Pötschke

Bezugsquellen-Verzeichnis

Groterjan

Malsbier

C. Habels Brauerei

Unser Goldbier

Berliner Unions-Brauerei

Weissbier - Carameltbier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schloßbräu-Flaschenbier

Vereins-Brauerei Teutonia

Wassbier, C. Breithaupt

Brotdrucker

Liebig's Zerpenscheiser

Burten u. Selterwaren

Bildereinrahmng. Glaser

Butter, Eier, Käse

H.P. Biedermann

Bruno Freche

Wilhelm Göbel

Gebrüder Groh

August Holtz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

Wih. Pled. Buttergröhdg.

Kosmalla, E., 4

Paul Reinike

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confit.

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cylix, G., Stadtblen.

Seiffert, E., Stadtblen.

Stolwerck

Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao

In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich nur durch die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.

Cigarrenfabriken

W. Herbst

Cigarrenhandlungen

Damen-Modektion

Dampf-Walchanstalt

Drogen und Farben

F. Jakob, Müllerstr. 12

F. Kaufmann

Fleisch- u. Wurstwaren

A. Lange

Rob. Lindner

Luebbe, Job.

Moers, Otto

A. Möbes Ndf.

Fleischwaren u. Wurstfabrik

Otto Müller

Th. Prenzlauer

Unterstehende Geschäfte

Konzerthaus, Wirtschaft.

Restaurant und Café

Alter Kuhstall

Kolonialwaren

G. Ehrens

F. Belle

C. Böse

W. Bornefeld

A. Buchholz

A. Crone

Gg. Feist

Fr. Fischer

Karl Gering

Gähler-Honig

Hokenkamp & Neumann

Fritz Hübnar

Fritz Klode

M. Krügers

A. Lange

P. Lange

F. Ludwig

Fr. Pawitzki

O. Pösch

A. Ramhold

Alfred Richter

Rauze, Otto

A. Schlegel

Fritz Schell

Schlenker, Emil

Emil Schulte

A. Sihnke

Erich Thiel

H. Vogel

Aug. Würke

G. Zimmerling

Kohlen, Koks, Holz, Briquets

W. Busslan

Otto Müller

Franz Reichert

C. Richter

Ferd. Wree

Kurz, Weiß, Wollwaren

Alb. Bork

H. Engel

M. Gardels

M. Hopp

Carl Klein

Kaufhaus Henkel

Herman Meyer

H. Pech

Ed. Rahnke

Seifen A. Kraschinski, Pank, Brehmstr. 4. Haidke, Pank, Burgdorferstr. 13. CL Schumann, Tegeler, Schleierstr. 15. F. Scherwicke, Pankstr. 21 Pank.

Vericherungen 'Deutschland' Berlin Arbeiterversicherung - Schutzversicherung - Lebensversicherung. 'Juna' zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82. Volks- und Lebensversicherung.

Café Luxemburg Müllerstr. No. 183-184. Grand-Café 'Zoppell' Frankfurtstr. 78, Ecke Lindenstr. Täglich großes Konzerte-Konzert.

Großdistillation Zum Afrikaner Inh. Bernhard Tiedmann. Zehnteller G. Wolf, Kastanien-Allee 10-11. Max Alm, Franzosenstr. 18.

Brilz Emil Gold, Bäckerei, Gernsals-Primen 8. H. Passow, Fischerei, Endorferstr. 18. O. Schröder, Back, Chaussee 101a.

Mariandorf G. Kesseler & Söhnehandl. A. Böckmann, 77. N. K. Hermannstr. 110. Ferdinand Tittel, Kameraderstr. 57.

Spandau J. Bode, Fischerei-Dorferstr. 24. W. Lott, Fahr, Fischerei-Dorferstr. 24. Aug. Piegler, Klosterstr. 22.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (schlief 2 fettgedruckte Worte). Stellensuche und Stellenstellen-Anzeigen 5 Pfg., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (lederbaste) Gelegenheitskaufl. Habelkammer, Rauerstr. 9, Rauerstr. 9, Rauerstr. 9. Teppiche, Gardinen, Vorhänge, Kissen, etc. 10 Prozent Extrarabatt.

Ge lohnt nur bei Max Weis, 88, Große Frankfurterstr. 88, alle bekannte Firmen, zu kaufen. Man wird reich und billig bedient.

John Prozent Rabatt Vorwärts-leiern. Gardinenreife, Fenster 1,55, 1,95, 2,45, 2,85, 3,50, 4,25, 5,50, 6,75 ufm.

Weiße, Max Witte, Max Adlershof, Bohnsdorf. Weiss, Max Witte, Max Adlershof, Bohnsdorf.

Reduktion-Extra-Preise. Teppiche enorm billig 6,25, 9,75, Steppdecken 4,50, 6,75, Blüschdecken 7,50, 9,50, wundervolle Bettdecken 1,95, 2,75.

Kredit Rat liefert allerlei Möbel, hunte Küchen, Uhren, Bilder, Spiegel, Teppiche, Gasöfen, etc.

Vermietungen. Wohnungen. Billige Wohnwohnungen, neu renoviert, vermietet sofort.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Teppiche! (lederbaste) im allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Teppiche, Gardinen, etc.

Die Arbeitslosen-Interpellation.

183. Sitzung. Freitag, den 5. Dezember 1913, nachmittags 13 Uhr.

Am Bundestratsitz: Dr. Delbrück.

Die Genehmigung zur Einleitung von Strafverfahren wegen Beleidigung gegen die Abgg. Schmidt-Meyhen (Soz.), Dr. Bollert (natl.), Dr. Schay (Fk. J.) und Bruhn (Nat.) wird entsprechend den Anträgen der Geschäftsordnungskommission nicht erteilt.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Abrecht und Genossen (Soz.):

Welche Maßnahmen gedenkt der Reichskanzler zu ergreifen, um den schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, die durch die immer wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen verursacht werden? Ist er insbesondere bereit, eine alle Arbeiter und Angestellten umfassende reichsweite Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, sowie zur Bekämpfung der zurzeit besonders sich geltend machenden Folgen der Arbeitslosigkeit geeignete Hilfsmittel zu ergreifen?

Die Interpellation wird begründet vom

Abg. Silberjohann (Soz.):

Die Frage der Arbeitslosigkeit berührt unser Volksleben ebenso stark wie die in den letzten Tagen erörterten politischen Fragen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bereits vor zwanzig Jahren hat sich der Reichstag mit dieser Frage beschäftigt, dann wurde 1902 die

Einführung der Arbeitslosenversicherung

gefordert, daneben die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes usw. Der Reichstag forderte damals den Bundesrat auf, Untersuchungen über die Arbeitslosigkeit anzustellen und Vorschläge über eine zweckmäßige Ausgestaltung einer Arbeitslosenversicherung zu machen. Der Bundesrat beschloß jedoch nur eine Feststellung über den Stand der Arbeitslosigkeit. Als 1908 die Frage wiederum verhandelt wurde, erklärte der damalige Staatssekretär des Innern v. Bethmann Hollweg die Frage einer reichsrechtlichen allgemeinen Arbeitslosenversicherung für noch nicht reif. Auch ein Zentrumsredner wünschte noch die Erfahrungen, die der Zimmererverband machen würde, abzuwarten. Das Reich also hielt die Frage für noch nicht reif, die Landtage dagegen erklärten, die Regelung sei Sache des Reiches, so der preussische und der württembergische Landtag, ferner die heftige Regierung in einer Denkschrift vom Jahre 1910. Der Deutsche Städtetag vom 1911 stellte sich auf denselben Standpunkt und beantragte am 25. September 1911 beim Bundesrat ein Gesetz zur Regelung der Arbeitslosenversicherung für die Saisonarbeiter. Bis zum heutigen Tage hat er eine Antwort noch nicht erhalten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Januar 1913 nahm der Reichstag eine Resolution an, in der baldmöglichst eine Vorlage zur Arbeitslosenversicherung gefordert wurde. Trotzdem ist bis heute eine Antwort der Reichsregierung hierzu noch nicht bekannt geworden.

Auf der internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erklärte der Vertreter der deutschen Regierung, Geheimrat Jacher, ebenfalls, das Problem könne nur auf dem Wege der nationalen Gesetzgebung gelöst werden. Der bayerische Landtag hat beschlossen, zur Unterstützung der städtischen Arbeitslosenunterstützung eine Subvention zu zahlen. Das ist die erste prinzipielle Zustimmung eines deutschen Bundesstaates und eine Konzeption an die Idee der Reichsarbeitslosenunterstützung. Es kommt darin zum Ausdruck, daß der Staat für die Folgen der Arbeitslosigkeit einzustehen habe. Wenn das Reich die Arbeitslosen an die Kommunen verweist, so ist das ohne praktischen Wert, denn nur 14 meist süddeutsche Städte haben im Jahre 1912 die große Summe von 34 000 M. zur Unterstützung der Arbeitslosen ausgezahlt. Das ist natürlich nicht geeignet, das große Elend der Arbeitslosigkeit zu mindern. Dazu kommt, daß von den übrigen Städten sich sehr viele der Angelegenheit nicht einmal freundlich gegenüberstellen. Ich erinnere nur an Halle a. d. Saale, wo man die Interpellation nicht einer Besprechung für wert erachtete. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei dem

Sin- und Herziehen der Frage

zwischen Reich, Staat und Kommunen müssen die Angestellten und Arbeiter den Eindruck erhalten, daß es diesen Körperschaften nicht ernst damit ist, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu lindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und daß unsere herrschenden Klassen eine große Portion Elend mit ansehen können, ehe sie sich bewegen fühlen, helfen einzugreifen.

In der letzten Zeit ist die Stellung zu der Frage in weiten Kreisen eine andere geworden. Weite Kreise sind zur Auffassung gelangt, daß bei dem helpenden Eingreifen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht ein Akt der Wohltätigkeit vorliegt, sondern eine Pflicht des Reiches. Auf dem Verbandstag der Arbeitsnachweise für Bayern äußerte sich der Referent zu dem Punkt der Arbeitslosenversicherung in diesem Sinne, ebenso der bekannte Sozialpolitiker Professor Jastrow in seiner Denkschrift für die Stadt Charlottenburg, desgleichen der Beigeordnete der Stadt Offenbach in dem amtlichen Dokument zur Begründung einer öffentlichen Arbeitslosenunterstützung. Als Ergebnis der 20-jährigen Besprechungen der Frage kann festgestellt werden, daß, während die Stadtwaltungen, die Landtage und der Reichstag sich über ihre Pflicht der Unterstützung stritten, von der Arbeiterbewegung aller Schattierungen in deutschen Ländern die Frage der Arbeitslosenunterstützung zum Teil ihrer praktischen Lösung entgegengeführt worden ist.

Über die heutige außerordentliche Arbeitslosigkeit besteht im Gegenlag zu früheren Perioden eine Meinungsverschiedenheit nicht. Auch die bürgerliche Presse erkennt ihren Umfang an. Auch wird von einem größeren Kreis von Personen jetzt anerkannt, daß die Arbeitslosigkeit nicht Schuld der Arbeiter ist, sondern daß sie durch die wirtschaftliche Entwicklung geschaffen ist, daß der gesellschaftliche Zustand ihre Dauer bedingt, und daß damit der Gesamtheit die Pflicht erwächst, ihren Folgen zu begegnen. Freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, liberale Arbeitervereine, die politischen Berufsvereine, die Angestelltenorganisationen und ein großer Teil der in Mittelschicht gezogenen außerhalb dieser Kreise stehenden bürgerlichen Kreise sind einmütig der Auffassung, daß das Reich hier eingreifen habe. Insbesondere sind sie darin einig, daß hier nicht Werte der Wohltätigkeit und Humanität in Frage kommen können, sondern daß die Arbeiter

ein Recht auf Arbeitslosenversicherung

haben, daß sie ihre Forderungen und Ansprüche in dem sicheren Bewußtsein stellen, daß ihrem Rechtsempfinden Rechnung getragen werde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Arbeitslosigkeit, die uns heute von neuem zur Behandlung der Frage bringt, ist eine ganz außerordentliche, das Elend in ihrem Gefolge steigt, und eine Aussicht auf Besserung in nächster Zeit ist nicht vorhanden. Trotzdem muß hervorgehoben werden, daß dieser Zustand durchaus kein außergewöhnlicher, sondern

die ständige Begleitererscheinung unserer Wirtschaftsordnung ist. Nicht nur im Handwerk, Industrie, Handel und Gewerbe, sondern auch in der Landwirtschaft steigt die Zahl der Arbeitslosen. Auch in den Zahlen des „Reichsarbeitsblattes“ tritt uns die große Arbeitslosigkeit entgegen. Wir finden eine abnorme Zunahme der Arbeitslosen und eine außergewöhnliche Verminderung der offenen Stellen. In den letzten neun Jahren hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 3 667 000 vermehrt, die der offenen Stellen nur um 2 188 700, so daß

ein Ueberschuß von 1 228 700 arbeitsfindenden Personen

vorhanden ist. Und dabei wird die Summe der Arbeitskräfte durch Heranziehen von Ausländern noch vergrößert. Im Jahre 1911 sind 698 000, im Jahre 1912 720 000 Personen von der Industrie und Landwirtschaft ins Land gezogen worden, und das Jahr 1913 dürfte keine Verminderung dieser Zahlen gebracht haben. Die Berichte der Gewerbeinspektoren weisen ferner darauf hin, daß außerdem noch eine außerordentliche Verschärfung der Arbeitslosigkeit dadurch eintritt, daß die deutsche Industrie immer mehr dazu übergeht, den älteren Arbeiter aus dem Betriebe auszuschneiden.

Es ist eine charakteristische Begleitererscheinung der heutigen Produktionsweise, daß sie jedes Geschäft bei Seite stellt und sich nur von reinen Profitinteressen leiten läßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Gewerbeinspektoren beklagen das. Als Einstellungsgrenze des Großhandels wird von dem Düsseldorf-Gewerbeinspektor das 40. Lebensjahr bezeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Arbeiter, die in dem Alter von über 50 Jahren noch beschäftigt werden, ist immer mehr zurückgegangen. Diese Personen werden vom Tische des Lebens hinweggeschoben und niemand kümmert sich darum, wo sie mit ihren müden und mürbegearbeiteten Knochen bleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und nicht nur unsere Produktionsweise sondern auch unsere Wirtschaftspolitik hat Schuld an der Not der Arbeitslosen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts dieser Zustände ist die Frage vollauf berechtigt, was die Regierung zu tun gedenkt, um dieser Not abzuhelfen. Ist sie bereit, die Arbeitslosenversicherung einzuführen, den Arbeiterlohn zu erhöhen und für eine Verbesserung der Lebensmittel zu sorgen. Ist sie bereit, endlich zu Taten überzugehen?

Durch die Folgen der Marokkoinnen und des Balkan-Krieges hat die deutsche Gewerbeindustrie schwer gelitten. (Sehr wahr!) Insbesondere das Baugewerbe ist durch den hohen Geldstand, der durch die ungeschickte Politik des Deutschen Reiches herbeigeführt worden ist, schwer geschädigt worden. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, daß sie, wie das „Reichsarbeitsblatt“ angibt, die Arbeitslosigkeit in dem Jahre der schwersten Krise 1908 in den Schatten stellt. (Hört! hört!) Auf Grund des Materials der zwei Millionen Arbeiter umfassenden Gewerkschaften ist festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit vom Oktober 1912 mit 1,7 Proz. auf 2,8 Proz. im Oktober 1913 gestiegen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Summen, die z. B. die Zimmerer für Arbeitslosenunterstützung ausgeben mußten, sind seit dem Vorjahre um das Vielfache gestiegen. Die betreffenden Ausgaben des Holzarbeiterverbandes sind seit 1911 von 674 000 M. auf 1 714 000 M. in diesem Jahre gestiegen. 1 012 000 M. haben die Metallarbeiter für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch im Gastwirtsgerwebe, bei den Bäckern und Konditoren, wo jährlich über 14 000 junge Leute ausgebildet werden, macht sich die Krise stark bemerkbar. Selbst die Arbeitslosigkeit der Gemeindegärtner ist in der letzten Zeit erheblich angeschwollen. Und selbst die Heimarbeiter, die ihre Mitglieder in der Landwirtschaft unterbringen können, leiden unter großer Arbeitslosigkeit; sie finden auch in der Landwirtschaft, für die sie geeignet sind, keine Arbeit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In den Großstädten ist die Arbeitslosigkeit besonders groß; sie beträgt z. B.

bei den Dachdeckern in Berlin 41 Prozent.

(Hört! hört!) Diese Zahlen, die in der bürgerlichen Presse angezweifelt sind, sind auf dieselbe Weise ermittelt wie die des Reichsstatistischen Amtes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Besonders empfindlich und verheerend wird diesmal die Krise, weil die Arbeiter infolge der vorausgegangenen Teuerung wirtschaftlich nicht so widerstandsfähig sind, wie in früheren Perioden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Folgen der übergroßen Arbeitslosigkeit will ich nicht ausführlich schildern. Sie wissen, daß die Arbeitslosigkeit demoralisierend wirkt, daß die Zahl der Eigentumsvergehen in solchen Zeiten zunimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist die Statistik unzweifelhaft. Wie dringend notwendig Maßnahmen gegen die Not des Volkes sind, beweist auch der Geburtenrückgang. Wie die Arbeitslosigkeit auf das Gemütsleben der Arbeiter wirkt, darüber haben meine Freunde in Breslau eine Erhebung veranstaltet. Mehrere

angesehen Selbstmordabsichten.

Schwermut, Trübsinn traten auf. Die Arbeitslosigkeit zerstört die Lust zum Leben, die Fähigkeit zur Mitarbeit an den großen Aufgaben der Menschheit. Und da soll die Arbeitslosenversicherung demoralisierend wirken? Wer das behauptet, hat keine Ahnung vom Seelenleben der Arbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch der Mittelstand, der von der Kaufkraft der Arbeiter lebt, hat das größte Interesse daran, die Massen kaufkräftig und konsumfähig zu erhalten. Nur eine dünne Oberhäute ist nicht daran interessiert und nur diejenigen sind Gegner der Arbeitslosenversicherung, die die Beiträge fürchten und die das Volk nicht widerstandsfähig erhalten wollen. Darum begehen die Arbeitgeberorganisationen und ihre Presse die Arbeitslosenversicherung

als Faulenzersunterstützung, ja als einen Wahnsinn.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie fern stehen diese Kreise der Wirklichkeit und wie sind sie von dem Streben des deutschen Arbeiters nach selbständiger Existenz unberührt geblieben!

Die Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung haben die Selbständigkeit des deutschen Arbeiters gewaltig erhöht. Er will durch eigene Kraft existieren; er ist es, der Deutschlands Industrie groß und konkurrenzfähig gemacht und er darf fordern, daß ihm solche Verdienstmöglichkeiten fernbleiben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie sind doch längst hinaus über das Dogma vom freien Spiel der Kräfte. Wir wissen doch, daß dieses „freie Spiel“ die Volksgemeinschaft aufs schwerste geschädigt hat, so daß man das Koalitionsrecht als Abwehr- und Schutzmaßregel einführen mußte. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Aufgaben des Reichstags, denn nicht den Gemeinden ist die Milderung der Schäden der herrschenden Produktionsordnung zu überlassen, sondern das ist Sache des Reichs!

Vor allem hat das Reich

Maßnahmen zu treffen, um die gegenwärtige Not zu lindern.

Alle öffentlichen Körperschaften mühten die in Aussicht stehenden Arbeiten scheinung in Angriff nehmen — ich hoffe, daß das schon geschehen ist. Den Städten, denen dadurch besondere Lasten entstehen, sollte die Reichsregierung entgegenkommen, dadurch, daß sie die Pflicht der sofortigen Amortisation der aufgewandten Summen

hinausschiebt und ihnen außerdem wie die bayerische Regierung Varmittel zur Verfügung stellt. Die Zuziehung fremdländischer Arbeitskräfte muß in der Zeit der Krise möglichst beschränkt werden. Den Gemeinden müssen Anregungen und Direktiven zur Milderung der Arbeitslosigkeit gegeben werden. Wichtig ist auch die Regelung der Arbeitsnachweise über das Reich. Die Städte allein werden diese Fragen kaum lösen können, zumal wenn wie in Neuzölln 56 Proz. der ortsangehörigen Arbeiter außerhalb der Gemeinde in Arbeit stehen. Auch stehen den Städten im Winter die Mittel zur Arbeitslosenunterstützung zur Verfügung, besonders die Industriestädte, in denen unter Umständen die große Mehrzahl der Steuerzahler von der Krise betroffen wird. Der Auffassung, der Herr Gräber einmal Ausdruck gegeben hat, daß die Sorge für die Arbeitslosen Sache der freien Lebensfähigkeit sei, können wir nicht zustimmen. Die freie Lebensfähigkeit in allen Ehren, aber sie reicht nicht aus zur Bänderung dieser Not. Hier muß der Staat, das Reich eingreifen. Unmöglich ist auch, daß alle Arbeiter in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, dazu ist ihre Konstitution auch gar nicht geeignet. Die Selbsthilfe haben die Arbeiter in ihren Gewerkschaften in weitestgehendem Maße betätigt. Die freien Gewerkschaften haben im Laufe von 20 Jahren

60 Millionen für Arbeitslosenunterstützung

ausgegeben. Sie haben dadurch Reich, Staat und Gemeinden den größten Dienst erwiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben die Armenunterstützung entlastet, Zehntausende Familien vor Demoralisation bewahrt, sich die größten Kulturverdienste erworben und haben darum hierbei das Recht, mit ihren Erfahrungen mitzuraten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Gegner der Arbeitslosenversicherung behaupten, es sei unmöglich, eine Kontrolle einzuführen darüber, ob die Arbeitslosigkeit verschuldet oder unverschuldet ist. Die Arbeiterorganisationen werden sich gern mit aller Kraft in den Dienst dieser Kontrolle stellen. Eine Summe viel geringer als die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ angegebene, die für Armenunterstützung und Wagnondagebekämpfung ausgegeben wurde, würde ausreichen, um alle die, die unter den schwersten seelischen Leiden zu Wagnondagen herabgesunken sind, vor diesem Los zu bewahren. Wer da weiß, was das bedeutet, wenn die Familie hungert, wenn der Ernährer trotz aller Arbeitsuche seine Hände nicht mehr verkaufen und seinen Angehörigen nichts mehr geben kann — wer das erfahren oder miterlebt hat, der muß weiß, was vorangehen muß, ehe der Arbeitslose in die Gleichgültigkeit und Wurstigkeit verfällt, die zum Wagnondagengehörten gehört und die da sagt: „Mag nun werden, was da will.“ (Bewegung und Beifall b. d. Soz.) Es ist eine tiefe Kränkung der Arbeiter, sie mit jenen Leuten auf eine Stufe zu stellen, die wirklich arbeitslos sind, ganz abgesehen von den Leuten, die grundsätzlich nur andere für sich arbeiten lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Mittel, die aufgewendet worden sind für die Arbeitslosen, sind produktiv angelegt zur Erhaltung der Volkskraft. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) England ist jetzt Deutschland vorangegangen und hat im letzten Jahre die Arbeitslosenversicherung zwangsweise für die sogenannten Winterarbeitslosen eingeführt. Dänemark gibt fünf Millionen für die Arbeitslosenunterstützung aus. Unsere Forderungen sind bekannt. Wir fordern Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung in der Vorberatung, daß die Träger der Gewerkschaften sind. Auch der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten hat diese Forderung in sein Programm aufgenommen. Die gleiche Forderung haben die christlichen Arbeiter in den letzten Tagen auf ihrem Kongress erhoben. Hauptsache wäre, daß die Regierung sich jetzt für die Einführung der Arbeitslosenversicherung

im Prinzip erklärt

— über die Einzelmaßnahmen der Verwaltung und Kontrolle würde die Verständigung dann leicht sein. Die Arbeiterchaft ohne Unterschied der Partei steht dem Center System freundlich gegenüber, sie würde auch ein anderes gutes System akzeptieren, aber jedenfalls mühten die Gewerkschaften die Träger der Versicherung und die unorganisierten einbezogen werden, während deren Eigenversicherung unpraktisch wäre und den Grundgedanken der ganzen Sozialversicherung, der Versicherung auf Gegenseitigkeit nicht entsprechen würde. Wir fragen: Wie stellt sich die Regierung zu der Resolution des Reichstags vom Januar dieses Jahres, die eine

Vorlage auf diesem Gebiet fordert?

Sollte die Regierung ablehnen, eine solche Vorlage einzubringen, so könnte der Reichstag von sich aus an einem der nächsten Tage die Frage erneut auf die Tagesordnung setzen, er könnte eine Kommission einsetzen, ein Gesetz auszuarbeiten und dem Bundesrat vorlegen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ob der Reichstag sowie Energie für diese wichtige Frage aufbringen wird, will ich zunächst dahingestellt sein lassen und die Antwort der Regierung abwarten. Auf jeden Fall ist die Frage der Arbeitslosigkeit für das Volk ebenso wichtig, wie die Frage, die wir gestern hier beraten haben, und ich möchte dem Reichstag doch nahe legen, zu erwägen, ob, wenn die Regierung veragt, nicht doch weitere Schritte zur Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe getan werden können.

Die „Königliche Zeitung“ und andere behaupten, daß die Sozialdemokratie diese Fragen nur aus agitatorischen Gründen behandle. Wäre das der Fall, so mühten wir wünschen, daß Regierung und Reichstag sich möglichst ablehnend verhielten. Uns aber kommt es nur darauf an, den von Not und Elend bedrückten zu helfen. Wir hoffen, daß die große Mehrheit des Reichstags mit uns alles daran setzen wird, um den Arbeitslosen Schutz und Linderung in weitestem Umfang zu geben. Die Regierung muß erkennen, daß diese Frage so brennend geworden ist, daß sie gelöst werden muß, soll nicht die Nation schwer geschädigt werden. Lehnt die Regierung ab, so wird sie im Interesse der Nation gezwungen werden müssen, ihre Haltung zu ändern. Rechtzeitig bilden die Arbeitermassen auf den Reichstag. Entschließen Sie sich nicht! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, ihrer unerfüllten und bedenklichen Erscheinungen gehört zu den ungelösten Problemen der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, die der moderne Kulturstaat gezeitigt hat — ungelöst nicht, weil es an Verständnis und gutem Willen fehlte, sondern ungelöst wegen der in der Sache liegenden Schwierigkeiten und weil sie nach unserer Auffassung bisher zur Lösung nicht reif geworden ist, trotzdem daran schon seit 30, im Reichstag seit 20 Jahren gearbeitet wird.

Es wäre eine Heberförmung, wegen der angeblichen Konjunktur die Lösung dieses Problems sofort durchzuführen zu wollen.

Es fehlt an einer zuverlässigen Statistik, um die Lage des Arbeitsmarktes gründlich zu erkennen. Die Zählungen der Gewerkschaften reichen dazu nicht aus, nicht weil ihre Zuverlässigkeit anzuzweifeln wäre, sondern weil sie immer nur die Arbeitslosen einzelner Gewerkschaften umfassen und nicht die ungleich größere

Wenige der nicht organisierten Arbeiter, sowie auch wegen der Verschiedenheit der Arbeitslosenunterstützungen und des Erfordernisses einer Karenzfrist. Inwiefern kann man sagen, daß die Arbeitslosigkeit am größten ist in Berlin, Hamburg, München und Nürnberg, am geringsten in Schleswig-Holstein, Mecklenburg usw. Auch die Mitgliederzahlen der Krankenkassen können zur Beurteilung des Arbeitsmarktes herangezogen werden und auf Grund aller Ermittlungen kann gesagt werden, daß die Beschäftigungsziffer im Jahre 1912 die beste, daß sie aber auch 1913 noch günstiger war als 1908. Man kann zurzeit nicht mehr sagen, als daß wir im Beginn einer leicht wechselläufigen Konjunktur stehen. Ich habe auch eine Umfrage bei der Industrie veranstaltet, die das bestätigt. In normalen Verhältnissen hat Deutschland nicht so viele Arbeiter, wie es braucht. 1910 wurden insgesamt rund 800 000 Ausländer beschäftigt, nicht etwa allein in Ostpreußen und in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, Hauswirtschaft usw. Manche Betriebe und Gewerbe können ohne Ausländer gar nicht auskommen, so die Landwirtschaft und auch der Tiefbau, denen es an inländischen Arbeitern fehlt, wie ich selbst beim Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals erfahren habe. Der oberflächliche Vergleich könnte eine Forderung ohne die ausländischen Arbeiter nicht aufrecht erhalten. Es ist unrichtig, daß diese Ausländer ausschließlich in das Land gezogen würden, um die Löhne zu drücken, sondern sie sind allmählich, ob das nun erfreulich ist oder nicht, ein Bedürfnis für unsere Volkswirtschaft geworden. Es ist auch die Einrichtung des Balkanrieges und der internationalen Situation zu berücksichtigen, sowie der Umstand, daß die ungünstige Lage des Gesamtmarktes eine große Zahl von Industrien in Mitleidenschaft gezogen hat. Auch in der Textilindustrie ist nicht alles so, wie es sein sollte, aber diese weitverzweigte Industrie hat niemals durchwegs den gleichen Stand. Ich fasse also zusammen:

Keine scharfe Krise, kein allgemeiner Notstand,

ohne daß welche Schwierigkeiten in einzelnen Industrien ausgeschlossen werden. Der Schatzsekretär hat leithin gesagt, daß wir vielleicht am Rande eines Tals stehen, aber wie lang, wie weit und wie tief dieses Tal ist, das wissen wir nicht und ich bin auch nicht in der Lage, mit voller Bestimmtheit zu sagen, ob nicht diejenigen recht haben, die mir sagten, es handle sich nicht um eine Krise, sondern nur um ein allmähliches Sinken der Preise. Günstig beeinflusst wurde der Arbeitsmarkt durch die ganz enorme Zunahme unserer Ausfuhr. Wir können uns wohl der Hoffnung hingeben, daß ohne ein unmittelbares Eingreifen des Reiches die zunächst beteiligten Faktoren über die Schwierigkeiten der Situation hinwegkommen werden. Eine Reihe der vom Vorredner genannten Notstandsmassnahmen würden den erwarteten Erfolg nicht erzielen. Das Ziel unserer Wirtschaftspolitik war und bleibt Stärkung des inneren Marktes.

Die Verhältnisse des Marktes liegen bei uns günstiger als in anderen Ländern, nur augenblicklich nicht, weil es sich diesmal um eine internationale Verflechtung des Geldmarktes handelt, die aus besonderen Gründen auf Deutschland vor allem wirkt. Jedenfalls geht daraus hervor, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, unsere bisherige Wirtschaftspolitik beizubehalten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Daß das Problem der Arbeitslosigkeit ein sehr ernstes ist, erkenne ich an. Kein Staatsmann, kein Volkswirt sollte an ihm vorbeigehen, ganz abgesehen von dem Mitleid, das jeder natürlich veranlagte Mensch für alle die empfindet, die der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind. Man hat darauf hingewiesen, daß das Problem uralt ist, daß es schon zu Zeiten des Perikles Arbeitslosigkeit gegeben hat. Man müßte sich daher damit abfinden, und das einzig mögliche sei, günstige Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Man kann aber nicht sagen, daß die Arbeitslosigkeit heute dieselbe wäre wie zu Zeiten des Perikles. So wie sie heute ist, ist sie zweifellos ein Produkt unserer modernen industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Freizügigkeit und die Entwicklung zum Großbetrieb haben die Gefahren der Arbeitslosigkeit gesteigert. Aber inzwischen haben die Organisationen das freie Spiel der Kräfte vom Arbeitsmarkt längst ausgeschaltet. Der Arbeitsmarkt wird jetzt günstig beeinflusst von den Organisationen sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer. In ihrer jetzigen Form ist die Arbeitslosigkeit zum erstenmal in den 70er, 80er Jahren an und herantreten. Die Kommunen standen damals vor einer schwierigen Aufgabe. Neben den theoretischen und akademischen Erörterungen in Vereinen und Parlamenten haben sich auch die unmittelbar Beteiligten, die Kommunen und die Arbeiter, daran gemacht, auf dem Wege der Selbsthilfe Besserung zu schaffen. Die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften ist zweifellos eine anerkanntermaßen wertvolle Leistung, jedenfalls die wirksamste von allen, die bisher in dieser Beziehung getroffen worden sind. Aber von ihr werden die Nichtorganisierten, also der weitaus größte Teil und der wirtschaftlich minder gutgestellte Teil der Arbeiter nicht erfaßt. Das müßte eine staatliche Zwangsversicherung tun. Die Gewerkschaften sind auch bei der Uebersehbarkeit der Verhältnisse ihrer ganzen Organisation nach in der Lage, die nötige Kontrolle anzuführen, und ihre Mittel wirtschaftlich zu verwalten, auch Vorschläge, die einer großen staatlichen Organisation nicht in dem Maße zur Verfügung stehen. Diese Beschränkung der Gewerkschaften hat die Kommunen auf den Plan gerufen, und daraus hat sich das Genter System entwickelt, das sich auch der unorganisierten Arbeiter annimmt, und in etwa 20 Städten Deutschlands eingeführt ist. Dazu kommen noch drei oder vier Städte, die freiwillige Versicherungsgesellschaften haben. Dies Eintreten der Städte hat wohl zu einer Vermehrung der verfügbaren Mittel geführt, ist aber doch vor allem den organisierten Arbeitern zugute gekommen. Es hat auch den grundsätzlichen Mangel, daß dadurch die Fonds der Gewerkschaften freierwerden, die sich selbst als Kampforganisationen bezeichnen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es wird doch derselbe Betrag an Arbeitslosenunterstützung gewährt wie vorher!) Aber es liegt doch klar auf der Hand, daß die Lage der Gewerkschaften, die städtische Zustände bekommen, günstiger ist als vorher. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich halte es für grundsätzlich bedenklich, eine solche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln an Berufsvereine zu geben, und sich selbst als Kampfvereine bezeichnen. Das ist auch das Hauptbedenken, was ich gegen eine Reichsversicherung im Anschluß an die Gewerkschaften habe, vor allem, da eine solche obligatorische Versicherung des Reiches dann direkt als Koalitionszwang wirken wird. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Schrecklich!) Das wäre allerdings nach meinen Begriffen schrecklich, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß das in absolutem Widerspruch mit den Grundsätzen steht, auf denen unsere ganze Staats- und Wirtschaftsordnung aufgebaut ist, wenn man den einzelnen zwingt, um existieren zu können, einer bestimmten Organisation beizutreten. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Zwang zu tun!) Ich bin sehr im Zweifel, ob das eine glückliche Organisation ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun hat man verlangt, das Reich möge wenigstens für die Städte die Grundlage zu einer Zwangsversicherung schaffen. Ich halte auch diese Frage für noch nicht reif. Sie hat das Bedenken, daß wenn man in einzelnen großen Städten die Verhältnisse der Arbeiterschaft durch Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung bessert, ein Zusammenströmen der Arbeiterschaft gerade in diesen Städten erfolgt, d. h. daß man einmal die Landflucht befördert, und andererseits den Arbeitsmarkt in diesen Städten naturgemäß ungünstig beeinflusst.

Unter diesen Umständen ist es durchaus verständlich, wenn man sagt: warum bringt dann das Reich nicht eine allgemeine obligatorische Versicherung aller Arbeiter? (Sehr richtig!) Wir sehen aber eine Reihe Schwierigkeiten entgegen, so die Schwierigkeit, festzustellen, wann der Versicherungsanspruch vorliegt, weil es sich bei der Arbeitslosigkeit um ein Ereignis handelt, das nicht ganz ohne den Willen des betroffenen Versicherungspflichtigen eintreten kann, wenn auch nicht einzutreten braucht. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Krankversicherung!) Das ist etwas ganz anderes. Die Tatsache, daß der Mensch krank wird, kann unbestritten und zweifellos objektiv festgestellt werden. (Ral Ral bei den Sozial-

demokraten.) Die Tatsache aber, ob jemand durch sein Verschulden arbeitslos ist oder nicht, ist überaus schwierig festzustellen. Es müßte festgestellt werden, ob er, wenn er sich darum bemüht hätte, in der Lage gewesen wäre, doch Arbeit zu kriegen, oder es handelt sich darum, ob er eine Arbeit, die man ihm übermitteln hat, nicht übernehmen hat. Besonders das letztere wird eine unüberwindliche Klippe sein, denn von hundert Arbeitern, die man einem Arbeitslosen anbietet, wird er 99 zurückweisen. (Lachen rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten!) Ich finde es auch ganz verständlich, daß ein Innenarbeiter nicht bereit ist, bei 7 Grad Kälte Augenarbeit zu leisten. Eine weitere Schwierigkeit ist, daß das Maß der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Erwerbsgruppen und Landesteilen ganz verschieden ist. Die Landwirtschaft hat immer Arbeitermangel, man kann sie also nicht recht heranziehen, kann sie aber auch nicht ausschließen, wenn man nicht die Landflucht noch mehr vermehren will. Weiter liegt die Gefahr vor, daß ein Unternehmer, der erhebliche Beiträge zu einer solchen Versicherung zu zahlen hat, im Augenblick, wo der Betrieb unrentabel wird, die Wade zumacht und sagt: Nun geht hin und laßt Euch eure Arbeitslosenversicherung ausfallen. Ferner kommt in Betracht, daß ein solches Unternehmen wenigstens zurzeit absolut nicht zu finanzieren ist. Wir sind außerstande, zu übernehmen, zu welchen Konsequenzen eine solche Reichsarbeitslosenversicherung führen würde, wenigstens, solange uns nicht eine bessere Statistik als die jetzige zur Verfügung steht. Es muß erst eine Statistik geschaffen werden, die uns annähernd die Grundlage für die Beurteilung der Konsequenzen gibt. Dann ist es auch ausgeschlossen, daß wir an eine solche neue Frage herantreten, bevor Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Industrie nicht die Lasten der noch gar nicht in Kraft getretenen Reichsversicherungsordnung bezahlt haben. (Sehr richtig! rechts.) Dann noch eins. Eine Arbeitslosenversicherung ist solange ausgeschlossen, als wir nicht ein organisch verbundenes Netz von Arbeitsnachweisen haben, so daß wir uns vollständig über Angebot und Nachfrage orientieren können. Wir haben sehr gut eingerichtete Arbeitsnachweise, die man nicht gerümpeln soll zugunsten einer neuen bürokratischen Einrichtung; die Anfänge und der gute Wille zur Schaffung einer Zentrale sind bei unseren privaten Arbeitsnachweisen überall vorhanden.

Der Vorredner stellte es so dar, als ob uns das Ausland voran sei. Aber auch im Ausland ist man aus dem Stadium der Versuchung noch nicht herausgekommen. (Zuruf: Deutschland in der Welt voran!) In der Sozialpolitik sind wir vorangegangen, und wenn England uns in der neuesten Zeit etwas vorangekommen ist, so können wir uns immerhin sehen lassen. Uebrigens hat England von 14 Millionen Arbeitern nur 2,5 Millionen der Zwangsversicherung unterworfen und auch davon sind nur 63 Proz. gelehrte Arbeiter. Aus dem englischen Versuch läßt sich noch lange nicht ableiten, wie die Verhältnisse in einer Arktis sich gestalten werden. In Norwegen ist keine Zwangsversicherung, da ist die Sache auf die Berufsvereine aufgedacht, und von 400 000 Lohnarbeitern sind ganze 27 000 Mann betroffen. (Hört! hört! rechts.) Ganz ähnlich liegt es in Dänemark. Also auch im Ausland ist man aus dem Stadium der Versuchung noch nicht heraus, auch da sind bisher nur schärfste Versuche gemacht, die auch nicht annähernd den Anforderungen entsprechen, die man an uns stellt. Die Verhältnisse in Deutschland sind jedenfalls für eine allgemeine Arbeitslosenversicherung zurzeit noch nicht reif. Ich fasse meine Ausführungen also dahin zusammen: erstens, eine alle Angestellten und Arbeiter umfassende gesetzliche Arbeitslosenversicherung ist zurzeit noch nicht reif. Zweitens: selbst wenn sich die Schwierigkeiten gegen die Durchführbarkeit einer solchen Versicherung überwinden ließen, so ist nicht daran zu denken, solange nicht Handel, Industrie und Landwirtschaft die neuen Belastungen durch die Reichsversicherungsordnung bearbeitet haben. Zunächst muß die Arbeitslosenstatistik ausgebaut werden, und ebenso muß ein sachgemäßer Ausbau der Arbeitsnachweise geschehen, und in dieser Beziehung werden wir dafür sorgen, daß das geschieht, was notwendig und sachgemäß ist. (Zustimmung rechts.)

Auf Antrag des Abg. Rollenbuhr (Soz.) wird in die

Besprechung der Interpellation

Abg. Giesberts (B.):

Das Problem der Fürsorge für die Arbeitslosen muß ebenso sicher gelöst werden wie bei der Kranken- und Invalidenfürsorge. Gewiß sind die Schwierigkeiten größer, aber man darf sie nicht hemmen, um sich dahinter zu verschließen, um nichts zu tun. Die Frage unter dem Gesichtspunkte der Fürsorge für Tagelöhner und Joulenger zu betrachten, wäre ganz unangebracht und ist in diesem Hause Gott sei Dank unmöglich geworden. — Wichtigstellen muß ich gegenüber den Ausführungen Silberchmidts, daß Herr Groeber sich für die freie Arbeitslosigkeit lediglich bei den Wanderarbeitern ausgesprochen hat. Die Arbeitslosenversicherung derjenigen, die nur ein paar Wochen arbeitslos sind, könnte von den Gewerkschaften selbst gelöst werden; schlimmer ist es schon mit den Saisonarbeitern und natürlich mit der Konjunktur-Arbeitslosigkeit. Die Wirkungen des Krieges haben sich in Amerika, Oesterreich usw. viel eher gezeigt wie bei uns. Einen starken Tiefstand der Konjunktur haben wir nicht und bei dem Mangel an Wohnungen, z. B. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, muß bald eine intensive Bautätigkeit einleiten und damit dürfte sich unsere gesamte Wirtschaft bald erholen. Das Herr Silberchmidt über die verheerenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit gesagt hat, unterstreiche ich noch. Die Erhaltung der vollen Arbeitskraft ist das Wichtigste für unsere Industrie. Die Behauptung von der Rentenjägerei ist eine große Verleumdung der Arbeiter. Es ist z. B. in Köln festgestellt, daß die Arbeitslosen alles tun, um Arbeit zu finden, sie verzichten da sogar auf den Unterhaltungsbedarf! Als vorbeugende Tätigkeit ist eine Regelung der Produktion unerlässlich, sie darf sich nicht anarchisch entwickeln; das sehen ja die Kartelle usw. auch ein, und ihrer Mitwirkung werden wir hier nicht entraten können, z. B. bei der Gestaltung des Arbeitsnachweises. Die öffentlichen Arbeiten müssen auf die veramtlichen Krisenzeiten verlegt werden. Wenn man Arbeitslosen die öffentliche Armenunterstützung bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit gibt, dann soll sie keine Einwirkung auf politische Rechte haben dürfen. Würden die Gewerkschaften die Reichsarbeitslosenversicherung und ihre Arbeit zu verwalten haben, so würde man dafür zweifellos die Selbstständigkeit der Gewerkschaften anerkennen. Dagegen ist das bayrische und württembergische Beispiel sehr nachahmenswert. Aber es tut niemand etwas im Lande, man macht nur Schwierigkeiten und Einwände! Die Kölner Arbeitslosenversicherung, die jedem die Möglichkeit gibt, sich zu versichern und eine Prämie gibt, ist ein guter Anfang. Gegen städtische Arbeitslosenversicherung hat sich einmal auch unser freimütiger Kollege Rischel ausgesprochen. — Es wäre Zeit, daß zunächst einmal das große stolze Versehen mit seinen reichen Mitteln ein Beispiel gäbe! Wir werden das an der geeigneten Stelle verlangen. — Eine besondere Kommission für diese Frage wäre nützlich, sie würde u. a. auch übertriebene Anforderungen auf das Praktische reduzieren. (Bravo im Zentrum.)

Abg. Dr. Quast-Koburg (natl.):

Gewiß handelt es sich um eine brennende Frage. Die einen verlangen die Versicherung als Schlüsselstein der Sozialversicherung, von deren Uferlosigkeit allerdings andere sprechen. Es ist aber keine Ueberspannung der Sozialpolitik, unverschuldet Arbeitslosigkeit zu lindern; das ist auch keine Wohlthätigkeit, denn die Volkswirtschaft braucht gesunde Arbeiter. — Vor allem wäre eine individualisierende Statistik nötig. Bedauerlich ist sowohl der Zugang ausländischer Arbeiter auch in der Zeit der Stagnation, als auch das Zusammenströmen der Arbeitermassen in den Städten, während das Land Leutenot hat. Das liegt an der Unvollkommenheit der Arbeitsnachweise, wie an der Differenzierung der Arbeit. Wenn die Unternehmer Beiträge zahlen sollen, werden sie sich nicht mehr bemühen, die Arbeiter in Krisenzeiten weiter zu beschäftigen. Und wie soll das Land Beiträge zahlen, da doch die Arbeiter in die Städte ziehen? (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die

Arbeitslosenhilfe ist doch eigentlich Sache der Städte; sie müßte doch die Freude der Organisationen sein, denen wir gern die Rechtsfähigkeit zuerkennen würden. Vielleicht gibt man den Städten einen Spar-, Rücklage- oder Versicherungszwang! Die Arbeitsnachweise dürfen nicht mechanisch-bureaucratisch, sondern müssen organisatorisch und psychologisch arbeiten im Zusammenfluß und unter Aufsicht des Reiches. Eine bessere Fürsorge für die Wanderarmen ist auch nötig. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Weinhausen (Sp.):

Wir halten es für eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, der Arbeitslosigkeit energisch entgegenzutreten, denn die Arbeitslosigkeit schwächt den Massenkonsum und damit den inneren Markt. Auch kulturell ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit geboten, denn die Waise der Arbeitslosen drückt auf das Lohnniveau der Arbeiter. Daher begrüßen wir alle Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auch die Selbsthilfe der Gewerkschaften. Was allem wünschenswert ist, auch eine energische Inangriffnahme von Notstandsarbeiten. Wir sind auch nicht grundsätzliche Gegner einer Reichsarbeitslosenversicherung. Ist es doch einer der Älteren, Leopold Sonnemann, gewesen, der diese Frage zuerst angeregt hat. Der Einwand, daß eine solche Versicherung nur eine Prämie auf Faulheit sei, ist wirklich nicht ernst zu nehmen. Im Gegenteil ist die Sicherheit der Existenz ein viel größerer Anreiz zur Tüchtigkeit und Sparsamkeit. (Sehr richtig! links.) Natürlich können wir uns auch den Schwierigkeiten der Durchführung einer Reichsarbeitslosenversicherung nicht verschließen. Schon die Fälligkeit der Arbeitslosen ist schwierig. Wir unterstützen aber gern die Bestrebungen auf Schaffung einer regelmäßigen Reichs-Arbeitslosenstatistik. Und dann: wo sollen die Mittel herkommen? Augenblicklich hat sie das Reich gar nicht zur Verfügung, es bliebe nur das System der Zuschüsse an die Gewerkschaften übrig. Aber wo bliebe dann die Mitwirkung und Mitverantwortung des Reiches, das die Zuschüsse gibt, zumal die Gewerkschaften die selbständige Verwaltung ihrer Kassen sich nicht einschränken lassen wollen. Große Vorzüge hat das Genter System. Daß die Organisationen der Arbeiter davon Vorteil haben, schadet meiner Auffassung noch gar nicht, im Gegenteil ist die Entwicklung der Gewerkschaften sehr wünschenswert. Ein Mangel des Systems ist aber, daß die Nichtorganisierten, die bedürftigsten Arbeiter, dabei am schlechtesten wegkommen. Die Bestrebungen des Vereins für innere Kolonisation sind durchaus zu begrüßen, aber sie bleiben ein kleines Tröpflein auf einem sehr heißen Stein. Sie beweisen jedenfalls den großen Wert der inneren Kolonisation für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. (Sehr richtig! links.) Die Voraussetzung einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist jedenfalls der Ausbau der Arbeitsnachweise. Hier wäre ein Zwangsbeschäftigungsgesetz zur rechtsgeltlichen Regelung am Platze. Vielleicht könnte man nach dem Muster Englands einen Beruf, etwa das Baugewerbe, zunächst herausgreifen und mit ihm einen Teilversuch machen. Auch mit der Einführung einer Kommission wären wir einverstanden. Wie wünschenswert gefährlichen Experimente sind aber sonst zu jeder Mitarbeit bereit. Im Interesse des deutschen Ansehens sollten wir versuchen, die Führung auf dem Gebiete der Sozialpolitik wiederzugewinnen. (Bravo! links.)

Abg. Graf Carmer-Bieserwitz (L.):

Mit der Interpellation können wir uns im großen und ganzen einverstanden erklären, halten aber den Weg der

Reichsarbeitslosenversicherung nicht für gangbar.

Wir halten die große Arbeitslosigkeit für sehr bedauerlich und sind gern bereit, ihren wirtschaftlichen und vor allem moralischen Schäden entgegenzutreten. Ausschneiden für uns natürlich die Arbeitslosen infolge von Streiks und Ausfahrungen und die Arbeitslosen. Diese sind lange nicht so zahlreich, als man denkt, und gehören auf jeden Fall in ein Arbeitshaus. Der Grund der Arbeitslosigkeit liegt auf keinem Fall im Mangel an Arbeitsgelegenheit. 1895 waren im Sommer 1,8, im Winter 3,4 Proz. aller Arbeiter beschäftigungslos. Jetzt werden es vielleicht circa 600 000 sein. Demgegenüber stehen die circa 700 000 ausländischen Arbeiter in Deutschland. Der Fehler liegt eben an dem Zug in die Großstadt, der das Land entvölkert. Jeder fünfte Einwohner wohnt heute in der Großstadt. Die Gründe sind ja ziemlich klar (Abg. Schmidt (Soz.): Ja wohl!). Die jungen Leute wollen sich in der Stadt freimachen von der Autorität der Eltern und Vormünder. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Zu denken gibt auch, daß man sagt, wir sind nicht mehr an der Spitze der Sozialpolitik. Nach der neuen Versicherungsordnung sind wir ganz sicher an der Spitze in bezug auf Sozialpolitik und

darfen die Unternehmer nicht weiter belasten.

Auch darf man nicht übersehen, daß eine alle Angestellten und Arbeiter umfassende Versicherung eine große Ungerechtigkeit wäre gegen die zahlreichen keineswegs besser stehenden kleinen selbständigen Gewerbetreibenden. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit bin ich gern bereit beizutragen. (Bravo! rechts.)

Abg. Warmuth (Sp.):

Einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit stehen so viel Schwierigkeiten entgegen, daß der ganze Weg als abwegig erscheint. Die Grenze zwischen verschuldeten und unverschuldeten Arbeitslosigkeit läßt sich gar nicht ziehen. Wer seine sichere Arbeitsstelle auf dem Lande verläßt und in der Stadt keine Arbeit findet, soll der etwa unterstützt werden? Wie sieht es ferner mit den Streikenden und mit den Ausgesperrten? Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die sich jetzt so sehr für die Arbeitslosenunterstützung einsetzen, verwenden noch nicht den zehnten Teil ihrer Einnahmen für diesen Zweck, alles übrige für Kampfzwecke. Da kann doch keine Rede davon sein, die Gewerkschaften durch Einführung des Genter Systems zu unterstützen. Auch bei dem gemeinsamen System, wie es in Schöneberg eingeführt ist, schäpfen das Geld die Gewerkschaften ab. All die Wege, die wir zum Schutz der Arbeiter eingeschlagen haben, sind noch nicht verbannt; da können wir doch nicht daran denken, der Industrie neue große Lasten aufzuerlegen. Gerade die Kleinen würden am meisten Schaden davon haben. Was geschehen kann, liegt lediglich auf dem Gebiet der Arbeitsnachweise; diese müßten zu einem Zentralarbeitsnachweis ausgebaut werden, der aber auch einen gewissen

Arbeitszwang

mühte ausüben können. Den Sozialdemokraten kann dieser Gedanke doch nicht abstoßend sein; denn in ihrem Zukunftsstaat verlangen sie ja auch den Arbeitszwang. Durch eine Arbeitslosenversicherung würde die Landflucht noch wachsen. Sie würde einen wichtigen Kulturfaktor vernichten, denn „des Menschen Lust kann allzu leicht erschaffen“, der Staat darf nicht die allgemeine Vorsehung sein und eine Schläffigkeit großziehen durch eine Arbeitslosenversicherung, die dem Volksharakter und der Volksgesundheit nicht von Nutzen sein könnte. (Beifall rechts.)

Darauf verlegt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr.

Der Präsident schlägt vor, morgen zunächst die Debatte fortzusetzen und dann die Interpellation Arnheim (L.) über das Hin- und Herwanken des Inkrafttretens der Dienstbotenversicherung zu behandeln.

Abg. Graf Westarp (L.) tritt, diesen Punkt zuerst zu behandeln.

Abg. Rollenbuhr (Soz.) widerspricht; ein Beschluß könnte doch nicht gefaßt werden, wofür nicht etwa die Konservativen bedürftigen, eventuell ein Nichttrauensvotum für den Reichsanwalt zu beantragen. (Zitterkeit.)

Abg. Graf Westarp (L.): Diese Absicht besteht nicht, aber wir wünschen eine Klärung der Angelegenheit.

Das Resultat der Abstimmung ist zunächst zweifelhaft. Beim Sammelspreng wird der Antrag Westarp mit 109 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Der Vorschlag des Präsidenten ist also angenommen.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Teilzahlung

Wochenrate von 1 M. an

Vornehme

**Herrn-Ulster
Paletots, Anzüge**
fertig und nach Mass

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Str. 36
Frankfurter Allee 104
Reinickendorfer Str. 4



Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 16/26

Abteilung Lichtenberg.

Sonntag, den 7. Dezember 1913, nachmittags 3 Uhr, im Café „Bellevue“, Hauptstraße 2:

Waren-Ausstellung.

Abends 7 Uhr: Vortrag des Genossen Mirus über: „Die Studienreise deutscher Genossenschaftler durch England“.

Nach dem Vortrage: **Gemütliches Beisammensein und Tanz.**

Eintritt frei.

Es ladet freundlichst ein

Die Abteilungsleitung.

Für

Britz

findet am gleichen Tage, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von Raddatz, Chausseestraße, eine

Waren-Ausstellung

statt.

Abends: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.**

Eintritt frei.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Agitationskommission.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
höfere eleganter

Herren- Moden

fertig und nach Maß!

Julius Fabian

Schneidermeister

Gr. Frankfurter Str. 37, II
Turmstr. 18, I, kein Laden
Kottbuser Strasse 14, nur
2. Etage.

Vorzeiger dieser Annoncen
erhält 5 Prozent
Rabatt!

Lysoform

Das
beliebteste
Desinfektionsmittel sollte
auf dem Toiletentisch keiner
Dame fehlen. Waschwasser
mit einem geringen Zusatz von
Lysoform ist weich wie Regen-
wasser und beseitigt über-
raschend schnell alle
Unreinigkeiten der
Haut.



Grüne
Flasche
Weisse
Hülle.



Centralhaus mod. Herrenbekleidung

I.: Neue Friedrichstr. 35
an der Central-Barricade

II.: Turmstr. 67, I. Etage,
liefern an jedermann elegante

Herren - Garderobe

nach Maß
unter Garantie für tadellosen Sitz
gegen wöchentliche Teilzahlung

von **1 Mark** an.

Geschneiderei, Werkstatt im Hause.

Bei Wunsch Besuch des Reisenden
mit neuesten Stoffmaterialien.

Sonntags 12-2 geöffnet.



Von höchster Heizkraft!
Keine trockene Luft!

UNSERE MARINE

23

Cigarette



KROPPWIS

Garderobe

auf Teilzahlung

Anzüge

1 Anzug 18 Mark, Anzahlung 3 Mark
1 Anzug 25 Mark, Anzahlung 4 Mark
1 Anzug 30 Mark, Anzahlung 5 Mark
1 Anzug 40 Mark, Anzahlung 8 Mark
1 Anzug 45 Mark, Anzahlung 9 Mark

in kolossaler Auswahl. Wochenrate nur 1 Mark.

Paletots, Ulster

1 Paletot 30 Mark, Anzahlung 4 Mark
1 Ulster 28 Mark, Anzahlung 4 Mark
1 Ulster 35 Mark, Anzahlung 5 Mark
1 Ulster 45 Mark, Anzahlung 8 Mark
1 Ulster 52 Mark, Anzahlung 12 Mark

Damen-Garderobe

1 Ulster 15 Mark, Anzahlung 2 Mark
1 Ulster 25 Mark, Anzahlung 4 Mark
1 Ulster 35 Mark, Anzahlung 8 Mark
1 Ulster 40 Mark, Anzahlung 10 Mark

Wochenrate nur 1 Mark.

Stolas in allen modernen Pelzarten

Anzahlung von 3 Mark an, Wochenrate 1 Mark.

Kinder-Garderobe für Knaben und Mädchen

in getrennten Räumen:

Teppiche, Gardinen, Portieren, Steppdecken, Bett- u. Leibwäsche, Kleiderstoffe etc. in großer Auswahl.

Wochenrate nur 1 Mark.

Ausbezahlte Kunden und Beamte ohne jede Anzahlung.
Beginn der Ratenzahlungen nach den Feiertagen.

M. Beiser, Lothringer Straße 67
am Untergrund-Bahnhof Schönhauser Tor.

Sonntag von 12-2 Uhr geöffnet

Eile zu Weile

Spezialhaus für Pelzwaren
Berlin S., 119 Dresdener Str. 119
am Oranienplatz.

1000 Pelzstolas

Schals, Colliers, Muffen nur prima
— Felle —
offeriere ich infolge günstiger
Abschlüsse

zu hervorragend billigen Preisen.

Echt Skunks-Stola . . . von 35 M. an

Herzmurmel-Stola von 18.50 M. an

mit Köpfen und Schweifen.

Alaska-Fuchs-Imitation . . . 7.50 M.

Marder, Nerz, Persianer,

Opussum, Biber, Iltis etc.

in allen modernen Formen stets
am Lager.

genau auf die Firma

Bitte Eile zu Weile

Dresdener Str. 119 zu sehen.

Jedermann erhält die im Fenster
ausgestellten Gegenstände sofort
für den bezeichneten Preis.

Sonntags 12-2 geöffnet.



Eigene Kürschnerei.

Reparaturen
gut, schnell, billigst.

Central-Haus Jägerstr. 13 I.

Conc. Lelhaus

Von Kavaliern wenig getragen sowie in Versatz gewesen
Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15,
18, 20, 25 bis 30 M., Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in
neuer Maßgarderobe enorm billig. Rosenposten Kostüme, Ulster u.
Püschmäntel, auf Seide, enorm billig. Große Posten Pelzstolas
in Skunks, Marder, Nerz usw., außerordentlich billig. Große Auswahl in
Horren-Gehpolzen, Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extragebot in
Lombard gewesener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu
enorm billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.

Arbeitersekretär gesucht!

Für das Arbeitersekretariat Bremen wird ein Arbeitersekretär gesucht. Reflektiert wird nur auf tüchtige Kraft. Bewerber, die auf eine mehrjährige Tätigkeit in gleichem Amte zurückblicken, erhalten den Vorzug. Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse, Dienstjahre werden angerechnet.

Bewerbungen sind unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 12. Dezember zu richten an H. Rhein, Bremen, Faulenstr. 58/60.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sonntag, den 7. Dezember, vorm. 10 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Berichterstattung vom außerordentlichen Verbandstage.
Die Erwerbslosenunterstützung im Bauarbeiter-Verband.

NB. Da in demselben Saale mittags 12 Uhr auch eine Protestversammlung stattfindet, wird obige Versammlung pünktlich eröffnet und ersuchen wir die Kollegen darum, sich schon um 9^{1/2} Uhr einzufinden zu wollen.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes,
Zweigverein Berlin.

Zentralverband der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen. Deutschlands.

Bureau: Engelauer 14/15. Geschäftsstelle Groß-Berlin. Tel.: Amt Vorzöpl. 13261

Einladung

zu der am 7. Dezember, vormittags 9 Uhr, in den Andreasfälen, Andreasstraße 21, stattfindenden außerordentlichen

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu außerordentlichen Maßnahmen der vorhandenen Arbeitslosigkeit. Antrag der Verwaltung. 2. Neuwahl der Verwaltung und der Kommissionsmitglieder.
Werte Kollegen! Wegen der um 12 Uhr stattfindenden Protestversammlungen bitten wir dringend, rechtzeitig in der Versammlung zu erscheinen, damit jedem Kollegen die Gelegenheit geboten ist, an den Protestversammlungen teilzunehmen. Erscheint deshalb pünktlich.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

153/9

Sozialisten! Achtung! Anarchisten!

Sonntag, den 7. Dezember 1913, vormittags 11^{1/2} Uhr, im Lokal des Herrn H. Becker, Weberstraße 17:

Gr. öffentl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Willkürakt in Zabern und die Anarchisten! 2. Diskussion.

Referenten: Berthold Cahn und Eugen Pontow.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Anarchistische Vereinigung Berlin.
S. A.: Fr. Aniebst, Bürlinwalder Str. 3.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Schirmmader und Schirmnäherinnen.

Montag, den 8. Dezember, abends 6^{1/2} Uhr:
Mitglieder-Versammlung bei Knörig, Straßauer Brücke 3.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Wislitzki über: Die Volkspflege und die Schäden der Privatversicherungen.
2. Verbands- und Branchenanliegenheiten.

Montag, den 8. Dezember 1913, abends 6 Uhr:

Versammlung

der Baden- und Kontormöbel-Branche im Luisenstädtischen Kasino, Dranienstr. 180.

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten.

Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 4 Uhr, bei Obiglo (früher Keller), Koppenstr. 29:

Märchenvortrag mit Lichtbildern für Kinder.

Einladung 3^{1/2} Uhr. Anfang 4 Uhr.
Einladungskarte 10 Pf. für Kinder und deren Begleiter sind auf allen Poststellen, beim Gastwirt Kollegen Geise, Rungelstr. 20, und im Bureau zu haben.
Die arbeitslosen Kollegen können Einladungskarten für ihre Kinder im Bureau gratis erhalten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1967, 9714.

Montag, den 8. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr:
Versammlung der Maschinenformer in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7.

Tagesordnung:

1. Neuwahl der Branchenkommision. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.

Montag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung

der in den Schwarzblech-, Eisenmöbel-, Möbelschloß- und in den Betrieben f. gelochte Bleche beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Schütte. 2. Jahresbericht der Branchenkommision. 3. Neuwahl der Kommision. 4. Verschiedenes.

Dienstag, den 9. Dezember, abends 6 Uhr:
Branchen-Versammlung der Metalldrucker Berlins u. Umgegend im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 4).

Tagesordnung:

1. Lichtbilder- und Experimentvortrag des Herrn Direktor Morgentern: „Der Mensch im Kampf mit giftigen Gasen“. 2. Branchenanliegenheiten. 3. Verschiedenes.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen der Kollegen dringend notwendig. Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung ihre Frauen mitzubringen.

Die Ortsverwaltung.

In der Nr. 317 des „Vorwärts“ erfolgte

Bekanntmachung vom 1. Dezember 1913

ist folgendes zu berichten. Es soll heißen:

„Der Wahlvorschlag der wahlberechtigten Versicherten-Vertreter, eingereicht durch Herrn Gustav Wittig, Reutkölln, enthält 6 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmänner derselben beginnend mit Ludwig Geschwindner (nicht Geschwinder), Reutkölln, Boddinstr. 21 (nicht 26).“

Allgemeine Ortskrankenkasse für Reutkölln.
Der Kassenvorstand: Fiedler, Vorsitzender. Zaleski, Schriftführer.

Berühmt

Können Sie werden wenn Sie Ihre Stirne mit Wyberf-Tabletten pflegen. Vorrätig in allen Apotheken und Drogerien Preis der Originalschachtel M.1

Möbel-Lechner

I. Ge-schäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz. II. Ge-schäft: Mollerstraße 174 Ecke Fennstraße

Wohnungs-Einrichtungen auf Kredit

Stube und Küche:	Ferner:
1 Schrank	Wohnzimmer
2 Bettstellen	Schlafzimmer
1 Tisch	Speisezimmer
2 Stühle	Herrenzimmer
1 Spiegel	Küchen in allen
1 Küche	Farb. u. Mustn.

Einzelne Möbel von 5 M. Anzahlung an

Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr

Reisemuster

Ulster :: Paletots
Anzüge :: Hosen

gebe an Private zu Fabrikpreisen ab

Herrenkleiderfabrik J. Coper
Alexanderstr. 55, III (neb. d. Alexander-Kaserne)
Geöffnet b. 7 Uhr abends. v. Sonntags v. 12-2 Uhr.

Pelzwaren-Fabrik, Alexanderstraße 34

gegenüber Polizeipräsidium u. Untergrundbahnhof Alexanderpl.

Einzel-Verkauf von

Schals, Stolas, Muffen zu niedrigsten Preisen!
Reparaturen! Umänderungen!

Auf Hausnummer achten!
Früher 35 Jahre Neue Königstraße.
Sonntags geöffnet!

Orts-Krankenkasse

Mechaniker, Optiker und verw. Gewerbe zu Berlin.

Montag, den 15. Dezbr. 1913, abends 8 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung sämtlicher Vertreter

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung:

1. Wahl der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung von 1913.
2. Bericht des Vorstandes über die am 1. Januar 1914 in Geltung tretende Kassensatzung.
3. Antrag auf Bewilligung einer Teuerungszulage an die Kassensatzung.
4. Beschließung über eine Krankensatzung.

Der Vorstand.
S. A.: Max Gutsche, Vorsitzender.

Beschwerden und Anfragen, zu deren Beantwortung die Einsicht der Kassensatzung erforderlich ist, können nur erledigt werden, wenn sie bis zum 10. Dezember eingereicht werden. Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Berlin-Brig.

Bekanntmachung.

Gemäß der §§ 9 und 19 der Wahlordnung für die Ausschüsse geben wir den wahlberechtigten Arbeitgebern und Versicherten bekannt, daß nur zwei Wahlvorschläge eingereicht und als gültig anerkannt worden sind.

Die angeführte Wahl für den 14. Dezember 1913 ist hiermit aufgehoben.

Der Wahlvorschlag der Arbeitgeber, eingereicht durch Herrn A. Loewenthal, enthält 20 Vertreter und 40 Ersatzmänner, beginnend mit dem Namen Karl Jekkenberg. Der Wahlvorschlag der Arbeitnehmer, eingereicht durch Herrn Hugo Boehme, enthält 40 Vertreter und 80 Ersatzmänner, beginnend mit dem Namen Albert Lehmann.

Einige Änderungen sind innerhalb zwei Wochen vom Tage dieser Bekanntmachung ab gerundet, bei dem Kassenvorstand oder dem Versicherungsausschuss anzubringen.

Berlin-Brig, den 5. Dezember 1913,
Der Vorstand.
W. Deuthmann, S. Loewenthal, Vorsitzender. Schriftführer.

Allgemeine Ortskrankenkasse zu Berlin.

Am Sonntag, den 14. Dezember 1913, vormittags 9^{1/2} Uhr, findet im Berliner Stadthaus, Chmstr. 2, die

Ordentliche General-Versammlung

statt, zu der die für 1912/13 gewählten Vertreter hiermit ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
 2. Die Auseinandersetzung zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin, der Ortskrankenkasse für den Gemeindefriedhof der Kaufleute uhm. und der Ortskrankenkasse der Bureauangestellten gemäß § 288 III der R.-G.-D.
 3. Definitive Genehmigung von Verträgen mit Ärzten und Apothekern.
 4. Antrag des Vorstandes auf Regelung der Dienstverhältnisse zweier Abteilungsleiter.
 5. Antrag des Vorstandes auf Bewilligung einer Teuerungszulage für die Angestellten der Kasse.
 6. Bericht über die Ausgestaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
 7. Vortrag des Herrn Dr. Holz über „Die neuen Aufgaben der Krankenkassen“.
- Berlin, den 6. Dezember 1913.
Der Vorstand.
W. Viehl, Vorsitzender.

Reisemuster

Ulster, Paletots, Anzüge

verkaufte einzeln spottbillig, um zu räumen:

Herrenkleider-Fabrik
Hackescher Markt 2/3, III.
(Fahrstuhl.)

Wochentag 8-7, Sonntag 12-2.

Der Weihnachtshaum-Engrosmarkt

vom Verein „Tanne“
findet in diesem Jahre nicht in der Luisenstraße statt, sondern in der Sellen- und Mollerstraße.

Monatsgarderobenhaus

Türkischer, Prinzenstr. 79 am Moritzplatz
Bedeutend vergrößert! Im neuerbauten Laden!
Von Kavaliere getragene Ulster, Jackett, Rock, Frack, Smoking-Anzüge, teils auf Seide gearbeitet, sowie großes Lager in neuer eleganter Herren-Garderobe.

Keine Pillaten.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
Liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass!
Garantie für tadellosen Sitz.

Jonas Kurzberg
Oranienstr. 160¹
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.

Diese genau auf Strasser u. Hausnummer zu achten.

Spezialarzt

für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung, schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufs-störung. Mäßige Preise.

Dr. med. Weckenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
Sprechst. v. 8-8, Sonntags 8-10.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- u. Rock-anzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M. größtenteils auf Seide, Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarde anorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, Plüschmäntel, auf Seide, früher 150, jetzt 20-35 M. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Harde, Nerz, Füchsen, früher bis 200, jetzt 20-75 M. Große Auswahl in Herren-Gehelpen, Gelegenheitskäufe in Damen-, Reise- und Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewessener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen — Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

Aufruf!

Arbeiter und Versicherte, schützt eure Krankenkassen!

Der Leipziger Ärzteverband hat den seit Jahren angebrohten Generalstreik über die Krankenkassen verhängt. Auf seine Anordnung weigern sich die Ärzte, über den 1. Januar nächsten Jahres hinaus neue Verträge mit den Krankenkassen zu schließen; es wird daher, soweit nicht Verträge schon bestehen, ein vertragsloser Zustand bei den Kassen eintreten. Damit müssen die Kassen von der Verpflichtung befreit werden, den Kranken Versicherten die Hilfe von Ärzten zur Verfügung zu stellen. Die Kassen werden dafür eine harte Leistung geben und es den Versicherten überlassen müssen, selbst für geeignete Behandlung zu sorgen. Die Ärzte sollen die Kranken Versicherten nur gegen Vorausbezahlung des Honorars oder gegen Leistung eines größeren Vorkaufschusses behandeln. Dadurch könnten die Krankenkassen in die schwierigste Lage gebracht werden, wenn die Versicherten nicht die zur Abwehr dieses Schluges erforderlichen, noch bekannt zu gebenden Maßnahmen der Krankenkassen unbedingt befolgen.

Seit Jahren sind die Ärzte vom Leipziger Ärzteverband aufgefordert worden. Die Ärzte sind deshalb gegen die Krankenkassenvereinbarung vorgegangen und nehmen mehr und mehr gegen jede Versicherung für den Krankheitsfall eine feindselige Haltung ein. Die ärztliche Behandlung der kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Landwirte sowie der unteren Beamten, die wirtschaftlich dem Arbeiter nahesteht, für Rechnung freiwilliger Krankenkassen wird grundsätzlich abgelehnt. Bei der gesetzlichen Krankenversicherung erschweren und verhindern die Ärzte die Einführung der Familienbehandlung, der wichtigsten Mehrleistung des Gesetzes. Den Beitrittsberechtigten, den sogenannten kleinen Selbständigen, soll ärztliche Hilfe nur als Privatpatienten gewährt und damit die Versicherung vereitelt werden. Die Ärzte sind der Ansicht, daß sich jeder gegen Feuer, Hagel, Wassergefahr wie überhaupt gegen alle Unglücksfälle des Lebens versichern möge, nur nicht auf ärztliche Hilfe.

Das Gesetz gibt den Ärzten das unbeschränkte Monopol für die ärztliche Behandlung bei den Krankenkassen, verpflichtet diese aber in keiner Weise und hält sie nicht einmal hierzu an. Dieser für die Kassen unhaltbare Zustand gibt den Ärzten das völlige Übergewicht über die Kassen und wird von ihnen zum Schaden der Kassen gründlich ausgenutzt. Die Ärzte wollen für die Kassen nur tätig sein, wenn es ihnen paßt, und nur zu den von ihnen einseitig aufgestellten Bedingungen. Sie verlangen, daß grundsätzlich jeder Arzt, der es wünscht, zur Kassenpraxis zugelassen werden muß. Alle Verträge sollen zu dem gleichen Zeitpunkt ablaufen. Die Honorare sollen nach der Höhe des Arbeitsaufwandes der Versicherten abgestuft werden. Die Ärzteorganisationen wollen für die ärztliche Versorgung der Versicherten, durch die 5 v. H. der Ausgaben der Kassen hervorgerufen werden, allein entscheidend sein, während nach dem Gesetz für die Kassenausgaben wie für die gesamte Kassengebarung der Kassenvorstand verantwortlich ist. Die Ärzte und ihre Organisationen lehnen eine Nachprüfung der durch sie bestimmten Ausgaben durch die Kassenorgane ab und wollen darüber allein befinden. Bei freier Arztwahl ist den Versicherten keineswegs der „Arzt des Vertrauens“ gewährleistet. Viele Ärzte denken gar nicht daran, Kassenpraxis zu treiben. Die Versicherten sollen nach den Forderungen der Ärzteorganisation angezogen werden, den nächstwohnenden Arzt in Anspruch zu nehmen. In großen und mittleren Städten ist kein Arzt verpflichtet, die Hausbehandlung eines Versicherten zu übernehmen, der über zwei Kilometer entfernt wohnt, wenn mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. Tut der Arzt dies doch, so soll der Versicherte die erheblichen Mehrkosten tragen. Bei unterschiedlicher Bezahlung der ärztlichen Behandlung der Versicherten würde, abgesehen von den großen praktischen Schwierigkeiten, sofort der Vorwurf erhoben werden, daß die Versicherten für die mehr bezahlte, besser behandelte werden. Es würde dadurch ein Keil in die auf dem Grundsatz der Solidarität aufgebauete Krankenversicherung getrieben werden.

Um die Loyalität zu gewinnen, wird die Behauptung aufgestellt, daß 5 v. H. der Bevölkerung ärztliche Behandlung durch die Krankenkassen erhielt. Dies ist eine ungeheuerliche Übertreibung. Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung wird etwa 20 Millionen Personen umfassen. Rechnet man 10 Millionen hinzu, die vielleicht unter die Familienbehandlung

fallen, so bleiben 35 Millionen Personen, d. h. mehr als 50 v. H. der freien Praxis der Ärzte vorbehalten und gerade alle bemittelten und wohlhabenden Volksschichten.

Die Krankenkassen sind bereit, angemessene Honorare zu zahlen und die Ärzte frei und unabhängig zu stellen, auch eine in jeder Beziehung ausreichende Zahl von Ärzten zuzulassen. Wo Kassen und Ärzte einig sind, möge auch die freie Arztwahl eingeführt werden.

Die Krankenkassen befinden sich in dem bevorstehenden Kampfe lediglich in der Abwehr. Sie haben ihr Möglichstes getan, um die seit Jahren bestehende große Spannung zu beenden. Die Kassenvertreter sind in ihren Zugeständnissen viel weiter gegangen, als nach dem Gesetz von ihnen beansprucht werden kann. Die mit Selbstverwaltung ausgestatteten Kassen lehnen es aber ab, sich alles aufzwingen zu lassen, was die Ärzte in ihren Erwerbs-, Organisations- und Standesinteressen fordern. Sie verwahren sich auch gegen die unerhörte Sprache, die die Leiter der Ärzteorganisationen gegen die Träger der reichsgesetzlichen Krankenversicherung führen, und gegen den Terrorismus, der Ärzten und Kassen gegenüber auf jede Weise und unter Benützung der staatlichen Landesorganisation geübt wird.

Die Krankenkassen können die Hauptforderungen des Leipziger Ärzteverbandes nicht anerkennen; dies hieße die Krankenkassen den Ärzten ausliefern und aus der Krankenversicherung eine Krankenversicherung machen. Dafür kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen. Dringt der Leipziger Ärzteverband mit seinen Forderungen durch, so sinken die Kassen im wesentlichen zu bloßen Stellen für die Beitragserhebung und die Krankengeldzahlung herab. Die Arbeiter, Versicherten und ihre Arbeitgeber haben dann fast ausschließlich die Aufgabe, die durch die Ärzte bestimmten Ausgaben durch überaus hohe Beiträge zu decken. Die den Versicherten mit den Arbeitgebern im Gesetz gewährleistete Selbstverwaltung würde zum Nichts. Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes bedingen an sich, wie auch durch ihre schlimmen Folgen und Begleiterscheinungen nicht nur erhebliche Erhöhungen der Beiträge, sondern auch eine Herabsetzung der Leistungen. Allein um die gesetzlich vorgeschriebenen Regelleistungen zu decken, müßte dann der höchste zulässige Beitragssatz erhoben werden. Ein Ausbau der Krankenversicherung wäre unmöglich gemacht und die ganze öffentliche Krankenversicherung in Gefahr gebracht. Das Gemeinwohl würde auf das äußerste gefährdet!

Arbeiter und Versicherte, die Pflicht gebietet euch, in dem bevorstehenden Ärztestreik den für eure Interessen kämpfenden Krankenkassen rückhaltlos zu vertrauen und sie nachdrücklich zu unterstützen.

Arbeiter und Versicherte, schützt eure Krankenkassen!

Berlin, den 24. November 1913.

- Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.
- Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
- Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen.
- Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.
- Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.

Aus aller Welt.

Hungernot in Rußland.

In Westrußland herrscht die Hungernot. Ganze Bauernfamilien liegen erschöpft danieder und sind nicht mehr imstande, sich zu erheben. An verschiedenen Orten sind zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen. Die Leichen sind in die Berge getragen und dort liegen gelassen worden. Die freie ökonomische Gesellschaft spendete den Hungernden zunächst eine große Geldsumme und beabsichtigt weiter, eine Rettungsdaktion in die Wege zu leiten. Auch in Udsot (Sibirien) sind 120 Arbeiterfamilien ohne Lebensmittel, da der Dampfer, der frischen Proviant bringen sollte, im Ostsibirischen Meere durch Stürme aufgehalten wurde. Die Arbeiterchaft ist so dem Hunger preisgegeben, da die Lebensmittelzufuhr zu Lande in kürzester Zeit sich nicht bewerkstelligen läßt.

Die Schutzmannschaft in der Tanzstunde!

Ein Polizei-Jobd wird der „Frankf. Ztg.“ aus Halle gemeldet: Wer an einem Nachmittage der vorigen Woche auffällig die

„Kaiser-Wilhelm-Halle“, einen bekannten Versammlungs- und Tanzsaal unserer Stadt, betrat, der konnte ein seltsames Schauspiel erleben. In Reich und Glied standen dort uniformierte Schutzleute und vor ihnen tanzte graziös der Balletmeister Crugori mit einer jungen Schönen herum. Man sah den Tanzmeister elegante Pas und scharmante Capriolen tanzen, man sah ihn aber auch in eiligem Tempo mit seiner Partnerin durch den Saal schieben, man sah, wie er seinen Arm um die Hüfte seiner Dame preßte und wie die beiden nach den neuesten Melodien allerliebst dahintwackelten, ja man sah sie sogar in dem allerhöchsten verpönten Tangotanz selig dahinjähwehen. Und mit heiligem Ernst verfolgten die Schutzleute jeden Schritt. Kein Auge wandte sich von den kunstvollen Sprüngen und Touren des Paares ab, kein Lächeln glitt über die strengen Gesichter der Wächter der öffentlichen Ordnung. Niemals hat ein Primaner oder ein Wackelschlein mit tieferer Inbrunst das Tun seines Tanzmeisters verfolgt. Die halbesche Polizei wollte wohl ihren Beamten in der Tat die modischen Tänze beibringen? Aber nein! Die Sache verhielt sich anders, nämlich so: In den Sälen Hallens drangt seit einiger Zeit ein Plakat mit der Aufschrift: „Wackel-, Schiebe- und Knicktänze verboten.“ Zu jedem Fall werden Abgesandte der Polizei geschickt, die dafür zu sorgen haben, daß das Verbot nicht übertreten wird. Nun liebt man in Halle die Wackel- und Schiebetänze genau so wie anderswo und das Publikum schob und wackelte trotz des grimmigen Verbots nach Herzenslust. Nahte sich dann ein Polizist einem dieser verbrecherischen Paare, so bekam er unter allgemeinem Hallo die Antwort: „Das ist kein Wackeltanz, das ist Polka, wir können Polka nicht anders tanzen.“ Die Autorität der halleschen Polizei kam ins Wanken und der Polizeipräsident kam auf den Einfall, an Hand praktischer Beispiele seinen Untergebenen zeigen zu lassen, was verboten und was erlaubt sei. Er lud den Tanzmeister Crugori ein, in der „Kaiser-Wilhelm-Halle“ den Kommisaren, Wachtmeistern und Sergeanten die modernen Tänze vorzuführen und ihnen dabei zu erklären, welche Bewegungen mit Schieben, Wackeln und Knicken gemeint seien.

Pommerische Wochensuppe.

Wir lesen im „Landarbeiter“, dem Fachorgan des Deutschen Landarbeiterverbandes: Einen unserer Kollegen der Ortsgruppe Reesiger war Familienzuwachs beschieden. Die gnädige Frau hörte davon, und ergriffen von dem Ereignis, glaubte auch sie Gutes tun zu müssen und gab ihrer Ramiell Anweisung, der Frau eine Wochensuppe zur Stärkung zu senden. Die Ramiell, wohl mit dem Sparfann der gnädigen Frau vertraut, stellte die Frage, ob sie Vollmilch hier zu nehmen dürfe. „Nicht doch, Magermilch!“ ergänzte die Gnädige. „So man hat“ steht im Kochbuch. Die Magermilch war ausgegangen. Nun wurde die Keutelschm angewiesen, solche aus dem Schweinefall herbeizuschaffen. Dies geschah, indem die Köchin aus dem Zementbehälter, in welchen die Magermilch für die Schwäne gegossen wurde, eine Portion herausholte. Die Suppe wurde auch angerichtet, aber statt der kleinen Klumpchen wurde ein großer Klumpen, die Magermilch freilich, eingelegt. Sie nicht mehr für die Wochensuppe, und so bekam die Frau eine Fleischsuppe, die ihr jedenfalls dienlicher war.

Kleine Notizen.

50 000 Mark unterschlagen. Der bei einem Rechtsanwalt in Hagen i. W. angestellte Bureauvorsteher Josef Schlubach ist nach Verübung von Veruntreuungen, die im Laufe der Jahre die Summe von 50 000 M. erreicht haben, flüchtig geworden.

Schiffsbruch. An der Nordwestküste Norwegens wurden mehrere Rettungsgürtel des norwegischen Dampfers „Walmberget“ gefunden. Man befürchtet, daß der Dampfer, der mit einer Erlaubung nach England und Holland unterwegs war und eine Besatzung von 46 Mann hatte, mit Mann und Maus untergegangen ist.

Das Wüten der Suffragetten. Kelly Mansion in Elenmorske bei Glasgow ein unbewohntes herrschaftliches Gebäude, dessen Waukosten 60 000 Pfund Sterling betragen hatten, ist durch eine Feuerbrunst völlig zerstört worden. Es wird Brandstiftung durch Anhängerinnen des Frauenstimmrechts vermutet. Auf der Brandstelle wurden Schriften von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts gefunden.

Die Lepra in Spanien. Einer Mitteilung des Direktors des Gesundheitsamtes zufolge sind in Villereat zahlreiche Erkrankungen an Lepra vorgekommen. Bisher wurden 21 Krankheitsfälle konstatiert. Die Erkrankten sind sofort isoliert worden, um die Ausbreitung der Seuche zu verhindern.



Gegr. 1867

Zentrale: Berlin C. 19, Jerusalemer Straße 32-35

Poisdamer Straße Nr. 2	König-Straße Nr. 25-26	Chaussee-Straße 114-115
Taunizien-Straße 19a	Rosenthaler Straße Nr. 5	Schönebg., Haupt-Str. 146
Taunizien-Straße 7b	Oranien-Straße Nr. 161	Neukölln, Berg-Str. 25
Friedrich-Straße Nr. 75	Gr. Frankfurter Str. 123	Charl., Wilmersdorfer Str. 45

Für den Weihnachtstisch!

Auf Wunsch kostenlose Verpackung in feinen Präsent-Kartons!

Damen-Abend-Schuhe für Ball, Theater und Gesellschaft Atlas in schwarz, sowie auch in allen neuen Modifarben · Phantasie-Brokat- und Damast-Schuhe · Neuartige Spangen-Schuhe in Seide u. Lackleder. Letzte Neuheit: Soulier Cothurne

Lack-Stiefel für Herren für Gesellschaft und Promenade Lackbesatz mit schwarzen und farbigen Mohair-Einsätzen · Lackbesatz mit schwarzen Samikalb-Einsätzen · Lackbesatz m. matten Kalbleder-Einsätzen · Lackbesatz mit Phantasiestoff-Einsätzen

Wohlfeile dauerhafte Kinder-Stiefel

Kamelhaar-Stiefel und -Schuhe für Damen, Herren und Kinder · Leder-Hauschuhe · Melton-Hauschuhe · Samt-Hauschuhe · Luxus-Morgenschuhe!

Ski-Stiefel * Rodel-Stiefel * Eislauf-Stiefel

Die reellste und billigste Bezugsquelle für Glas-Christbaumschmuck

Ist unstreitig die Glasbläser-Genossenschaft des Meininger Oberlandes Lauscha S.M. Kein Zwischenhandel — Lieferung direkt vom Fabrikanten. (Nur organisierte Glasbläser.) Für Berlin findet vom 8.—22. Dezember ab 3 Uhr nachmittags ein großer Verkauf von nur modernem Baumschmuck statt: im **Gewerkchaftshaus, Engelufer 15** (Saalgebäude, Vestibül) und **Usedomstr. 82** (an der Brunnenstr.) im Restaurant von **Herm. Koch.**

Auf Kredit

Herren- und Damen-Garderobe sowie Pelzwaren

Anzahlung von 5 M. an Wöchentlich 1 M.

D. Lechner, Brunnenstr. 7

Eingang: Hof, parterre links
II. Geschäft: Müllerstr. 174, I.

Sonntag von 12—2 geöffnet.

Wo? ist der schönste Ausflugsort? Immer noch **Pichelswerder**, an der neuen **Geerstraße** beim **Alten Freund**.



Größte Puppen-Spezial-Fabrik Berlins.

P. R. ZIEROW
Berlin, Schönhauser Allee 179.

Größtes Lager von Kugelgelenkpuppen, Charakterbaby, Bälgen, Köpfen, Perücken, sämtl. Puppenkleidung. Reparaturen und alle Ersatzteile. Einzelverkauf.

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 6. Dezember 1913.
Anfang 9 1/2 Uhr.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Anfang 9 1/2 Uhr.
Schiller-Charlottenburg. Götze von Berlichingen.
Anfang 9 1/2 Uhr.
Berliner. Ein Volkstheater.
Anfang 4 Uhr.
Theater des Westens. Das tapfere Schneiderlein.
Theater am Nollendorfplatz. Frau Holle.
Thalia. Aschenbrödel.
Luftspiel. Räuberzähl.
Walhalla. Wolfspöbel.
Hofe. Eislöcher und Goldbrinnschen.
Urania. Großglöckner, Gohleit, Salzburger Alpen.
Anfang 6 Uhr.
Cines Palast am Zoo. Varieté.
Lichtspiele.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Cines Nollendorf-Theater. Varieté.
Lichtspiele.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr (zum 25. Male):
Die Kronbraut.
Komödienhaus.
8 Uhr: **Hinter Mauern.**
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater am Nollendorfplatz 5.
Nachm. 4 Uhr (zu kleinen Preisen):
Frau Holle.
Abends 8 Uhr: **Mikado.**
Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Mittwoch u. Sonnabendnachm. 4 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein.
Sonnt. Am. 3 1/2, 11. u. Der liebe Augustin.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Die heitere Residenz.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Zickenheens Künstler-Agentur.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu erwäg. Preisen: **Der Sompagnieball** u. Weihnachts-Pr.

URANIA

Taubenstraße 48/49.
4 Uhr
Der Großglöckner, Gasten und die Salzburger Alpen.
8 Uhr:
Mit d. „Imperator“ nach New York.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. B. Donath
Elektrisches Licht.
Berliner Ulk-Trio
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Sonnabend, 6. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr:
High-Life-Evening.
U. a.:
Neu! **The 3 Arleys** Neu!
Orig.-Perche-Balance-Akrob.
Flack Brothers
komischer Gymnastikerkorakt
Looping The Loop am Trapez.
Mit Mariettas
5 dress. Seelöwen zu Pferde!
Um 9 1/2 Uhr:
Tango vor Gericht!
Sonntag, den 7. Dezember:
2 gr. Vorstellungen 2
nachm. 3 1/2 u. abds. 7 1/2 U.
Nachmittags: 1 Kind frei.

Zirkus Busch.

Heute Sonnabend, 6. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Keine Steuer, außer an den Sonn-, Feiert- und Reisetagen.
Die gr. Riesen-Brand-Fontomme:
Pompeji
in 5 glänzenden Akten.
Vorher Auftreten aller gr. Spezial.
Kapt. Huling
eine Nordpolreise im Arktis Busch.
Mad. Smaragda mit ihren dreifleren Rajen und Tauben.
Vorstellung! Sonntag nachmittags 3 1/2, 11. u. Am unteren Kolonnen.

Brauerei Friedrichshain.

Donnerstag, den 11. Dezember 1913:
Populäres Konzert
des
Sängerchors Vorwärts-Süd-Ost
Direktion: Otto Kowalski
und **Blüthner-Orchesters.** Direkt. Bruno Weyersberg.
Billets im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 75 Pf., bei den Vorwärts-Spediteuren, Zucht, Immanuelkirchstraße 12, und Haulsch, Ackerstr. 174.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Rita Sacchetto
Serene Nord / Robert Steidl.
D. Venus im Bade / Robert Steidl.
Die Tangotänzer
Oscar und Suzette
und eine Anzahl hervorragender Kunstkräfte!
Sonntag, den 7. Dezember:
Nachmittags- (3 1/2, 11.) Vorstellung.
Kleine Preise!
Hauchen gestattet!

Volkstheater Neukölln.

Geismannstraße 20.
Sonntag, den 7. Dezember, 7 1/2 Uhr:
Polnische Wirtschaft.
Baubelkappe in 3 Akten von Strauß und Hofmannsthal.
Montag, den 8. Dezember, 8 1/2 Uhr:
Raffles.
Detektivrom. in 4 Akten von Galtie.
Folies Caprice.
Der Kuckuck.
Anfang 8 1/2 Uhr
Hansverschwindel.
Die Samuels.

Deutsches Künstlertheater
Sozietät.
Nollendorfer Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollend. 1383.
Sonnabend 8 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt.
Der zerbrochene Krug.
Sonntag 12 Uhr: **Duncan-Schule.** Tänze und Reigen.
Sonntag 3 Uhr: **Das Prinzip.**
8 Uhr: **Rose Bernd.**
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater
30-31 Chausseestr. 30-31.
Operetten - Gaustspiel
Die Kinokönigin
Operette in 3 Akten
von Georg Ofenloewski u. Paul Freund.
Musik von Jean Gilbert.
Kasseneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Sonnagnachm. 3 Uhr: **Die Räuber.**

„Clou“ :: Berliner ::

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-Quartett.
Leitung: Komponist Frz. v. Blon.
Musik: 4. Garde-Regiments z. F. Dirigent: Oberm. Schrader.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt.

Apollo Theater

Friedrichstraße 218
Vornehmstes Varieté
Costantino Bernardi
4 Schwestern Romanos
Salerno, Athos u. Read
und ein weiteres großes Programm der besten Varietékünstler.
Rauchen überall gestattet.
Beginn 8 Uhr.
Ab 7 1/2 Uhr: **KONZERT.**
Sonntag nachm. 3 1/2, 11 Uhr:
Das vollst. Abend-Programm zu kleinen Preisen.

Passage-Panoptikum

50 wilde Kongoweiber
Männer und Kinder
in einem eigens aufgebauten Kongodorf.
Der Froschschluckler.
Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

Residenz-Theater
8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**
Musikalische Grotteske in 3 Akten von Arthur Landberger und Emil Wolf.
Musik von Robert Winterberg.
Abend. 8 Uhr: **Hoheit — der Franz!**
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 139.
Nachm. 4 Uhr: **Eislöcher und Goldbrinnschen.**
Abends 8 Uhr:
Berlin, wie es weint und lacht.
Sonntag 3 Uhr: **Dori und Stadr.**
8 U.: Berlin, wie es weint u. lacht.

UT

Lichtspiele
Hasenheide Reinickendorferstr. 14 Moritzplatz
Weinbergsweg 16-17 (2 Min. v. Rosenthaler Tor)

Casino-Theater

Lothring. Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Das glänzende Dezember-Fest-Programm.
Gastspiel der amerikanischen Schiellen.
„Im Bulldogg-Ängel-Tanz.“
Dazu (seit Oktober total ausverkauft):
Ferdinand der Eugendhafte.
Sonntagnachm. 4 Uhr: **Winterliebe.**

Metropol-Theater.

Abends prägte 7 Uhr 55:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.
Morgen: **'s Mullerl.**
Am. 3 Uhr:
Admiralspalast.
Eis-Arena. — Allabendlich das neue mit durchschlagendem Erfolg aufgeführte Eisballett.
Die lustige Puppe.
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

die CINES Theater

Palast am Zoo
Täglich Anfang 8 Uhr.
Sonntags, 3 Uhr: **Matinee.**
Komplettes Programm großer **Variété-Akte**
sowie unsere renommierten Lichtspiele
Preise von 65 Pfennig an.
Nollendorf-Theater
Cleopatra
Die Herrin des Nils
Das Filmwunder der Welt wurde mit großem Beifall aufgenommen.
Wochentags Anfang 8 u. 9 Uhr.
Sonntags 4, 6 1/2, und 9 Uhr.
Jugend-Vorstellung
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr zu halben Preisen.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Selne Gellebte.
Sonntagnachm. 3 U.: **Die Liebe wacht.**

ASTA NIELSEN

in der Hauptrolle des mimischen Schauspiels „Die Film-Primadonna“ von
URBAN GAD
Schöneberg, Hauptstr. 49
Protea Phantastisches Schauspiel in 4 Akten.

Voigt-Theater

Sabirstraße 58.
Sonntag, den 7. Dezember:
Nachm. 3 Uhr: **Der betörtere Sohn.**
Abends 7 Uhr:
Der deutsche Michel.
Vollständ. m. Gesang in 4 Akten v. Kniefel.
Kasseneröffn. 10 Uhr, Anf. 8 u. 7 Uhr.

ODEON

Vergnügungs-Palast
der 10 000
Potsdamer Str. 72 Hochbahn BBlowstr.
Nur noch kurze Zeit!
Die Hölle im Odeon.
10 Uhr: Preisgünstige **Tango-Tänzer.**
7, 11 U.: **Brüder Niagara.** Turnsaalbesitzer.
Eintritt 30 Pf.
Anfang 7 1/2, Sonntags 4 Uhr.
Kalte und warme Küche.
Urania, Wrangelstr. 11.
— Neu eröffnet! —
Sonnabend Varieté-Theater.
Eintritt 30 Pf. Nach Schluß freilicht.
Sonntag 3 Uhr: **Rinder.** Vorstellung.
5 Uhr: **Grand Ball** ohne Tanznachzahlung. Bühnen- und Sonnabend kostenfrei.
1913

Schiller-Theater O. Theater.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Heimg'unden.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Freiwild.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Heimg'unden.
Montag, abends 8 Uhr:
Heimg'unden.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Götze von Berlichingen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wenn der neue Wein blüht
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Montag, abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Selne Gellebte.
Sonntagnachm. 3 U.: **Die Liebe wacht.**

TANGO FIEBER

Film-Burleske von Edmund Edel und Karl Wilhelm.
Die Sensation des Tages!

City-Park

am Bahnhof Friedrichstraße
Größte Volksschau Berlins
50 Schaugeschäfte
Sehenswert!!!
die neuen Attraktionen
Ein Vergnügen für Jung und Alt!
Geöffnet täglich nachmitt. 4 Uhr
Sonn- u. Feiert. nachmitt. 3 Uhr
bis 11 Uhr abends. — Eintritt frei

Vorort-Nachrichten.

Sichtenberg.

Aus der Stadverordnetenversammlung.

Die Einführung des Genossen Vrähl erfolgte erst nach einem kleinen Intermezzo, dessen Zweck durch den Verlauf der weiteren Verhandlungen offenkundig genug wurde.

- 1. umgehend alle Arbeiten in Angriff zu nehmen und zur Ausführung zu bringen, die bereits genehmigt und Mittel dafür bewilligt sind;
2. zum Zwecke der schleunigen Inangriffnahme weiterer Bauten, Pflasterungen und Straßenregulierungen weitere Mittel anzufordern;

Genosse Grauer begründete in längerer, wirkungsvoller Ausführung die Anträge und verlangte, der Magistrat möge endlich aus seinen Erwägungen, von denen auch nicht ein Arbeitsloser laßt würde, heraustreten und handeln.

rückständigen Herren sagten unsere Genossen Köffel, Jaffe und Kerycher ganz gehörig die Wahrheit. Oberbürgermeister Bietzen bemühte sich um den Nachweis, daß der Magistrat ja alles getan habe, was in seinen Kräften stand.

Genosse John berichtete dann über die Jahresrechnung der städtischen Sparkasse, die mit einem buchmäßigen Defizit von 24 640 Mark abschließt, weil dem errechneten Gewinn von 52 600 M. ein Kursverlust von rund 78 000 M. gegenübersteht.

Die heute Sonnabend, nachmittags 3 Uhr und morgen Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“, stattfindenden Kinder-Vahnspiele bringen ein Weihnachtsspiel: Märchen im Walde und Tannenbäumchens Weihnachtstanz.

Reinickendorf.

Ueber die gärtnerische Ausgestaltung von Plätzen referierte an Hand einiger von ihm angefertigter Projekte und Modelle in der letzten Gemeindevertretersitzung der Gartenbauarchitekt Grise.

der Begebaukommission überwiegen. Die Kosten für die Ausschmückung der Plätze an der Haupt- und Segenskirche, sowie des Hohenzollernplatzes dürften sich auf circa 50 000 M. belaufen. Seitens der Groß-Berliner Vororte soll bei der Stuttgarter Versicherungsgesellschaft eine Kollektivversicherung gegen Haftpflicht bei Hilfeleistung durch die Berliner Feuerwehr abgeschlossen werden.

Café Leitmeyer
genannt Picadilly des Ostens
Ecke Frankfurter Allee und Petersburger Straße
ab 1. Dezember:
neues Künstler-Ensemble
2 Kapellen.

„Seestern“
Inh.: Wilh. Kirscho
Berlin O., Königsberger Straße 17
Tel.: Amt Königstadt, 11364.
See- und Flußfische.
Sämtliche Räucherwaren
und Delikatessen täglich frisch.

„Seestern“
Tel. Amt Norden 2885
Illustration of a cherub with a pocket watch.

Bevor Sie Ihre Einkäufe in
Uhren, Gold- und Silberwaren
decken, besichtigen Sie meine konkurrenz-
losen Preise und die
Riesen-Auswahl
in meinen zwei Geschäften.
1. Geschäft: Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße.
2. Geschäft: Brunnenstraße 81.
Rudolf Plunz, Uhrmacher u. Juwelier.

Etablissement Klostersgarten
Pützensee, Am neuen Jungfernstieg.
Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Sonntag ab 4 Uhr, Freitag ab 8 Uhr: Großer Ball.
Verz. Köche. Helle u. dunkle Biere, Malzbier. Kaffee auch in Kannen.
Fernsprecher: Wilhelm 5069.

H. Juhre's Musik-Spezial-Geschäft
Branzenstraße 117.
Reinickendorfer Str. 107..
Mosbit, Goltzkowskystr 31
Veteranenstraße 2.
Möllersstr., Ecke Antonstr.

Haben Sie Stoff?
ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Maß, schick, dauerh. Zubuten
von 25 Mark an. Moritz Laband,
Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)

Patentanwalt Prillwitz
Berlin NW 21, Thurmstraße 34.

Reuters Werke
3 Böde 4 Hof
Buchhandlung Vorwärts

Goldene Medaillen
Carl Zobel
Staatspreise Ehrenpreise
Köpenicker Str. 121 (Eckhaus) Berlin SO. 16. Michaelkirchstr. 9-10 (Eckhaus)
Beste Herren- und Knaben-Moden
fertigt und nach Maß.
Vollendete Paßform und Ausführung
Für Maß-Anfertigung
Ankleide-Zimmer in allen Abteilungen.
Der gute Ruf meiner Firma
bürgt für gewissenhafte Bedienung. Sehr
billige aber feste Preise. Besichtigung
meiner Läger ohne Kaufzwang
Anzüge, Ulster, Paletots, alle Größen vorrätig, von 18.00 Mark an.



Leske & Slupecki

Schönhauser Allee 70 c, Ecke der Stargarder Straße.
Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß.

**Winter- Paletots
Ulster Anzüge - Joppen.
Arbeiter-Berufs-Kleidung.**

Feste, in Zahlen
bestimmte Preise

Telephon Amt Norden, 2332.

Elegante Maßanfertigung.

Nur Prinzen-Allee 57. Nur Prinzen-Allee 57.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle mein großes Lager in

Haus- u. Küchengeräten, Emaille-, Glas- u. Porzellanwaren, Kaffeeservices, Tafelservices, Fleischmühlen, Küchenwagen, Reibmaschinen, große Auswahl in echt Solinger Bestecks, Baumschmuck, Baumständer, Baumleuchter, Baumlichte.

Ferd. Gomgowski.

Nur Prinzen-Allee 57. Nur Prinzen-Allee 57.

A. Grün

Optiker, Brunnenstr. 4

am Rosenthaler Platz.

Orthozentrische Klemmer

in allen Arten, mit u. ohne Fassungen, mit ganz gebogenen großen Glas. v. M. 3 50
Echt Rathenower Brillen . . . 1,00
Pincenez (echt Nickel) M. . . 1,50
Doppel . . . 5,00
Massiv Gold . . . 12,00
Schildpatt . . . 4,50
Opern- und Reisegläser von 6,00 an

Barometer garantiert gute Werke, von 6,00 an

Reißzeuge für Fachschüler in allen Preislagen.

Lieferant der Krankenkassen. Vorzeiger des Inserats 5% Rabatt.

Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Es wird Zeit

jetzt Ihren Weihnachtsbedarf zu decken in:

Uhren Goldwaren Silberwaren u.s.w.

Reinh. Wankel

Brunnenstr. 163
(zwischen Invaliden- u. Anklamerstr.)

1 Mk.
wöchentliche Teilzahlung liefert

elegante Herren-Moden

fertig und nach Mass. Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.
Kein Waren-Kredithaus

S. Boltuch

nur Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Str.
Kein Lad.

Das 25jährige Bestehen meiner Firma bürgt für Reellität!

1888 1913

Heinrich Ferester

Reinickendorfer Straße 8, am Weddingplatz
Herren- und Knaben-Garderoben

Zum Weihnachtsfeste offeriere ich mein reichhalt. Lager in
Ulster 21, 24, 27, 30, 36, 45 M. Ia. etc.
Paletots 18, 24, 27, 30, 33, 42 M. Ia.
Jackett-Anzüge 15, 18, 21, 27, 36, 42 M. Ia.
Rock-Anzüge 30, 33, 39, 42, 45, 48 M. Ia.
Gehrock-Anzüge 30, 33, 39, 42, 45, 48 M. Ia.

Große Auswahl in Knaben-Anzügen, Ulstern, Pyjacks und zu bekannt billigen, streng festen Preisen.
Als praktische Weihnachtsgeschenke stehen zur Auswahl Schlafröcke, Fantasie-Westen, Herren-Bekleider u. Berufs-Garderoben.

Heinrich Ferester, nur Reinickendorfer Str. 8
Auf Firma und Hausnummer bitte zu achten!

Praktische Weihnachts-Geschenke!

Größtes Kindergarderobe-Spezialhaus des Ostens.

Jedes Kind, auch das ärmste, kann schick und zweckmäßig bei uns eingekleidet werden.

Enorme Auswahl in Mädchenkleidern, Knabenanzügen, Mädchenmänteln und Jacketts, Knabenpaletots und Pyjacks, Ulster- und Eisbär-Mänteln, Samt- und Manchestermänteln, Mänteln und Jacketts zu Konkurrenzlos billigen Preisen. Pelzgarnituren, Hüthen, Kappen, Mützen.

C. & A. Wendt,
Berlin NO., 118 Gr. Frankfurter Straße 118.

Deutsche Hut-Compagnie

66 Brunnenstr. 66 — Ecke Demminer Str.

Weihnachts-Angebot!

Nur diesen Sonnabend und Sonntag!

Velourshüte gute Woll-Qualitäten 1⁹⁰
6,50 5,00 4,50 3,50

Klenz Wien erstklassige Marke 12⁵⁰
in Seidenplüsch . . .

Oberhemden mit neuen Satin-Einsätzen . . . 4⁵⁰ mit Piqué-Einsatz und Falten . . . 3⁵⁰

Gegen Vorzeigung dieses Inserats heute und morgen 5 Prozent Extra-Rabatt.

Auf Abzahlung!

Weihnachts-Ausstellung

mit grosser Weihnachtsbescherung

hat begonnen. Ich verkaufe, um meine kolossalen Vorräte in allen Abteilungen bis zu Weihnachten einigermassen zu räumen.

ca. 400 Herren-Anzüge 24 30 36 45 M.
in neuesten Farben, Anzahlung 5 6 7 8 M.

ca. 500 Herren-Paletots 22 30 36 45 M.
und Ulster Anzahlung 5 6 7 8 M.

Knaben- u. Mädchen-Garderobe gr. Auswahl, spottbillig
ca. 250 Damen-Ulster 18 25 35 45 M.
in Filzsch, Flosssch usw., Anzahl 3 4 5 6 M.

ca. 150 Damen-Kleider 22 30 36 48 M.
und Kostüme Anzahlung 5 6 7 8 M.

Röcke, Blusen, Wäsche (Leib- und Bettwäsche)
Pelzwaren, Stiefel

Spezial-Abteilung in Möbeln
Einrichtungen mit farb. Küche
Anzahlung Mark 10, 20, 30

S. GOTTLIEB

Alttestes Möbel- und Waren-Kredit-Haus nur
54 Rosenthaler Strasse 54

Strengste Diskretion!

Uhren, Goldwaren, Ketten und Trauringe

kauft man am billigst. u. streng reell in dem seit 24 Jahren bestehenden Geschäft von

T. Stolz

Uhrmacher und Juwelier.
Jede Uhr zu reinigen (ohne Bruch u. Doppelwerke) 1,50
BERLIN, Chausseestr. 83.

Hermann Weiner, Greifswalder Str. 33,

Spezial-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren

Herren-Ulster, Paletots

aus besten Maßstoffen 20⁰⁰ bis 50⁰⁰ Mark
Joppen 8⁰⁰ bis 20⁰⁰ Mark
weit unter Preis, daher seltener Gelegenheitskauf
Ad. Raitzig, Frankfurter Allee 107.

Warenhaus Wilhelm Stein

70-71 Chausseestrasse **BERLIN N** Chausseestrasse 70-71

Anlässlich des Weihnachtsfestes verabfolgen wir mit Ausnahme einiger Artikel von Sonnabend, dem 6., bis Freitag, dem 12. Dezember cr.

doppelte Anzahl Sparmarken

Wir bieten weitere Vorteile, indem jeder unserer werten Kunden, welcher in der Zeit bis Mittwoch, dem 31. Dezember 1913, die Weihnachts-Rabatt-Karte, ausgefüllt mit Weihnachts-Rabatt-Marken, die nur für die angeführte Zeit Gültigkeit haben, einlöst, einen

Gratis-Photographie-Bon

erhält.



Originalgröße des Bildes ca. 15 cm.

Die Weihnachts-Sparkarten werden an den Sparmarken-Ausgabestellen in der ersten Etage verabfolgt.

Bei Einlösung einer Sparkarte gültig für

eine Kabinett- oder Griseldis-Aufnahme

in künstlerischer Ausführung (für eine erwachsene Person)

□ □ □

Eine Ausstellung künstlerischer Aufnahmen

befindet sich zur Ansicht an der Sparmarken-Ausgabestelle I. Etage, sowie in der Photographischen Abteilung in der III. Etage.

□ □ □

Bei Einlösung von einer Sparkarte mit unseren Weihnachtsmarken bis Mittwoch, den 10. Dezbr., erfolgt die Lieferung von Porträts in künstlerischer Ausführung noch rechtzeitig bis zum 24. Dezbr. cr.



Originalgröße des Bildes ca. 15 cm.

**Hervorragend preiswerte Artikel
passend für Weihnachts-Geschenke
sind gesondert in allen Abteilungen unseres Hauses ausgestellt**

und zwar

Kleiderstoffe, Samt- u. Seidenstoffe, Leinen- u. Baumwollwaren, Trikotagen, Damen- u. Kinder-Konfektion, Schuhwaren, Wäsche, Lederwaren, Gardinen, Möbelstoffe, Teppiche, Wirtschaftsartikel

Ganz besonders

vorteilhafte Angebote in Damenkonfektion

Ulster in guter Qualität, moderne Farben, tadelloser Sitz, offen und geschlossen zu tragen Serie I 9.50 Serie II 11.50
Moderne gestreifte Cutaway-Röcke 2.75 3.95 | Seidene Geisha-Blusen letzte Neuheit 4.95
Tüll-Bluse auf Waschtüll gefüttert, mit hübschen Einsätzen 3.45 | Flausch-Matinee in verschiedenen schönen Farben 1.95

Grosse Spielwaren-Ausstellung

